



Plenarprotokoll

105. Sitzung

Donnerstag, 7. Januar 2021

Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone	7983	Sicherstellung zeitnaher Corona-Impfungen für Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein.....	7984
Gemeinsame Beratung			
a) Regierungserklärung zu „Mit Vernunft und Weitblick handeln: Solidarisch und optimistisch in das Jahr 2021“.....	7984	Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2675	
Drucksache 19/2672		c) Bewegungsfreiheit in Schleswig-Holstein erhalten.....	7984
b) Akzeptanz für die Impfstrategie und die Corona-Maßnahmen stärken.....	7984	Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD Drucksache 19/2674	
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2670		Daniel Günther, Ministerpräsident.	7984
		Dr. Ralf Stegner [SPD].....	7988, 8030
		Tobias Koch [CDU].....	7994, 8021

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7998
Christopher Vogt [FDP].....	8002
Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	8007, 8029
Jörg Nobis [AfD].....	8011
Werner Kalinka [CDU].....	8012, 8027
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8014, 8030
Birte Pauls [SPD].....	8015
Christian Dirschauer [SSW].....	8017
Dennys Bornhöft [FDP].....	8018
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	8022, 8024
Dr. Heiner Dunckel [SPD].....	8026
Kathrin Bockey [SPD].....	8028
Kay Richert [FDP].....	8028
Dr. Heiner Garg, Minister für So- ziales, Gesundheit, Jugend, Fa- milie und Senioren.....	8031

* * * *

Regierungsbank:

Daniel Günther, Ministerpräsident
Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten
Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Ge- sundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zwei- ter Stellvertreter des Ministerpräsidenten
Claus Christian Claussen, Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz
Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissen- schaft und Kultur

Beschluss: 1. Der Berichts Antrag Drucksache 19/2672 hat durch die Berichterstattung der Landesregie- rung seine Erledigung gefunden	
2. Überweisung des An- trags Drucksache 19/2670 und des Alternativantrags Drucksache 19/2675 an den Sozialausschuss	
3. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/2674.....	8034

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energie-
wende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digita-
lisierung

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft,
Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

* * * *

Bericht zur weiteren Gestaltung des Schulbetriebs für das Schul- jahr 2020/2021.....	8034
---	-------------

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2671

Karin Prien, Ministerin für Bil- dung, Wissenschaft und Kultur.	8034
Martin Habersaat [SPD].....	8037
Tobias von der Heide [CDU].....	8040
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8043
Anita Klahn [FDP].....	8045
Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	8048
Jörg Nobis [AfD].....	8049
Stephan Holowaty [FDP].....	8050

Beschluss: Der Berichts Antrag Druck- sache 19/2671 hat durch die Be- richterstattung der Landesregie- rung seine Erledigung gefunden.....	8051
---	------

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 40. (außerordentliche) Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Erkrankt ist der Abgeordnete Claus Schaffer. Wegen Verpflichtungen ist Frau Ministerin Sütterlin-Waack ganztägig beurlaubt. Nach § 47 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung sind die Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein, Harms, Kilian und Rossa beurlaubt. Sie haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt.

Zu Beginn möchte ich sagen, dass mir die eine oder der andere Kollegin oder Kollege mitgeteilt hat, dass sie oder er sich aus terminlichen Gründen nicht hat testen lassen können. Daher werden diese Kolleginnen und Kollegen die Sitzung im Büro verfolgen. Ich glaube, wir können das aufgrund der Außerordentlichkeit der heutigen Sitzung nachvollziehen.

Am Anfang möchte ich weiter auf etwas hinweisen, von dem es mir scheint, dass es wichtig ist, auch in Bezug auf den Eindruck, den wir in der Öffentlichkeit hinterlassen: Aufgrund der gesamten Schutzmaßnahmen, die ich nicht alle wiederholen will, und aufgrund der Testung sind wir übereingekommen, dass wir dann, wenn wir vom Platz aufstehen oder im Plenarsaal herumgehen, eine Maske tragen. Während der Reden am Rednerpult nehmen wir diese Maske ab. Diejenigen, die es wollen, tragen die Maske auch, während sie am Platz sitzen. Sie können dies selbstverständlich tun, müssen es aber nicht. Ich sage dies, damit es aufgrund der nicht vorhandenen Einheitlichkeit keine Diskussion gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich)

Der Schleswig-Holsteinische Landtag trauert um den früheren Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone, der nach schwerer Krankheit am 14. Dezember 2020 verstorben ist. Dr. von Hielmcrone, am 2. Januar 1944 in Husum geboren, wurde 76 Jahre alt.

Auf das Studium der Rechtswissenschaften an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, das Ulf von Hielmcrone 1971 mit dem Ersten Staatsexamen abschloss, folgten die Ausbildung zum Journalisten und eine freiberufliche Tätigkeit bei den „Husumer Nachrichten“. Nebenher promovierte er mit einer

Arbeit über „Die Darstellungen der Justitia im Landesteil Schleswig“. Nach Bestehen der Großen Juristischen Staatsprüfung ließ sich Dr. von Hielmcrone als Rechtsanwalt in Husum nieder.

Unser ehemaliger Abgeordneterkollege war Husumer mit Leib und Seele - ein tief in seiner Heimat verwurzelter Mensch. Das zeigt sich bereits in seinem umfassenden, am Gemeinwohl orientierten Engagement vor Ort, für das ich beispielhaft sein Wirken im Museumsverbund Nordfriesland, in der Nissen Stiftung oder in der Stiftung zur Erhaltung des Husumer Stadtbildes erwähnen möchte, deren Vorständen Dr. von Hielmcrone viele Jahre angehörte. Überdies publizierte er zur Kulturgeschichte Husums und leistete auch an vielen anderen Stellen einen entscheidenden Beitrag zur Wahrung des kulturellen Erbes der Region.

Von 1989 bis zu seinem Einzug in den Landtag 1996 und erneut von 2008 bis Anfang Juni 2020 war der Sozialdemokrat Stadtverordneter der Storm-Stadt, sechs Jahre davon zudem Bürgervorsteher.

In der 14. und 15. Wahlperiode zog Dr. von Hielmcrone dann in den Schleswig-Holsteinischen Landtag ein, und zwar als stets direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Husum-Eiderstedt. In diesem Hause war er Mitglied des Agrar- sowie des Umweltausschusses, des Friesen- und des Nordschleswig-Gremiums sowie des Richterwahlausschusses. Für seine parlamentarische Arbeit prägend war der Vorsitz im Bildungsausschuss, den Dr. von Hielmcrone während beider Legislaturperioden innehatte. Im „Pallas“-Untersuchungsausschuss war er zudem Obmann der SPD-Landtagsfraktion.

Meine Damen und Herren, Dr. von Hielmcrone war ein Politiker, der sich mit hohem Sachverstand und großer Energie für unser Land Schleswig-Holstein und insbesondere für die besonderen Belange an der Westküste starkmachte. Fleiß und Akribie, Begeisterung und eine klare Struktur prägten seine parlamentarische Arbeit. Die Leitlinie seines politischen wie gesellschaftlichen Handelns war es stets, Bewährtes zu bewahren, ohne jedoch den Fortschritt zu bremsen. Dass ihm dieser - mitunter extrem schwierige - Spagat gelungen ist, lässt sich gerade in seiner Heimat- und Herzensstadt Husum erspüren. Ulf von Hielmcrone hat sie in städtebaulicher Hinsicht maßgeblich mitgeprägt und unter Schonung des historischen Stadtbildes behutsam modernisiert.

(Präsident Klaus Schlie)

Für seine Verdienste um unser Land wurde Dr. von Hielmcrone mit der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt. 2014 zeichnete ihn seine Heimatstadt mit dem Ehrenring der Stadt Husum aus.

Meine Damen und Herren, der Schleswig-Holsteinische Landtag ist dankbar für die von Dr. von Hielmcrone geleistete Arbeit und wird ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. Unsere Anteilnahme gilt seinen Angehörigen.

Ich bitte Sie, im Gedenken an den ehemaligen Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone einen Moment innezuhalten. - Sie haben sich zu Ehren Dr. von Hielmcrones erhoben. Ich danke Ihnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln:

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 1, 2 und 4, Regierungserklärung mit Anträgen zur Akzeptanz für die Impfstrategie, Coronamaßnahmen und Bewegungsfreiheit.

Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 40. Tagung. Wir werden heute ohne Mittagspause bis circa 13 Uhr tagen. - Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Die Besucherinnen und Besucher, die heute den Weg zu uns gefunden haben, begrüße ich ganz herzlich auf der Besuchertribüne. - Seien Sie uns willkommen!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 1, 2 und 4 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Regierungserklärung zu „Mit Vernunft und Weitblick handeln: Solidarisch und optimistisch in das Jahr 2021“**

Drucksache 19/2672

b) Akzeptanz für die Impfstrategie und die Corona-Maßnahmen stärken

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2670

Sicherstellung zeitnaher Corona-Impfungen für Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2675

c) Bewegungsfreiheit in Schleswig-Holstein erhalten

Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD
Drucksache 19/2674

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht, wie ich sehe. - Ich erteile das Wort für die Landesregierung dem Ministerpräsidenten Daniel Günther.

Daniel Günther, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir müssen heute miteinander feststellen, dass die Infektionszahlen in Schleswig-Holstein weiterhin zu hoch sind. Wir hätten uns das anders gewünscht, auch aufgrund der Maßnahmen, die wir ergriffen haben. Wir müssen aber feststellen, dass das Niveau extrem hoch ist und dass wir von der Inzidenzzahl von 50, die eigentlich unsere Zielzahl ist, erheblich entfernt sind. Was das alles noch problematischer macht: Wir haben zum heutigen Zeitpunkt kein klares Lagebild, weil wir nicht genau wissen, wie sich Weihnachten und Neujahr wirklich ausgewirkt haben. Wir wissen, dass es in dieser Zeit weniger Testungen gab. Wir haben auch gesehen, dass die Anzahl der positiven Tests eher gestiegen ist, sodass wir mit einer hohen Dunkelziffer rechnen müssen. Wir müssen befürchten, dass die Zahlen in den nächsten Tagen steigen werden.

Das ist eine ernste Situation. Die Lage in den Krankenhäusern in Schleswig-Holstein wird dramatischer. Die Anzahl der Patienten, die beatmet werden müssen, hat sich in diesem Zeitraum verdoppelt. So viele Tote wie in den letzten Tagen hatten wir in Schleswig-Holstein noch nie. Um das zu verdeutlichen: Seit dem 1. Dezember 2020 hat sich die Anzahl der Toten in Schleswig-Holstein verdoppelt. Das heißt, in den ersten neun Monaten der Pandemie hatten wir genauso viele Tote wie in den letzten fünf Wochen. Das ist eine Tragödie für die Angehörigen. Das ist aber auch eine Tragödie für uns alle. Das ist der Grund dafür, warum wir aus meiner Sicht dazu verpflichtet sind, in Schleswig-Holstein unseren strengen Weg weiter zu gehen, um möglichst viele Leben in unserem Land zu schützen.

(Ministerpräsident Daniel Günther)

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Persönlich hat mich beeindruckt, und ich sage das sehr deutlich: Wir hatten am Dienstag die Ministerpräsidentenkonferenz, und ich glaube, dass die Erwartungshaltung bei vielen Bürgerinnen und Bürgern bei uns in Schleswig-Holstein eine etwas andere gewesen ist. Ich glaube, viele haben sich in Schleswig-Holstein darauf eingestellt, dass es nicht zu Öffnungen kommen wird. Ich glaube, dass sich viele Betriebe darauf eingestellt haben. Ich glaube, in unserem Land haben viele die Botschaft „Kitas und Schulen bleiben weiter geschlossen, es kommt zu mehr Kontaktbeschränkungen“ nicht erwartet. Ich glaube, man muss erklären, warum wir jetzt noch einmal ein bisschen härter vorgehen müssen.

Die Expertinnen und Experten auf Bundesebene und auch unser Expertenrat in Schleswig-Holstein haben uns eindeutig und klar gesagt: Es sind keine Öffnungen möglich. Wir müssen einfach wissen: Wenn wir die Kontakte jetzt nicht weiter reduzieren, dann werden wir in Deutschland in den nächsten zwei bis drei Monaten die Infektionszahl von höchstens 50 nicht erreichen können. Ich muss das leider für Schleswig-Holstein so deutlich sagen: Wenn wir nicht nachschärfen, werden wir bis Ende des Monats auf keinen Fall bei einem Wert von höchstens 50 sein.

Unser Ziel kann doch nicht sein, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern alle drei Wochen erklären: Die Maßnahmen haben leider nicht so geklappt, wie wir es uns vorgestellt haben, wir müssen Sie leider noch einmal vertrösten, es bleibt weiterhin alles geschlossen. - Deswegen ist es richtig, noch einmal nachzuschärfen und damit alles Mögliche zu tun, damit wir ab Anfang Februar Menschen in Schleswig-Holstein wieder eine Perspektive geben können, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Es trifft viele hart - das will ich deutlich sagen -, viele in der Wirtschaft, aber natürlich insbesondere die Familien. Auch für die gilt: Je schneller wir jetzt handeln, desto besser. Die Einschränkungen sind teuer, aber eine lange zweite Welle wäre noch deutlich teurer.

Ich weiß, dass die Kontaktregelung „Hausstand plus eins“ Nachfragen produziert. Deswegen ist richtig, was Heiner Garg gestern angekündigt hat, dass man für die Pflege, auch für die Betreuung von unter 14-Jährigen, von dieser Kontaktregelung ausgenommen ist. Ich weiß, dass das auch vonseiten der Oppositi-

on gefordert worden ist. Deswegen finde ich es richtig, dass wir das in der Verordnung entsprechend konkretisieren.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Aber wenn Sie mich jetzt fragen - auch ich bekomme lauter Nachrichten, die und die Fallkonstellation sei nicht erfasst -: „Können wir dieses, können wir jenes?“, sage ich, wie die Lösung aus meiner Sicht auf Norddeutsch heißt. Sie heißt schlicht und ergreifend: Treffen Sie sich in den nächsten drei Wochen möglichst mit niemandem, sondern machen Sie nur das, was absolut notwendig und nicht aufschiebbar ist!

Nachdem Familienbesuche zu Weihnachten weitgehend stattgefunden haben, sagen Sie in der jetzigen Zeit doch einfach: Lass uns uns im Februar einmal wieder treffen! - Versuchen wir, soweit es geht, so schwer es vielen fällt, in den nächsten drei Wochen einfach auf jegliche Kontakte zu verzichten und lieber einmal zum Telefonhörer zu greifen oder, wenn man die technischen Möglichkeiten hat, Dienste eine Videokonferenz abzuhalten.

Ich weiß, dass das eigentlich nicht zumutbar und eine extreme Härte ist, aber wenn die Alternative ist, dass wir vielleicht manche von denjenigen, mit denen wir telefonieren wollten, nie wieder sprechen können, weil uns die Pandemie bedroht, bitte ich alle Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner gerade in den nächsten drei Wochen um eine erhebliche Disziplin. Ich bin mir sicher: Das wird sich lohnen, dadurch werden die Zahlen heruntergehen.

Damit jeder weiß, dass das möglich ist: Exponentielles Wachstum ist unglaublich gefährlich, aber exponentielles Wachstum gibt es auch in die andere Richtung. Das Virus ist gnadenlos, es wird sich nicht an entsprechende Bitten und Empfehlungen halten, aber das Virus ist auch berechenbar. Wir müssen wissen: Wenn wir uns alle disziplinieren, wenn wir Abstand halten, wenn wir Hygieneregeln einhalten, ist es möglich, dass sich die Infektionszahlen Woche für Woche halbieren und nach unten gehen. Deswegen haben wir alle miteinander die Chance, mit einer entsprechenden Disziplin in den nächsten Wochen einen erheblichen Beitrag dazu zu leisten, dass wir die Zahlen in Schleswig-Holstein wieder in den Griff bekommen. Ich bitte Sie alle hierfür herzlich um Ihre Unterstützung.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

(Ministerpräsident Daniel Günther)

Wenn alle mitmachen, ist der erste Schritt, den wir machen werden, Kitas und Schulen wieder zu öffnen. Ich glaube, darin sind wir uns alle einig. Das ist der Punkt, der uns am schwersten fällt, der in den nächsten drei Wochen eine Riesenbelastung ist. Deswegen wiederhole ich: Je schneller wir unter der Zahl von 50 im Land sind, desto eher werden wir hier wieder Perspektiven eröffnen. Ich sage zu: Der erste Schritt, den wir machen, ist, die Kitas zu öffnen und die Schulklassen 1 bis 6 wieder so weit wie möglich in Präsenz zu unterrichten. Das ist der richtige Weg.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich weiß, dass es viel Kritik an der Maßnahme gibt, die Bewegungsfreiheit einzuschränken. Ich sage ein bisschen selbstkritisch: So weit ist das von unserer Idee nicht entfernt insofern, als wir gesagt haben, statt eines Beherbergungsverbots wäre es besser, wenn die Leute aus den Hochinzidenzgebieten nicht zu uns kämen. Ich sage trotz alledem für die Koalition: Wir treffen jetzt auch deswegen so harte andere Maßnahmen, um zu vermeiden, dass wir das in Schleswig-Holstein machen müssen. Wir wollen die Bewegungsfreiheit in Schleswig-Holstein nicht einschränken, wir wollen keine Gebiete mit einer Inzidenz über 200. Wenn wir uns alle disziplinieren, haben wir die Kraft dazu, dass uns solche Regelungen in Schleswig-Holstein erspart bleiben.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich sage an dieser Stelle: Was uns ein bisschen Hoffnung machen sollte, ist das Thema Impfen. Ich weiß, dass das in der Öffentlichkeit im Moment nicht leicht zu diskutieren ist. Ich sage sehr deutlich, dass ich manche Debatte darüber nicht schön finde. Ich halte mich normalerweise mit Hinweisen parteipolitischer Natur zurück. Aber wenn man in einer Bundesregierung Mitverantwortung trägt und sich heute hinstellt und eine europäische Lösung kritisiert - das, obwohl wir alle immer nach Europa gerufen und nationale Alleingänge in den vergangenen Jahren immer kritisiert haben, Deutschland in der EU-Ratspräsidentschaft endlich einmal vorbildlich eine gemeinsame Bestellung für Europa macht, Solidarität zeigt und nicht nur nach dem Motto „Wir starkes Deutschland“ bestellt wird, sondern auch die anderen Länder bedient werden -, wenn man sich aus der Verantwortung stiehlt und sagt, das sei alles falsch gewesen, halte ich das für unverantwortlich, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Deswegen habe ich mich in der Ministerpräsidentenkonferenz sehr darüber gefreut, dass sich alle sozialdemokratischen Ministerpräsidenten mit dem Beschluss eindeutig dahinter gestellt haben, dass die europäische Strategie richtig ist - nicht, weil man keine kritischen Nachfragen stellen kann, sondern weil der Weg auf jeden Fall richtig ist.

Herr Dr. Stegner, ich sage in Ihre Richtung deutlich, dass ich Sie von der Kritik ausnehme. Von der Verantwortung, die Sie als SPD-Landtagsfraktion in den vergangenen Monaten im Land gezeigt haben, könnte sich Ihre Bundespartei eine Scheibe abschneiden. Sie machen das in diesem Land großartig. Deswegen bin ich mir sicher, dass Sie - wie ich Sie kenne - gleich im Schleswig-Holsteinischen Landtag entsprechende Worte zum Verhalten Ihrer Bundespartei finden werden, Herr Dr. Stegner.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Unruhe)

Ich will an dieser Stelle einen Unterschied machen zu der Debatte, die auch bei uns im Land stattfindet. Natürlich gibt es auch in Schleswig-Holstein Kritik, und das geht an uns nicht vorbei. Die SPD macht zum Thema, und es ist in den Fraktionen ein Thema, wie wir die Information verbessern können, wie wir besser auf die über 80-Jährigen zugehen können, damit es keine Verunsicherung gibt. Da müssen wir auch bei uns in Schleswig-Holstein auf jeden Fall nachbessern.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da kann ich nur sagen: Wir informieren. Es wird auch in den nächsten Wochen und Monaten so sein, dass wir immer einmal nachbessern müssen. Natürlich haben wir in der Vergangenheit in einer solchen Pandemie alle miteinander auch Fehler gemacht, in anderen Bundesländern und auch bei uns in Schleswig-Holstein. Das ist etwas, wo wir nachbessern müssen, wenn sich Menschen Sorgen machen, die über 80 Jahre alt sind. Deswegen wird es ein Informationsschreiben aus dem Gesundheitsministerium an alle Bürgerinnen und Bürger geben, insbesondere gezielt an die über 80-Jährigen, um zu erläutern, wie es funktioniert.

An der Stelle sage ich aber auch: Die Kritik wird in den nächsten Wochen bei uns im Land und in anderen Bundesländern nicht abebben. Denn wir haben einfach das Problem, dass wir im Moment nicht ge-

(Ministerpräsident Daniel Günther)

nug Impfdosen haben - die wir aber kriegen werden.

Man darf in unserem Land aber auch einmal darüber reden, dass wir den Leuten im Mai letzten Jahres gesagt haben: Wenn wir Ende 2021 - 2021! - einen Impfstoff haben, dann sollten wir froh sein. Jetzt haben es die Pharmazie und Medizin in einem atemberaubenden Tempo hinbekommen, Impfstoffe zu besorgen, die alle Testverfahren durchlaufen haben, damit die Menschen Sicherheit haben, damit sie sich trauen, sich impfen zu lassen. Wir haben bereits im Jahr 2020 begonnen zu impfen. Und was machen wir in Deutschland? - Wir reden nicht darüber, wie großartig es ist, dass in Deutschland schon Hunderttausende von Menschen geimpft worden sind,

(Jörg Nobis [AfD]: In Israel Millionen!)

sondern wir mäkeln daran rum, wie fürchterlich es ist, dass das nicht schnell genug geht. Natürlich müssen wir besser werden, natürlich müssen wir in dem Bereich etwas machen. Wir werden zusätzliche Impfdosen bekommen. Jens Spahn hat es gesagt: Bis zum Sommer wird allen Menschen in Deutschland ein Angebot zum Impfen gemacht. Wenn es mit der Zulassung weitergeht, werden wir bis in den Juni hinein 40 Millionen Menschen ein Impfangebot machen können. Das sind doch Zahlen, von denen wir nicht zu träumen gewagt haben!

Wir müssen das klären und es hinkriegen, dass die Leute nicht demotiviert sind. Wenn wir nur 7.500 Menschen impfen, wissen wir, dass bei den über 80-Jährigen in der Woche über 200.000 nicht zum Zuge gekommen sind. Natürlich sind die enttäuscht, natürlich läuft die Hotline voll. Auch ich bekomme E-Mails von Leuten, die enttäuscht sind. Deswegen müssen wir in dem Bereich besser werden. Wir werden das aber nur hinbekommen, wenn wir die Menschen nicht mit anderen Debatten verunsichern.

Ich sage allen über 80-Jährigen: Sie müssen keine Sorge haben, wenn Sie bei den Impfungen in einer Woche nicht zum Zuge kommen; Sie können auch einmal eine Woche verstreichen lassen, weil Sie definitiv drankommen werden, weil Sie als Erste drankommen werden. Machen Sie sich keine Sorgen! Sie werden auf jeden Fall in den Wintermonaten in Schleswig-Holstein geimpft werden. Seien Sie sich dessen sicher, und vertrauen Sie darauf!

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir müssen uns weiter - um eine weitere Sorge zu nennen - um das Thema Wirtschaftshilfen, Überbrückungshilfen kümmern. Ich will das hier sehr deutlich ansprechen: Das Tempo ist kein Ruhmesblatt, und auch in unserem Land machen sich viele Sorgen darüber, ob das richtig läuft. Ich bin froh, dass die Novemberhilfen ab dem 10. Januar 2021 endlich ausgezahlt werden und es in den letzten Tagen mit den Abschlagszahlungen für die Dezemberhilfe losgegangen ist. Mit der Investitionsbank in Schleswig-Holstein haben wir einen sehr guten Partner; sobald die das in den Händen gehabt haben, ging es unglaublich schnell.

Wir sind bei allen Auszahlungen in der Spitzengruppe in Deutschland. Was wir tun, um das hinzubekommen, was der Wirtschaftsminister und die Finanzministerin tun, ist schon aller Ehren wert, aber ich weiß um die Enttäuschung, die es in den Bereichen gibt. Da müssen wir in Deutschland insgesamt besser werden.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Für die Perspektive beim Thema „Öffnung von Schulen und Kitas“ ist wichtig - weil das mit Bildungschancen zu tun hat und es am Ende nur mit Präsenzunterricht geht -, dass wir die Familien entsprechend unterstützen. Deswegen ist es gut, dass es eine konkrete Vereinbarung zu den Kinderkrankentagen gibt. Alleinerziehende erhalten 20 Tage, jedes Elternteil kann 10 Tage zusätzlich nehmen. Das ist eine wichtige Unterstützung in diesen Zeiten.

Uns eint die schnelle Botschaft, dass wir als Land Schleswig-Holstein den Menschen, die im Moment keine Betreuung in Anspruch nehmen, aber auch allein, die ihre Kinder in den Kitas und den Grundschulen haben, in denen es Betreuung gibt, die Gebühren erlassen. Das ist eine absolut richtige Entscheidung. Ich hoffe, dass viele Eltern das als Zeichen sehen. Denn die Lage im Januar - das muss ich deutlich sagen - wird für viele Familien, selbst wenn sie die Beiträge zurückbekommen, eine enorme Herausforderung werden. Das hätten wir als Regierung den Menschen in Schleswig-Holstein gern erspart, aber ich glaube, das ist im Moment absolut richtig.

Ich weiß, dass andere Bundesländer das etwas liberaler handhaben als wir und mehr in die Betreuung gehen. Ich gebe zu, dass es eine unfassbar schwere Abwägungsentscheidung ist, die wir da zu treffen haben. Ich sage an der Stelle aber auch: Unser konsequenter Weg hat sich in vielen Bereichen be-

(Ministerpräsident Daniel Günther)

währt. Ich hoffe, dass vielen Eltern, wenn sie auf diese harten Zeiten zurückblicken, sehen werden, dass wir in Schleswig-Holstein bei 16 Toten pro 100.000 Einwohner liegen, im Vergleich zur Bundesstatistik von 42 Toten pro 100.000 Einwohnern. Mit Mecklenburg-Vorpommern zusammen ist Schleswig-Holstein das einzige Land in ganz Deutschland, das eine Gesamtinzidenz von unter 1.000 pro 100.000 Einwohner hat. Der Durchschnitt liegt bei 2.100.

Wenn man am Ende einmal darüber nachdenkt, wie vielen Menschen in unserem Land wir noch viele wertvolle Lebensjahre dadurch geschenkt haben, dass wir vielleicht ein bisschen konsequenter gewesen sind und vielleicht noch mehr Belastungen gehabt haben, als sie in anderen Ländern bestanden, dann wird man sehen, dass viele Menschen am Ende sehr stolz darauf zurückgucken werden, wie solidarisch wir alle gemeinsam in dieser Pandemie gewesen sind. Ich will auf jeden Fall jetzt schon einmal allen Familien in Schleswig-Holstein ganz herzlichen Dank dafür sagen, dass sie in diesen schweren Zeiten diese Strapazen auf sich nehmen. Ganz herzlichen Dank dafür!

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Jetzt geht es daran, den Blick weiter nach vorn zu richten. Das Thema Impfen wird uns dabei helfen, aber unser Ziel ist es natürlich auch, dass wir über klare Stufenpläne und eine bessere Verlässlichkeit, insbesondere in den Monaten Februar und März, eine stärkere Perspektive geben wollen. Es ist schwierig, den Menschen immer wieder zu sagen: Es geht irgendwie weiter, wir müssen einmal gucken, ob wir Beschränkungen aufheben können. - Wir haben bereits einzelne Stufen: Die 50er-Inzidenz ist wichtig, die 200er-Inzidenz als Grenze nach oben ist wichtig. Unser Ziel muss aber sein, dass wir Anfang Februar sagen können: Wenn bestimmte Inzidenzen unterschritten werden, werden wir in den Bereichen Perspektiven geben. - Kita und Schule habe ich eben angesprochen, aber es geht natürlich auch darum, wieder ein bisschen Sport zu machen, dass wir den Vereinen eine Perspektive geben, dass wir im kleinen Rahmen auch wieder in der Gastronomie zusammen sein können.

Ich sage es sehr deutlich: Egal, was wir uns eigentlich wünschen, keiner von uns wird versprechen können, ab welchem Zeitpunkt das losgeht. Wir müssen alle miteinander so realistisch sein: Bis Ostern wird es noch ein richtig schwerer Prozess. Jeder Tag früher, an dem wir Öffnungen zulassen können, ist an der Stelle ein Gewinn. Für uns kann

ich nur sagen, dass unser Ziel ist, zu öffnen, wenn die Inzidenzzahlen es in unserem Land zulassen. Es macht niemandem von uns irgendwie Freude, Belastungen und Einschränkungen zu beschließen. Uns alle eint, dass wir in unserem Land möglichst Freiheiten haben wollen. Die wollen wir wieder zurückgewinnen. Deswegen ist es notwendig, dass viele Menschen in unserem Land weiterhin solidarisch mitmachen.

So, wie ich die 2,9 Millionen Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner über Weihnachten und Silvester erlebt habe

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- nicht persönlich, Christopher -, sage ich ausdrücklich: Was hat es im Vorfeld für Befürchtungen gegeben, und was ist in Wahrheit in unserem Land passiert? - Ich bleibe dabei, es wurde ein bisschen viel geknallt, und ich habe mich darüber gewundert, wo das alles herkam, sage aber ausdrücklich, dass sich selbst in diesen Tagen unheimlich viele Menschen erheblich diszipliniert haben. Deswegen ist meine Hoffnung, dass es uns mit unserer Kraftanstrengung in Schleswig-Holstein wirklich gelingen wird, wieder Perspektiven zu erarbeiten.

Ich bitte Sie herzlich darum, bei diesem Weg mitzugehen. Ich bleibe dabei, in Schleswig-Holstein gibt es dieses Miteinander, dass wir versuchen, ganz viel auf breite Schultern zu verteilen. Dazu trägt auch eine extrem konstruktive Haltung der Opposition bei, die wirklich überhaupt keine Selbstverständlichkeit ist. Von vielen Oppositionsparteien in anderen Bundesländern wird das, wie wir sehen, durchaus anders gehandhabt. Das bleibt keine Selbstverständlichkeit.

Ich glaube, dass die gesellschaftliche Unterstützung für die Maßnahmen auch deswegen so hoch ist, weil wir alle gemeinsam uns unserer Verantwortung bewusst sind. Dafür danke ich an dieser Stelle und danke allen Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern, dass sie diesen schweren Weg mitgehen. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Herr Oppositionsführer, der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle haben für das Jahr 2021 die große Hoff-

(Dr. Ralf Stegner)

nung, langsam zu einer gewissen Normalität unseres persönlichen und gesellschaftlichen Lebens zurückzukehren, wie auch immer diese neue Normalität nach den Erfahrungen der Coronapandemie aussehen wird. Die ersten Tage des neuen Jahres führen uns aber in aller Deutlichkeit vor Augen, dass es eine solche Verbesserung der Lage nicht von jetzt auf gleich geben wird. Obwohl sich wirklich die meisten Menschen, soweit wir es einschätzen können, über die Feiertage vernünftig verhalten haben, gibt es doch noch kein klares Bild, wie sich die Infektionszahlen über Weihnachten und die Tage zwischen den Jahren entwickelt haben. Wir wissen aber, dass sich die Situation in vielen Krankenhäusern gefährlich zuspitzt, obwohl Ärzte und Pflegekräfte auf den Intensivstationen bis zum Umfallen schufteten, wofür wir ihnen übrigens sehr dankbar sind.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vor allem aber ist die Zahl der täglich an diesem Virus sterbenden Menschen dramatisch. Diese Situation ist ohne Beispiel in der Geschichte der Bundesrepublik. Hinter jeder Zahl in der Statistik stehen ein Schicksal und eine trauernde Familie. Schon allein deswegen dürfen wir uns an diese Zahlen nicht gewöhnen, sondern müssen wirklich alles tun, um Menschenleben zu retten. Deshalb wiederhole ich es in aller Deutlichkeit: Der Gesundheitsschutz hat für uns weiterhin allererste Priorität. Dazu gibt es keine verantwortbare Alternative.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt CDU)

Ich sage das auch, weil damit verbunden ist, auf eigene Freiheiten zu verzichten, Rücksicht zu nehmen und an die zu denken, denen es nicht so gut wie uns in diesem Hause geht. Ich meine das nicht nur physisch, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern auch, weil wir geliebte Menschen um und mit uns wissen. Das geht nicht allen so.

Extrem beunruhigend sind die Nachrichten über die Mutation des Virus in Großbritannien und die damit verbundene deutlich höhere Ansteckungsgefahr. Wir werden in den kommenden Wochen einen Wettlauf gewinnen müssen: Nur, wenn wir Ansteckungsketten unterbrechen, die Infektionszahlen senken und die Impfung beschleunigen, können wir die Ausbreitung der Mutation und eine Überlastung unseres Gesundheitssystems vermeiden. Das ist unsere gemeinsame Aufgabe als Gesellschaft. Es erfordert eine große Kraftanstrengung mit viel Disziplin, Rücksichtnahme und Einsicht aller Menschen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Allen ist mittlerweile klar, dass eine wirksame Unterbrechung der Infektionsketten nur dann möglich ist, wenn innerhalb von sieben Tagen deutlich weniger als 50 Infektionen auf 100.000 Einwohner erfolgen, sodass eine Rückverfolgung der Ansteckungswege durch die Gesundheitsämter wieder möglich wird. In einigen Regionen liegen wir vermutlich schon jetzt, auch sobald die Infektionszahlen wieder verlässlicher zu bewerten sind, unter diesem Wert. In anderen Kreisen wird er vielleicht schnell zu erreichen sein. Teilweise ist es aber eben noch ein sehr weiter Weg.

Auch wenn das Gefühl anders sein mag, weil es diese Coronanormalität inzwischen schon zehn Monate lang gibt: Mit jeder Verlängerung oder sogar Verschärfung der Maßnahmen steigen die Ansprüche an Nachvollziehbarkeit, Transparenz und Effektivität. Jeder Eingriff in Freiheitsrechte muss nachvollziehbar und angemessen sein und muss begründet werden. Das wird nicht einfacher, sondern schwieriger.

(Beifall SPD, CDU und FDP)

Die Belastungen durch die Einschränkungen nehmen mit der Zeit zu. Für einige werden sie schier unerträglich. Auch das gefährdet die Akzeptanz. Darauf kann man politisch unterschiedlich reagieren.

Die Populisten wählen den einfachsten Weg, indem sie den Virus wahlweise komplett leugnen oder die Maßnahmen in Gänze verdammen. Das ist unverantwortlich. Dem Populismus müssen wir uns weiterhin entgegenstellen. Ich weiß nicht, wie Sie Ihre Nacht verbracht haben, aber wer die Bilder aus Washington gesehen hat, weiß, wo es hinführt, wenn wir dem Populismus als repräsentative Demokratie nicht die Stirn bieten.

(Lebhafter Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

- Zum Teil habe ich mich in der letzten Nacht auch mit Ihrer Regierungserklärung beschäftigt, Herr Ministerpräsident - nicht, dass Sie das missverstehen!

(Heiterkeit)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine Fraktion hat von Beginn an darauf gesetzt, diejenigen in den Blick zu nehmen, die von der Krise besonders betroffen sind. Das sind Menschen, die besonders hart oder unter erschwerten Bedingungen

(Dr. Ralf Stegner)

arbeiten müssen. Es sind Menschen, die gerade nicht arbeiten können und um ihre Existenz bangen. Es sind vor allen Dingen aber auch die Menschen in Heimen, deren Einsamkeit uns bei allem Corona-management nach wie vor nicht entgehen sollte. Es sind die Familien, die von der erneuten Verschärfung der Kontaktregeln und die Schließung von Schulen und Kitas besonders betroffen sind. Ich unterstütze ausdrücklich die Prioritätensetzung der Rückkehr zur Normalität, Herr Ministerpräsident, die Sie hier eben zum Ausdruck gebracht haben.

(Beifall SPD und SSW)

Zum Thema Schule und unserem Antrag dazu wird mein Kollege Martin Habersaat später sprechen. Wir erwarten von Frau Ministerin Prien heute klare Antworten darauf, wie sie sich den weiteren Verlauf des Schuljahres 2020/2021 vorstellt und beispielsweise durch eine verlässliche Corona-Inzidenzampel Eltern, Schülerinnen und Schülern und Lehrerschaft die Planungssicherheit gegeben werden kann, die die Familien im Land dringend brauchen.

Die Begrenzung auf eine weitere Kontaktperson wird für jüngere Kinder in vielen Fällen bedeuten, dass im gesamten Januar kein Treffen mit Freunden möglich ist. Das ist ein harter Einschnitt, und es ist gut, dass die Landesregierung unseren Vorschlag aufgegriffen hat, die Regelung so zu modifizieren, dass bei Kindern unter 14 und der Pflege von Angehörigen kein zusätzliches Betreuungsproblem entsteht. Das können wir uns nämlich wirklich nicht leisten.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Das zeigt übrigens, dass es vernünftig ist, miteinander zu reden und auf Veränderung zu drängen und nicht nur Reden zu halten.

Für die kommenden Wochen braucht es noch eine praktikable Regelung bei der Notfallbetreuung. Die Familien werden ohnehin stark genug belastet sein. Es kann nicht sein, dass sie sich in dieser Zeit mit hochbürokratischen Nachweisen ihrer Systemrelevanz herumärgern müssen. Leider gibt es bei dem Punkt nach den Erfahrungen aus der Woche vor Weihnachten deutlichen Verbesserungsbedarf. Herr Ministerpräsident, es ist wie bei der Schulbusfrage: Geben Sie sich noch einmal einen Ruck zugunsten der Familien! Der Grundsatz muss sein: Wer Betreuung wirklich braucht, muss sie auch bekommen.

(Beifall SPD und SSW)

Das sollte sich in der Landesverordnung so deutlich wiederfinden, wie es unsere Nachbarn in Mecklenburg-Vorpommern praktizieren. Herr Ministerpräsident, Sie haben die beiden Länder selbst verglichen: Die Zahlen sind ja bei denen nicht so schlecht, also scheint es möglich zu sein, so zu verfahren.

Es muss auch klar sein, dass die Elternbeiträge für die Kitas und die Betreuung in der Schule so lange übernommen werden, wie die Betretungsverbote gelten. Es ist gut, dass die Koalition diese Forderung von uns zumindest für den Januar aufgenommen hat. Wir retten mit Milliardensummen die Wirtschaft, da dürfen die Familien nicht im Regen stehen bleiben.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Deswegen sind beide Punkte Teile des Antrags, den meine Fraktion vorgestern hier eingebracht hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Konferenz der Ministerpräsidenten hat sich am Dienstag darauf verständigt, pro Elternteil einen Anspruch auf zehn zusätzliche Tage Kinderkrankengeld einzuführen. Diese Entlastung ist wichtig, weil wir von niemandem in Anbetracht der Unsicherheiten des Jahres erwarten können, den Jahresurlaub jetzt schon für die Kinderbetreuung zu verbrauchen. Dieser Vorschlag kam ja bereits vor Monaten von unserer Landesvorsitzenden Serpil Midyatli. Nach Monaten der Belastung wäre es heute allerdings noch besser gewesen, keine - zudem komplizierte - Behelfsbrücke zu bauen, sondern für die Eltern zusätzliche Urlaubstage einzuführen. Das ist bislang leider am Widerstand der Union in Berlin gescheitert. Das sollten wir tun, das wäre vernünftiger.

(Beifall SPD)

Ich teile übrigens den Unmut vieler Familien, dass im Privaten harte und einschneidende Regelungen gelten, aber in vielen Betrieben nach wie vor business as usual stattfindet. Wir bekommen noch immer Rückmeldungen, dass Firmen Homeoffice verweigern, selbst, wo es leicht umsetzbar wäre. Leider hat die Union auch hier weitergehende Vorschläge von Hubertus Heil blockiert. Im Privaten greifen strenge Regelungen, bei den Betrieben setzen wir auf Freiwilligkeit und Appelle. Dabei kann es nur bleiben, wenn die Arbeitgeber flächendeckend ihren Teil beisteuern. Herr Ministerpräsident oder Herr Minister Buchholz, vielleicht reden Sie darüber einmal ernsthaft mit der Wirtschaft des Landes. Da ist durchaus mehr möglich, als zurzeit geschieht.

(Dr. Ralf Stegner)

(Beifall SPD)

Ich habe Sie so auch in Ihren Interviews verstanden. Das ist übrigens auch eine Frage der Solidarität gegenüber den Unternehmen, die durch den Lockdown komplett geschlossen sind. In deren Interesse und dem der damit verbundenen Arbeitsplätze wollen wir diese Zeiten möglichst kurz halten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Nachricht über den sensationellen Erfolg von Wissenschaft und Forschung bei der Impfstoffentwicklung Ende vergangenen Jahres hat uns begeistert und uns hoffnungsvoll gestimmt. Gestern wurde mit dem Mittel von Moderna ein zweiter Impfstoff in der EU zugelassen. Die Impfungen sind unser bestes Instrument - nein, sie sind der einzige erfolversprechende Weg -, um die Pandemie in den Griff zu bekommen. Deshalb muss unser gemeinsamer Appell an die Bevölkerung sein: Nehmen Sie die Möglichkeit zur Impfung wahr! Es geht nicht nur um den eigenen Schutz und die eigene Gesundheit, sondern darum, gemeinsam als Gesellschaft gegen das Virus immun zu werden und damit auch diejenigen zu schützen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht geimpft werden können. Nutzen Sie die Impfbote!

Das gilt übrigens erst recht für die, die eine besondere Verantwortung dafür tragen, mit dem eigenen guten Beispiel Mitbürgerinnen und Mitbürgern ihre Ängste zu nehmen, Ärzte und Pflegekräfte, Politikerinnen und Politiker, Menschen mit Popularität und gesellschaftlicher Vorbildfunktion: Machen Sie mit, lassen Sie sich impfen, wenn Sie dran sind, und werben Sie dafür, dass andere Ihrem Beispiel folgen! - So müssen wir miteinander verfahren.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Leider war der Impfstart in den vergangenen Tagen holpriger, als wir uns das gewünscht hätten. Vieles spricht dafür, dass in Deutschland die Versorgung mit Impfstoff nicht dem entspricht, was möglich gewesen wäre. Es ist sicher nicht die Zeit für Untersuchungsausschüsse und parteipolitische Manöver, und Sie haben es selbst gesagt: Ich habe nun wirklich in den letzten Monaten im Hause nicht der Parteipolitik das Wort geredet.

Ich sage Ihnen trotzdem: Gesundheitsminister Spahn wird Fragen beantworten müssen, die ihm eine Reihe von Bundesländern gestellt haben. Es kann nicht sein, dass in Deutschland nicht genügend Impfstoff bereitgestellt wird, um die Bevölkerung schnellstmöglich zu impfen. Es ist schon dreist, jede kritische Nachfrage mit dem vorgeschob-

benen Argument angeblich mangelnder europäischer oder gar internationaler Solidarität zu kontern. Wenn die SPD hinterfragt, ob und wie eine bessere Vorbereitung möglich gewesen wäre, ist das in keiner Weise die Abkehr von gemeinsamer europäischer Politik. Lesen Sie einmal das durchaus zurückhaltende Interview im „Spiegel“ mit den BioN-Tech-Gründern Özlem Türeci und U r ahin. Wenn Sie das lesen, wissen Sie selbst, dass die Kritik an unsere Adresse überflüssig ist, aber die Fragen an Herrn Spahn berechtigt sind. Die stellt übrigens auch Herr Brinkhaus, der nicht der Sozialdemokratie angehört.

(Beifall SPD und FDP - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die stellen auch andere. Die stellen übrigens auch FDP-Kollegen in einer Form, die ich hier gar nicht bewerten will, aber die in der Schärfe deutlich über das hinausgeht, was ich hier in der mir eigenen moderaten Form tue.

(Martin Habersaat [SPD]: Ein Lamm!)

- Geradezu! Aber verlass dich nicht darauf!

Wir Sozialdemokraten stellen ganz gewiss nicht in Frage, dass der globale Süden am Ende nicht der Verlierer eines Bieterwettbewerbs der Industrienationen sein darf. Der Bundespräsident hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir da in solidarischer Pflicht sind. Das hat etwas mit globaler Gerechtigkeit zu tun. Aber Beispiele wie das von Kanada zeigen, dass eine deutlich bessere Impfstoffversorgung der eigenen Bevölkerung und die Wahrnehmung der internationalen Verantwortung kein Gegensatz sind. Die Kanzlerin wird auch ihre Gründe gehabt haben, warum sie das jetzt zur Chefsache macht. Es ist ein gutes Zeichen, dass schnellstmöglich die Produktionsstätten für Impfstoffe ausgeweitet werden sollen. Auch das ist eine Anforderung für die Wirtschaft.

(Beifall SPD und Christopher Vogt [FDP])

Wir stehen im Land als Opposition seit über einem Dreivierteljahr bei allen notwendigen Schritten an der Seite der Landesregierung. Wir haben vieles initiiert, wir haben manches mitgetragen und bei Weitem nicht alles kritisiert, was eine Opposition in normalen Zeiten kritisiert hätte. Aber es bleibt unsere Aufgabe, Missstände klar zu benennen, und es gibt auch große Verunsicherung. Machen Sie sich da nichts vor!

Bei aller Wertschätzung, lieber Herr Minister Garg - ich habe die, glaube ich, hier in den letzten Wochen oft zum Ausdruck gebracht -, muss ich Ihnen

(Dr. Ralf Stegner)

doch sagen: Wir sind überzeugt, dass Schleswig-Holstein derzeit bei der Organisation der Impftermine keinen guten Weg geht. Ich will gar nicht damit anfangen, dass in Teilen von Stormarn und Lauenburg online keine Termine vereinbart werden konnten, weil die Postleitzahlen vom System nicht akzeptiert werden. Ich will auch nicht lange darüber sprechen, dass im Hamburger Umland Terminvereinbarungen über die Telefonnummer 116 117 teilweise daran scheitern, dass der Anruf wegen Vorwahl oder Standort vom System in das Hamburger Servicecenter weitergeleitet wird und dort endet. Vielleicht haben kritische Stimmen aus den betroffenen Regionen nicht ganz Unrecht mit dem Hinweis, dass das mit der Kieler Vorwahl vielleicht nicht passiert wäre. Ich weiß das nicht so genau. Aber die Anzahl der Beschwerden, die teilweise abstrusen Schilderungen vom Umgang mit älteren Menschen, auch die Rückmeldungen von Landräten - lesen Sie einmal das Interview mit dem Chef des Gesundheitsamts in Rendsburg heute in der Zeitung; mit ihm habe ich gestern auch gesprochen - zeigen, dass es auch anders gehen muss. Meine Fraktion findet es falsch, dass die Landesregierung auf ein Windhundverfahren setzt, bei dem derjenige einen Termin bekommt, der am längsten in der Warteschleife der Hotline durchhält

(Beifall SPD)

oder der mithilfe von Familie oder Nachbarn innerhalb des kurzen Zeitfensters von weniger als einer halben Stunde online einen der knappen Termine ergattern konnte. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Das Durchforsten von Internetseiten, der Kampf gegen abstürzende Plattformen, der geschickte Umgang mit QR-Codes - all das mag dafür geeignet sein, in Pandemiezeiten Wahlen für ein Studentenparlament zu organisieren; es taugt kaum für flächendeckende Impfkationen hochbetagter Mitbürgerinnen und Mitbürger.

(Beifall SPD)

Die Rückmeldungen zeigen in aller Deutlichkeit: Dieses Verfahren sorgt für enormen Frust. Das gefährdet die Impfbereitschaft. Gerade wenn wir doch sagen, das Impfen sei so wichtig, dann sind wir besonders in der Pflicht. Einmal bittet der 87-Jährige seinen Nachbarn darum, ihm online einen Termin zu organisieren, das zweite oder dritte Mal vielleicht nicht mehr, und dann sagt er: „Dann lasse ich das eben!“, zumal die Rückmeldung des Systems, sobald keine Termine mehr vorhanden sind, wenig hilfreich ist. Die betroffenen Personen müssen nämlich selbst im Blick behalten, wann erneut Termine zur Verfügung stehen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Vogt?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

In Ordnung, ja.

Christopher Vogt [FDP]: Herr Kollege Dr. Stegner, ich glaube, wir alle teilen den Frust, den es da momentan gibt, der aber im Wesentlichen daran liegt, dass wir eine große Gruppe der älteren Menschen gerade in Schleswig-Holstein und zu geringe Impfstofflieferungen haben. Jetzt würde mich etwas interessieren. Ich glaube, die technischen Fehler, die schon abgestellt wurden, hat niemand politisch geplant, und sie wurden schnell abgestellt.

Mich würde interessieren, wie Sie innerhalb der großen Gruppe der über 80-Jährigen priorisieren würden. Sie haben jetzt viel Kritik geübt, Sie haben aber nicht gesagt, was Sie genau anders machen würden. Ich sage dazu und gebe einmal den Hinweis: Wenn Sie als Land Termine vergeben, müssen diese auch eingehalten werden. Wenn Sie das bei den aktuellen Liefermengen machen, dann brauchen Sie noch das ganze Jahr. Das kann ja wohl nicht die Lösung sein.

(Beifall FDP und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Lieber Herr Kollege Vogt, Sie sind ja ein bisschen jünger als ich und vielleicht ein wenig ungeduldiger. Wenn Sie den nächsten Absatz abgewartet hätten, wäre ich zu genau dem Punkt gekommen. Aber ich will Ihnen schon sagen, warum ich das hier vortrage: nicht aus Nörgelei, sondern präzise, weil ich das teile, was der Ministerpräsident gesagt hat, dass die Impfungen der Schlüssel dafür sind, dass wir von den hohen Todeszahlen und Ansteckungsraten wegkommen. Deswegen müssen wir da nicht nur gut sein, sondern so gut, wie es irgendwie geht, und vom Wissen anderer Bundesländer profitieren, wenn die es in Teilen ein bisschen besser machen als wir. Das tun sie in Teilen.

(Beifall SPD)

Ich mache Ihnen gleich einen Vorschlag, ich komme gleich dazu.

(Dr. Ralf Stegner)

(Zurufe Dennys Bornhöft [FDP], Stephan Holowaty [FDP] und Annabell Krämer [FDP])

Ich will Sie nicht so lange stehen lassen, deswegen würde ich einfach in meiner Rede fortfahren und komme zum Punkt.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Es ist absolut klar, dass nicht jeder sofort geimpft werden kann. Die verfügbare Menge des Impfstoffs gibt die mögliche Zahl der Termine vor, in der Tat. Aber gerade darum wäre es so wichtig, Frust zu vermeiden und klar zu kommunizieren: Ihr werdet eingeladen, wenn es an der Zeit ist. Dann bekommt ihr über eine ausreichend besetzte Hotline einen Termin, dann werdet ihr geimpft. Damit würde man im Übrigen auch diejenigen sehr viel besser erreichen, die nicht jeden Tag die Zeitung lesen.

(Beifall SPD)

Das ist das Verfahren in Mecklenburg-Vorpommern, und es funktioniert übrigens auch in unserem Nachbarland Mecklenburg-Vorpommern.

(Zurufe Tobias Koch [CDU] und Annabell Krämer [FDP])

- Ach, wissen Sie, ich lasse Ihnen den Zwischenruf einmal durchgehen. Der ist wirklich daneben, das muss ich wirklich sagen. Wir diskutieren in aller Ernsthaftigkeit darüber, wie wir das möglichst gut miteinander machen wollen. Das ist das Thema und nicht Ihre unpassende Zwischenbemerkung.

(Beifall SPD - Zuruf Annabell Krämer [FDP])

Alternativ - auch das wäre eine Möglichkeit - könnte man zumindest die Möglichkeit für eine Online-Registrierung bereitstellen, damit Senioren einmal angemeldet werden können und dann per Post die Einladung zum Impftermin erhalten. Das hätte auch den Vorteil, dass der Anamnese- und Aufklärungsbogen mitgeschickt werden könnte, der zurzeit oft noch in den Impfzentren ausgefüllt werden muss. Auch das ist ein Punkt, den man gelegentlich hört.

Ich rede hier über Hinweise, die wir aus der Praxis, von Landräten, von Leitern von Gesundheitsämtern und Kollegen aus anderen Ländern bekommen haben. Sie mögen das alles besser wissen. Ich weiß es nicht besser; ich sage nur, es muss besser werden, als es ist, und das sind Beispiele, wie man es versuchen kann.

(Beifall SPD)

Die ersten Rückmeldungen zeigen übrigens auch, dass auch bei den mobilen Impfungen noch Verbesserungsbedarf besteht. Es sorgt in den Heimen für Kopfschütteln, wenn ein Team kommt, die über 80-Jährigen und das Pflegepersonal impft, und die 79-Jährigen ungeimpft zurückbleiben. Das ist kein Zeichen für größere Effektivität. Das Gleiche gilt bei Seniorenwohnungen in stationären Einrichtungen sowie für die gleichzeitige Impfung von Pflegebedürftigen und ihren pflegenden Angehörigen.

Ich will nicht falsch verstanden werden: Die Organisation der Impfungen ist eine Mammutaufgabe, und ich habe davor auch Respekt. Wir sind erst ganz am Anfang, ausdrücklich. Da gibt es auch Mängel.

Es gibt nicht nur Kritik, sondern auch Lob. Ich will ausdrücklich loben, dass nach unserem Eindruck Schleswig-Holstein bei den Impfungen in den Krankenhäusern besser davor ist als andere Länder. Das war ein gutes Zeichen, dies zu tun. Das sorgt für Beruhigung in den Krankenhäusern, und ist ein wichtiger Punkt. Das will ich auch hervorheben.

(Beifall SPD, Volker Nielsen [CDU], Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Ich nenne also beides, das, was wir gut finden, und das, was meiner Meinung nach verbessert werden muss. Aber was die Vergabe der Termine und die mobilen Impfungen angeht, gibt es Verbesserungsbedarf. Das ist auch Teil des Antrags, den wir heute eingebracht haben. Auch hier appelliere ich an die Regierungskoalition, nicht in Regierungsreflexe zu verfallen und das Problem zu bestreiten, sondern mit uns gemeinsam daran zu arbeiten, dass es besser wird. Man muss doch jeden Vorschlag zumindest prüfen und sagen: Den schauen wir uns einmal an, vielleicht ist es ja besser, dann machen wir das auch so.

(Beifall SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Verlängerung des Lockdowns ist auch eine erneute Belastung für unsere Wirtschaft nach einem schweren vergangenen Jahr. Die bisherigen Hilfen haben vielen Unternehmen geholfen und sind in ihrer Höhe beispiellos. Gleichwohl gibt es immer noch Hinweise, dass Zahlungen auf sich warten lassen oder Lücken bei der Förderung bestehen. Es bleibt unerlässlich, dass die Hilfen schnell und unbürokratisch erfolgen. Der Preis dafür mag an der einen oder anderen Stelle eine höhere Missbrauchsanfälligkeit sein, Herr Wirtschaftsminister, aber es ist trotzdem richtig, diejenigen nicht im Regen stehen zu lassen, die jetzt Hilfe

(Dr. Ralf Stegner)

brauchen, sondern besser im Nachhinein konsequent gegen die vorzugehen, die glauben, aus der Krise ihren persönlichen Vorteil schlagen zu können.

Nach wie vor sind die Zahlen - bei aller Unsicherheit - in Schleswig-Holstein niedriger als im Bundeschnitt. Das mag zum Teil unser eigenes Verdienst sein, vielleicht auch Glück. Anlass zur falschen Selbstsicherheit bietet es ganz sicher nicht. Noch im Herbst wollten wir Menschen, die aus Regionen mit vergleichbar hohen Inzidenzen kamen, den Urlaub bei uns im Land untersagen. Das hilft vielleicht ein bisschen bei der Einordnung. Die kommenden Wochen werden den Menschen im Land noch einmal viel abverlangen. Es liegt an uns allen, welchen Erfolg die Maßnahmen haben. Wenn zu viele nach dem persönlichen Schlupfloch bei den Regeln suchen, wird der Weg zu niedrigeren Zahlen ein weiter sein. Wir müssen deshalb an die Bürgerinnen und Bürger appellieren: Vermeiden Sie Kontakte, wo immer es geht! Anders wird es nicht gehen, sonst dauert das viel, viel länger, als wir es miteinander ertragen wollen und ertragen können.

Umgekehrt gilt, dass Regeln, die erlassen werden, konsequent umgesetzt werden müssen. Deswegen sind wir übrigens gut beraten, nur das auf den Weg zu bringen, was wirklich für umsetzbar gehalten wird. Verordnungen, die mit einem Augenzwinkern gemeint sind, helfen niemandem, liebe Kolleginnen und Kollegen. Natürlich hat Politik die Verantwortung - Sie haben darüber gesprochen -, weiter als bis zum nächsten Tag zu denken. Es ist leicht, auf die Verantwortungslosigkeit der Menschen zu schimpfen, die zum Beispiel trotz Corona an den Wochenenden kurz nach den ersten Schneeflocken massenhaft in die Wintersportgebiete strömen. Aber man kann eben auch fragen, warum die Politik in den betroffenen Ländern offenbar nichts aus den Erfahrungen gelernt hat, die wir hier an der Küste im Sommer mit dem Tagestourismus hatten. Dann hilft es eben auch nicht weiter, lauteste Forderung nach Ausgangssperren zu erheben.

Ob der 15-km-Vorschlag wirklich taugt und ob solche Mobilitätseinschränkungen verfassungsmäßig sind, darf man, so glaube ich, bezweifeln.

(Beifall FDP, Birgit Herdejürgen [SPD] und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dass die Ministerpräsidentenkonferenz kurz nach ihrem Treffen wie ein Hühnerhaufen wirkt - wenn ich heute die Zeitung lese -, hilft uns übrigens nicht, die Aufgabe zu bewältigen, die vor uns liegt. Eine

Corona-Inzidenzampel, bei der klar ist, wann welche Maßnahme erfolgt, wäre sinnvoller als die Kraftmeierei in manchen öffentlichen Stellungnahmen, die übrigens in bemerkenswertem Gegensatz zu den regionalen Infektionszahlen steht, wenn ich mir die Bemerkung erlauben darf.

(Beifall SPD)

Es ist richtig, dass wir heute als Landtag zusammenkommen, um über die Ergebnisse der Länderberatungen zu diskutieren. Ja, vielleicht müssen wir bald auch darüber reden, als Parlament für gesetzliche Grundlagen zu sorgen, wie uns die Wissenschaft das empfiehlt. Auch darüber müssen wir reden.

Aber lassen Sie mich zum Schluss einen Satz von Yehudi Menuhin zitieren, der gesagt hat:

„Freiheit ist nicht Freiheit zu tun, was man will; sie ist die Verantwortung, das zu tun, was man tun muss.“

Dieser Verantwortung sollten wir uns in diesem Hause bewusst sein. Es liegt vieles vor uns, aber wir können das schaffen. - Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Beifall Christopher Vogt [FDP])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat deren Fraktionsvorsitzender, der Abgeordnete Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein frohes und gesundes neues Jahr 2021! - Mit diesem Wunsch möchte ich trotz aller widrigen Begleitumstände meine Rede heute gern beginnen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ansonsten scheint das neue Jahr genauso anzufangen, wie das alte Jahr aufgehört hat: Die Coronapandemie ist nach wie vor das beherrschende Thema. Ministerpräsidentenkonferenzen und Sondersitzungen des Landtags finden im ständigen Wechsel statt. Die Infektionszahlen sind nach wie vor deutlich zu hoch, weshalb der Lockdown um weitere drei Wochen bis Ende Januar verlängert und sogar noch einmal verschärft werden muss.

Dazu erreichen uns in den letzten Stunden verstörende Bilder aus Washington, wo wir den amerika-

(Tobias Koch)

nischen Freunden wirklich nur wünschen können, dass mit Joe Biden jetzt wieder bessere Zeiten anbrechen und das Land wieder zusammenfindet.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Also wahrlich kein guter Jahresauftakt, sondern vielmehr die Fortsetzung des Horrorjahres 2020 mit all seinen Belastungen und schwerwiegenden Folgen für unsere Gesellschaft und insbesondere für diejenigen Menschen, die durch Krankheit, durch den Tod von geliebten Angehörigen, durch Kurzarbeit, Arbeitsplatzverlust oder Insolvenz direkt von der Coronapandemie betroffen sind. Ihnen allen gelten deshalb ganz besonders meine guten Wünsche zum neuen Jahr.

Die aktuell ausgewiesenen Infektionszahlen sehen zwar etwas besser aus - bundesweit sind wir von 200 auf aktuell 122 gesunken, und in Schleswig-Holstein liegen wir nur bei 79 -, all diese Angaben sind aber momentan sehr mit Vorsicht zu genießen, darauf hat der Ministerpräsident hingewiesen, weil sich während der Feiertage einfach weniger Menschen haben testen lassen und weil die Auswirkungen von neuen Virusmutationen noch überhaupt nicht absehbar sind. Mit Sicherheit liegen deshalb noch weitere schwierige Monate vor uns, die mit erheblichen Einschränkungen verbunden sein werden.

Dennoch gibt es auch den einen oder anderen Lichtblick, der uns etwas optimistischer in die Zukunft schauen lässt als im letzten Jahr. Ich beginne ganz bewusst damit, weil wir bei all den Widrigkeiten nicht die Hoffnung verlieren.

Zuallererst stimmt mich das Verhalten der Menschen über die Feiertage optimistisch. Auch nach meiner Wahrnehmung waren die Menschen außerordentlich diszipliniert. Gerade die Befürchtungen in Bezug auf die Silvesternacht haben sich größtenteils nicht bestätigt. Ich möchte deshalb an dieser Stelle Danke sagen. Danke all denjenigen, die mit ihrem Verhalten sich selbst und andere vor dem Virus geschützt haben. Danke dafür, dass Weihnachtsfeiern und Silvesterpartys auf die zulässige Personenzahl beschränkt wurden, sofern man da überhaupt noch von Partys und Feiern sprechen kann. Danke dafür, dass auf Gottesdienstbesuche, Silvesterfeuerwerk, Urlaubsreisen, das Neujahrskonzert weitestgehend verzichtet wurde oder diese durch andere Formate ersetzt wurden.

All das hat uns gefehlt, all das haben wir schmerzlich vermisst. Aber es war notwendig, um das Infektionsgeschehen nicht noch weiter zu erhöhen. Wenn zumindest das gelungen ist, dann ist das ein

erster Lichtblick in dieser schwierigen Zeit. Deshalb noch einmal: Herzlichen Dank allen, die mit ihrem Verhalten dazu beigetragen haben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ein zweiter Grund für etwas mehr Optimismus sind die immer stärker vorhandenen Möglichkeiten für Corona-Schnelltests. Denken wir noch einmal ein paar Wochen zurück, als wir intensiv über Testkapazitäten und Teststrategien diskutiert haben. Mittlerweile besteht in immer mehr Apotheken oder mobilen Teststationen direkt vor Ort innerhalb von kurzer Zeit die Möglichkeit, sich testen zu lassen. Dieses wachsende Angebot von Corona-Schnelltests eröffnet ganz neue Perspektiven. Das gilt für Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser, da die Tests von Besuchern jetzt nicht mehr durch die Personalkapazitäten dieser Einrichtungen begrenzt werden. Das gilt auch - wenn wir ein Stück weit in die Zukunft blicken - für Hotelübernachtungen. Im letzten Jahr wurde die Bedingung eines negativen Testergebnisses für eine Hotelübernachtung noch als hohe Hürde, ja sogar als Beherbergungsverbot, angesehen, weil das mit Umständen verbunden war. Denn der Test musste zwei Tage vorher beim Hausarzt am Wohnort durchgeführt werden.

Mit den jetzt bestehenden Möglichkeiten zu Schnelltests ist die Auflage - finde ich - keine Zumutung mehr und erst recht kein Beherbergungsverbot, sondern die Chance, Tourismus in Zukunft überhaupt wieder möglich zu machen. Im Vergleich zu der jetzigen Schließung von Hotels zu touristischen Zwecken bin ich mir sicher, dass es von den allermeisten Hoteliers als wirklich gute Perspektive angesehen würde, vielleicht den Osterurlaub bei uns im Land wieder zuzulassen, was für unsere Tourismusbranche ungemein wichtig wäre. Aber das ist sicherlich im Augenblick noch Zukunftsmusik.

Meine Damen und Herren, der größte Lichtblick zu Beginn dieses Jahres - das haben meine Vorrednerinnen und Vorredner schon gesagt - sind natürlich die Ende Dezember 2020 begonnen Impfungen. Sie eröffnen uns die Chance, die Coronapandemie endgültig hinter uns zu lassen. Zukünftig wird die jährliche Coronaimpfung vielleicht genauso selbstverständlich zur Gesundheitsvorsorge dazugehören, wie die Grippeimpfung oder die Tetanusspritzen. Das Virus ist jetzt in der Welt, und es wird so schnell nicht wieder verschwinden. Mit einem wirksamen Impfstoff lässt sich aber die pandemische Ausbreitung verhindern und der Schutz von Risikogruppen gewährleisten.

(Tobias Koch)

Wer bitte schön hätte es im letzten Februar für möglich gehalten, dass in dem Jahr, in dem wir von einer neuartigen Viruserkrankung heimgesucht werden, ein Impfstoff entwickelt, getestet und zugelassen wird, sodass noch im selben Jahr mit den Impfungen begonnen werden kann? Beim Ebolavirus hat es 20 Jahre gedauert, bevor endlich 2018 bei der Epidemie im Kongo eine Impfkampagne gestartet werden konnte. Bei Hepatitis B brauchte man 15 Jahre bis zu einem Impfstoff, bei den Masern gut zehn Jahre. Es ist doch ein echtes Wunder des technologischen Fortschritts, dass all das jetzt innerhalb von weniger als neun Monaten gelungen ist.

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Stattdessen dreht sich aber die öffentliche Diskussion in Deutschland in diesen Tagen um ein vermeintliches Impfdebakel. Es ist nun wirklich Beserwisserei allererster Güte, was wir gerade erleben. Im Nachhinein kritisieren kann schließlich jeder. Aber hätten die heutigen Kritiker die Entscheidungen im letzten Jahr tatsächlich anders getroffen? Mir ist aus dem Sommer letzten Jahres keine einzige Forderung aus der Politik, aus der Wissenschaft oder aus den Medien bekannt, wonach damals verlangt worden wäre, Deutschland solle sich in großem Stil und ausschließlich oder vorrangig mit dem Impfstoff von BioNTech versorgen. Stattdessen - wenn wir uns zurückerinnern - standen in den Medienberichten damals die Forscher der Oxford University im Vordergrund, die glaubten, bereits im September 2020 einen Impfstoff auf den Markt bringen zu können. Das war die Medienlage im April/Mai 2020. Der Impfstoff von der Oxford University ist der, der zukünftig von AstraZeneca vermarktet wird. Hier kam es aufgrund einer Panne bei den Testverfahren zu einer Verzögerung, sonst wäre vermutlich dieser Impfstoff der erste gewesen, der zugelassen worden wäre.

Weil der Ausgang der Impfstoffentwicklung von niemandem vorhersehbar war, war es doch vollkommen logisch und richtig, dass die Europäische Union Verträge mit unterschiedlichen Herstellern abgeschlossen hat. Sie hat dies übrigens in deutlich größerer Anzahl getan, als dies für die 500 Millionen EU-Bürger erforderlich ist. Sie hat insgesamt 2 Milliarden Impfdosen bestellt - bei Johnsons & Johnson, bei Sanofi, bei AstraZeneca, bei BioNTech, bei CureVac und bei Moderna. Keine andere Region der Welt hat dabei mehr Impfdosen bei BioNTech bestellt als die Europäische Union.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört, hört!)

Da kann doch wirklich niemand ernsthaft kritisieren, dass das auf europäischer Ebene erfolgt ist und nicht im nationalen Alleingang.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Oder hätten wir etwa zusehen wollen, wie die Coronahochburgen Tschechien und Spanien leer ausgehen, weil wir ihnen den Impfstoff vor der Nase weggekauft haben? Gerade in solchen Krisen beweist sich doch europäische Solidarität. Ein Impfnationalismus ist das allerletzte, was wir jetzt gebrauchen können, denn das Virus macht schließlich an den Landesgrenzen nicht halt.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Bleibt noch die Kritik an der Umsetzung der Impfungen in Deutschland. Da möchte ich allen Kritikern einmal empfehlen, nach Frankreich zu schauen, wo in der ersten Woche gerade einmal 500 - noch einmal: 500! - Menschen geimpft wurden, in Deutschland dagegen 265.000. Wer dann noch immer von einem Impfdesaster in Deutschland spricht, der argumentiert offenbar mit alternativen Fakten.

„Natürlich wäre es am besten, wenn alle sofort geimpft werden könnten. ... Das wird sich aber hinziehen, weil eine hohe Zahl von Impfdosen hergestellt und verimpft werden muss.“

Das Zitat stammt nicht von mir, sondern vom Kanzlerkandidaten der SPD, Olaf Scholz. Es ist gerade einmal zwei Wochen alt, es stammt vom 19. Dezember letzten Jahres. Richtigerweise wies Olaf Scholz darauf hin, dass sich die Impfungen deshalb über mehrere Monate erstrecken würden und nicht eine Frage von wenigen Tagen oder Wochen seien.

Seit Anfang Januar 2021 erleben wir jetzt einen gänzlich anderen Olaf Scholz, der sich schon einmal als Wahlkämpfer versucht. Das mag angesichts des Umfragetiefs der SPD verständlich sein, eine solche Wahlkampfstrategie ist aber ein denkbar schlechter Ratgeber in Krisenzeiten.

(Vereinzelter Beifall CDU - Zurufe SPD)

Gerade in Krisenzeiten haben die Menschen Anspruch darauf, dass eine Regierung gemeinsam und geschlossen handelt, statt sich mit Attacken auf Ministerkollegen untereinander zu streiten.

Vielleicht sollte sich die Bundes-SPD lieber ein Vorbild an Schleswig-Holstein nehmen, wo dieses gemeinschaftliche Handeln sogar zwischen Jamaika-Koalition und SPD-Opposition funktioniert und

(Tobias Koch)

sich wohltuend von dem unterscheidet, was wir derzeit bei der Berliner SPD erleben. Auch wenn der Oppositionsführer heute ein Stück weit weniger Dalai Lama war als in den letzten Monaten und ich nicht alle Kritikpunkte teile, die er hier vorgetragen hat, war er trotzdem deutlich moderater in seiner Kritik als derzeit die SPD in Berlin.

(Christopher Vogt [FDP]: Der Dalai Lama ist ein harter Hund! - Heiterkeit)

Schauen wir deshalb aber noch einmal etwas genauer auf Schleswig-Holstein: Bei uns sind nicht nur die Infektionszahlen niedriger als im restlichen Bundesgebiet, auch die Zahl der Impfungen ist bei uns deutlich höher. Pro 100.000 Einwohner sind bei uns bereits 585 Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner geimpft gegenüber 441 im bundesweiten Durchschnitt. Das ist der Stand von gestern Vormittag. Deshalb danke ich allen Mitwirkenden in den Impfteams, Danke an alle Mitwirkenden in der Kassenärztlichen Vereinigung und im Sozialministerium, lieber Heiner Garg. Danke an all diejenigen, die das organisiert haben. - Herzlichen Dank!

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Beate Raudies [SPD])

Zu den Schlusslichtern bundesweit gehören übrigens die SPD-geführten Bundesländer Niedersachsen, Brandenburg und Rheinland-Pfalz - wenn man einmal die parteipolitische Brille aufsetzen will.

(Martin Habersaat [SPD]: Ja, aber das wollen wir ja nicht! - Serpil Midyatli [SPD]: Die haben doch keinen Impfstoff gekriegt! - Weitere Zurufe SPD)

- Impfstoff haben alle Bundesländer gleichermaßen bekommen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Ja, ja! - Weitere Zurufe SPD)

Dass über die erfolgten rund 13.000 Impfungen hinaus nicht noch mehr Menschen in Schleswig-Holstein geimpft wurden, liegt in der Tat nicht an der Terminvergabe, sondern an der auch bei uns begrenzten Impfstoffmenge. Daran würde auch ein Einladungswesen nichts ändern. Erst recht nicht, wenn dieses Einladungswesen nur darin besteht, dass die über 80-jährigen Menschen einen Brief mit einer Telefonnummer bekommen, unter der sie sich dann selber einen Termin buchen können.

(Beifall Kay Richert [FDP] und Stephan Holowaty [FDP])

Nichts anderes ist das nämlich in Mecklenburg-Vorpommern. Das hat dazu geführt, dass dort in der ersten Januarwoche überhaupt keine Impftermine vergeben werden konnten, weil ja erst einmal die Briefe verschickt werden mussten.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört, hört!)

Bei allen derzeitigen Unzulänglichkeiten bei der Terminvereinbarung bin ich mir sicher, dass sich die derzeitige Impfdiskussion mit etwas zeitlichem Abstand in gänzlich anderem Licht darstellen wird.

(Martin Habersaat [SPD]: Wir auch!)

Rückblickend wird sich die Impfkampagne als die große Erfolgsstory im Kampf gegen die Coronapandemie erweisen. Und wenn es jetzt noch gelingt, die Anmeldungen für die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger einfacher zu gestalten und dazu einen Informationsbrief an alle Haushalte zu verschicken - so wie es der Ministerpräsident hier gerade angekündigt hat -, dann ist das umso besser.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Die Impfungen sind der Schlüssel, um die Coronakrise zu bewältigen. Sie ändern aber nichts daran, dass wir in den nächsten Wochen und Monaten noch schwer mit der Pandemie zu kämpfen haben werden. Ich will deshalb nicht versäumen, auf die damit verbundenen Folgen einzugehen.

Schweren Herzens bleiben die Kitas und die Schulen in Schleswig-Holstein auch die nächsten drei Wochen geschlossen. Das ist notwendig, um die Kontakte so weit wie möglich zu reduzieren. Außerdem ergeben sich zunehmend Hinweise darauf, dass Kinder und Jugendliche zur Verbreitung des Virus beitragen, auch wenn sie selbst keine Symptome zeigen.

Für uns ist aber klar - da kann ich, glaube ich, für alle drei Jamaika-Fraktionen gleichermaßen sprechen -, dass Kitas und Schulen an allererster Stelle stehen, wenn es ab Februar 2021 um die Wiedereröffnung geht, vielleicht sogar schon früher, wenn es die Inzidenzen zulassen.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Bis dahin wird an den Kitas und für die unteren Schuljahrgänge eine Notbetreuung gewährleistet. Alle übrigen Eltern, die von der Schließung betroffen sind, haben nach dem Infektionsschutzgesetz Anspruch auf Entschädigung des Verdienstausfalls.

(Tobias Koch)

(Serpil Midyatli [SPD]: Nur, wenn der Arbeitgeber das beantragt! Das ist das Problem!)

- Ja. Außerdem wird der Bund für zehn zusätzliche Tage im Jahr 2021 die Zahlung von Kinderkrankengeld gesetzlich regeln, so wie wir das als Land Schleswig-Holstein schon im letzten Jahr als Forderung in den Bundesrat eingebracht haben.

Zu guter Letzt haben wir uns in der Jamaika-Koalition darauf verständigt, für einen weiteren Monat die Kita-Gebühren zu erstatten. In der Summe ist das ein wirklich gutes Paket, um die schmerzlichen Folgen der Schließung von Kitas und Schulen abzufedern. Alle Eltern können sicher sein, dass wir die Bedürfnisse von Kinderbetreuung und Bildungschancen ganz besonders im Blick haben.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, nicht weniger dramatisch ist die Situation für alle Betriebe, die weiterhin einer Schließung ausgesetzt sind. Für die betroffenen Branchen verlängert sich die Leidenszeit jetzt noch einmal. Trotz aller staatlichen Hilfen verschärft sich damit die Existenzgefährdung weiter, weil die Reserven aufgebraucht sind.

Aber auch hier tut die Politik ihr Möglichstes, um die Folgen des Lockdowns abzufedern. Mit der Überbrückungshilfe III steht für den Zeitraum von Januar bis Juni 2021 das nächste Hilfspaket bereit. Damit ist es immerhin zum ersten Mal gelungen, die Hilfsmaßnahmen rechtzeitig im Vorfeld zu klären, sodass die entsprechenden Auszahlungen noch im ersten Quartal 2021 erfolgen können - und das sogar bis zu 500.000 € pro Monat.

Zur Wahrheit gehört aber dazu, dass die Branchen, die im letzten Jahr schon besonders gelitten haben, also der gesamte Veranstaltungsbereich, Messen, Schausteller, Kinos und so weiter, auch in diesem Jahr noch deutlich über Januar hinaus mit einer weiteren Schließung oder zumindest deutlichen Einschränkungen rechnen müssen. Selbst bei möglichen Öffnungsschritten ab Februar 2021 werden diese Bereiche erst am Ende einer stufenweisen Lockerung stehen können. Wir haben deshalb im vergangenen Jahr diese Branchen mit zusätzlichen Landesprogrammen unterstützt, um Förderlücken der Bundesprogramme zu schließen. Das werden wir uns auch in diesem Jahr genau ansehen und bei Bedarf handeln.

Meine Damen und Herren, angesichts all dieser schwerwiegenden Konsequenzen besteht das beste Gegenmittel darin, die Infektionszahlen schnellst-

möglich in den Griff zu bekommen. Genau diesem Ziel dient der jetzt verlängerte Lockdown mit der zusätzlichen Kontaktbeschränkung und dem eingeschränkten Bewegungsradius in Landkreisen mit einer Inzidenz von über 200. Genau solche verschärfenden Maßnahmen in Corona-Hotspots habe ich hier oft genug an dieser Stelle angemahnt. Deshalb halte ich diese Regelung bei aller damit verbundenen Tragweite für richtig. Sie muss jetzt in den betroffenen Bundesländern aber auch tatsächlich umgesetzt werden.

Sollten in Schleswig-Holstein einzelne Landkreise die Inzidenz von 200 noch einmal überschreiten - in Lübeck war das ja vorübergehend der Fall; Stormarn und Pinneberg standen kurz davor -, dann sind auch unsere Kreise und kreisfreien Städte per Landeserlass dazu aufgerufen, diese Maßnahmen in Kraft zu setzen, auch wenn wir natürlich alle hoffen und uns wünschen, dass es bei uns im Land nicht soweit kommt.

Meine Damen und Herren, wenn wir diese Konsequenzen vermeiden wollen, wenn wir schnellstmöglich aus dem Lockdown herauskommen wollen, wenn wir bald wieder zu einem möglichst normalen Leben zurückkehren wollen, dann hilft jetzt nur eins: Kontakte vermeiden, soweit es nur irgendwie geht! Alle Regeln einhalten und sich jetzt noch einmal drei Wochen lang wirklich zusammenreißen! - Das ist meine dringende Bitte, mit der ich an dieser Stelle schließen möchte. Ich weiß, das ist nicht leicht und verlangt uns allen viel ab, aber es ist notwendig, um das Coronavirus zu besiegen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat deren Fraktionsvorsitzende, die Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als wir uns am 11. Dezember 2020 hier verabschiedet haben, haben wir es mit einer gewissen Hoffnung getan, der Hoffnung auf sinkende Infektionszahlen, der Hoffnung auf die bevorstehenden Impfungen, der Hoffnung, dass wir am Beginn des Jahres mit der Bekämpfung der Coronapandemie weiter sind. Jetzt ist 2021, und wir erkennen, dass die Situation nicht die ist, die wir uns gewünscht haben, auf die wir so gehofft haben. Wir

(Eka von Kalben)

hatten im Dezember - das haben einige vor mir schon gesagt - so viele Todesfälle mit oder durch den Coronavirus wie in der Zeit von März bis November letzten Jahres. So viele Schicksale, so viele Tragödien - das zeigt deutlich, wie schwierig die Lage ist.

Wo stehen wir jetzt?

Erstens. Wir haben eine relativ unübersichtliche Lage über die Auswirkungen des jetzigen Lockdowns. Wir können noch nicht absehen, wie sich die Feiertage auf die Zahlen ausgewirkt haben. Wir haben immer einen Verzug von ein bis zwei Wochen. Das macht es für die MPK, die alle drei bis vier Wochen tagt, so schwierig, das einzubeziehen. Die Ausgangslage verändert sich, und die Menschen suchen nach Planbarkeit, nach Perspektiven.

Zweitens haben wir es - so will es die Natur - bei so einem Virus immer wieder mit Mutationen, also Abwandlungen des Virus, zu tun. Nun gibt es eine Variante, die sich deutlich schneller verbreitet, die ansteckender ist, über die wir aber auch noch sehr wenig wissen. Das veränderte Virus hat seinen Weg schon nach Deutschland gefunden. Vermutlich werden wir auch das als große Herausforderung meistern.

Drittens. Wir haben einen ersten Impfstoff. Ein zweiter ist gestern zugelassen worden. Weitere werden folgen.

Wir haben im Land 29 Impfzentren aufgebaut, aber wir sind uns im Klaren darüber, dass wir nicht innerhalb von drei Monaten alle Impfwilligen impfen können. Ob ich den Vorhersagen von Herrn Spahn folge, lieber Herr Ministerpräsident, da bin ich mir noch nicht so sicher. Ich warne sehr davor, in diesen Zeiten zu große Versprechungen zu machen. Das eine ist der Impfstoff, und das andere ist, dass wir trotz der vielen Impfzentren, trotz verbesserter Möglichkeiten für Seniorinnen und Senioren, trotz Dingen, die wir nachschärfen wollen - auch beim ambulanten Impfen -, mit allem, was wir versprechen, vorsichtig sein müssen.

Die Streitigkeiten innerhalb der Großen Koalition über die Bestellung des Impfstoffes helfen da niemandem. Jetzt die Krise für den Wahlkampf zu nutzen, ist wirklich falsch.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Die Angriffe auf die europäische Beschaffung in einer Zeit, in der die Menschen verzweifelt darauf warten, geimpft zu werden, sind aus meiner Sicht

unterste Schublade. Sie schüren antieuropäische Ressentiments und Politikfrust.

(Widerspruch SPD)

Die Ressource Impfstoff ist noch zu knapp. Aber seien wir ehrlich: Vor einem Dreivierteljahr hätten wir uns nicht vorstellen können, dass wir jetzt überhaupt schon einen Impfstoff haben. Ich warne davor, diesen Streit auszuweiten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Viertens. Unser Gesundheitssystem ist an der Grenze der Belastbarkeit angekommen, und unsere Gesundheitsämter sind bereits überlastet. Ich kann nicht in die Zukunft schauen, aber eines ist doch völlig klar - dafür braucht es keine mathematische Ausbildung -: Wenn wir es nicht endlich schaffen, die Neuinfektionen deutlich zu senken, werden unsere Kliniken bald so überlastet sein, dass wir auch bei Verlegung in andere Kliniken nicht mehr alle Menschen ausreichend behandeln können. Darum geht es also: Neuinfektionen vermeiden!

Was müssen wir in dieser Situation tun? - Es ist richtig, den Lockdown bis Ende Januar 2021 zu verlängern. Hier hat der Ministerpräsident unsere volle Unterstützung. Aber wir brauchen auch eine Strategie, eine Art Leitfaden, an dem sich Lockerungen, Schließungen, Lockdown oder Shutdown orientieren. Es ist unbefriedigend, wenn sich die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten alle paar Wochen neu auf Details und die Frage eines bundesweit einheitlichen Handelns einigen müssen. Wir brauchen eine langfristige Strategie möglichst für alle Bereiche, einen Stufenplan.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir fordern dies auf Landes- und Bundesebene seit Langem, auch hier im Landtag haben wir das schon mehrfach gemeinsam getan. Es ist ärgerlich, dass die Aufstellung eines solchen Plans bisher nicht gelungen ist. Dabei haben wir in Schleswig-Holstein einiges vorzuweisen. Wir haben einen Stufenplan für die Kitas. Wir haben einen Stufenplan für die Schulen. Wir haben einen Stufenplan für Versammlungen, für Veranstaltungen. Das heißt, wir haben durchaus etwas einzubringen. Ich weiß, andere Bundesländer haben auch etwas. Es gibt den Wunsch, dass man sich hinsetzt und dazu verpflichtet, ab einer Inzidenz von 200 bestimmte Sachen einzuhalten, nicht nur ein: Na ja, bei 200 könnte man eine Hotspot-Strategie machen. - Dann könnte man die Menschen im Land, beispielsweise in

(Eka von Kalben)

Nordfriesland oder in Plön mit niedrigen Inzidenzen, mitnehmen. Man könnte ihnen sagen: Okay, wenn die Inzidenz niedriger ist, gucken wir einmal, was an Lockerungen möglich ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß aber auch, dass das leichter zu fordern als umzusetzen ist. Es gibt so einige Hürden.

Erstens. Welche Zahlen sind überhaupt zu berücksichtigen? Nehmen wir die Fälle pro 100.000 Einwohner, oder nehmen wir die Inzidenzen, die Siebentageinzidenzen? Machen wir das pro Kreis, pro Land oder im Bund?

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Das ist das Gleiche!)

- Nehmen wir die Zahl der Infizierten insgesamt pro 100.000? Die gibt es neben der Siebentageinzidenz. Das sind zwei verschiedene Zahlen, Herr Dolgner. Aber darum geht es jetzt nicht.

(Serpil Midyatli [SPD]: Wollen Sie sich echt mit ihm anlegen?)

- Nein. Darum geht es an dieser Stelle nämlich nicht. Es geht darum, dass die Zahlen, die man für ein solches Stufenkonzept nimmt, nicht einfach zu wählen sind. Man muss die belegten Intensivbetten angucken, man muss gucken, wie viele von denen wirklich - -

(Zurufe - Serpil Midyatli [SPD]: Ich habe gewarnt!)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete von Kalben. Anschließend kann sich jemand, der mathematisch vielleicht besser drauf ist, zu einem Dreiminutenbeitrag melden.

(Vereinzelter Beifall)

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Danke. - Die erste Hürde ist also: Welche Zahl nimmt man sinnvollerweise für solch ein Konzept?

Zweitens. Welche Zeitverläufe spielen eine Rolle? Wenn wir die Siebentageinzidenz nehmen, fragen wir: Was bedeutet das in zwei Wochen, in vier Wochen für unsere Krankenhäuser?

Drittens. Berücksichtigt man bei solch einem Konzept besondere Cluster? Das würde bedeuten, man würde die Bewertung wieder allein in die Hände der Gesundheitsämter geben, die dann entscheiden, welche Maßnahmen zu treffen sind. Natürlich

macht es einen Unterschied, ob ich in einem Kreis eine höhere Inzidenz habe, weil es in drei Betrieben oder in drei Altenheimen Ausbrüche gegeben hat, oder ob ich ein diffuses Geschehen habe und das nicht mehr nachvollziehen kann.

Viertens. Welche Gefahr würde von einem eventuellen Coronatourismus ausgehen? Was bedeutet es, wenn wir in Nordfriesland die Restaurants wieder aufmachen, sie aber in Dithmarschen zu sind? Was bedeutet es, wenn der Einzelhandel in Pinneberg aufmacht, in Hamburg aber noch geschlossen ist? - Wir können uns vorstellen, was dann demnächst in Pinneberg los wäre. Es würde der Innenstadt von Pinneberg sicher guttun, das hat aber nichts mit Infektionsschutz zu tun.

(Zuruf SPD: Ob die Hamburger dahin fahren?)

Meine Damen und Herren, verstehen Sie mich nicht falsch. Auch wenn ich die Hürden für eine verlässliche Strategie deutlich gemacht habe - ich glaube trotzdem, dass wir eine Strategie brauchen. Ich weiß nur, dass es eine schwierige und keine aus der Hüfte geschossene Sache sein kann.

Die Fragen werden kommen: Wie geht es weiter mit den Freizeitangeboten, dem Einzelhandel, dem Tourismus im Sommer?

Ich kann den Unmut der Menschen verstehen, die einen Planungshorizont von 14 Tagen und nicht mehr bekommen. Es ist wichtig, dass wir jetzt Kultur, Wirtschaft, Tourismus und besonders Kitas, Schulen und Hochschulen Perspektiven für den Sommer aufzeigen.

(Beifall Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nach zehn Monaten Coronapandemie müssen wir hier einen Schritt vorankommen, statt nur auf Sicht zu fahren, und zwar vor der nächsten Ministerpräsidentinnen- und Ministerpräsidentenkonferenz Ende Januar.

Ich denke, wir müssen uns auf ein Leben mit dem Virus, vielleicht auch mit den Viren, einstellen und uns damit auseinandersetzen: ein Leben, in dem Nähe trotz Virus möglich ist, ein Leben, in dem Kultur und Sport trotz Virus möglich sind, ein Leben, in dem Wirtschaft möglich ist, auf jeden Fall ein Leben, in dem das Gesundheitssystem und insbesondere der öffentliche Gesundheitsdienst besser auf Pandemien vorbereitet werden, ein Leben, in dem wir einige ethische und rechtliche Fragen zu stellen haben.

(Eka von Kalben)

Herr Koch hat es gesagt: Es gibt immer mehr Testungen und Testmöglichkeiten, demnächst hoffentlich auch Selbsttestungsmöglichkeiten. Wie gehen wir eigentlich damit um, wenn Menschen sagen: „Wir wollen uns nicht testen lassen“? Ich hatte gerade einen Anruf von einer jungen Altenpflegerin, die gesagt hat: Ich möchte mich nicht testen lassen. Habe ich kein Recht, das zu verweigern? - Wie gehen wir mit solchen rechtlichen Fragen um? - Das Thema Impfpflicht ist zum Glück in Deutschland kein weit verbreitetes. Aber auch dazu gibt es immer wieder Diskussionen.

Aktuell setzen wir uns hier mit den Beschlüssen der MPK auseinander, die in ihrer Verschärfung besonders hart die Familien belasten. Geschlossene Schulen, geschlossene Kitas, Kontaktbeschränkungen für Groß und Klein. Gerade die Kleinen brauchen Kontakte. Kinder brauchen Kinder.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Das weiß jeder Mensch, der schon einmal die Aufgabe hatte, ein Einzelkind zu bespaßen. Seien Sie gewiss: Als ich den Beschluss der MPK las, war ich zuerst perplex über die vorgeschlagenen Maßnahmen. Aber offensichtlich waren die Worte und Ratschläge der Wissenschaft mehr als deutlich. Wenn wir ehrlich sind, wissen wir: Wir hören das schon seit Wochen in jedem Fernsehinterview von Expertinnen und Experten.

Ja, wir könnten in Schleswig-Holstein jetzt auch einen eigenen Weg gehen, wie es sehr viele Bundesländer schon eine Stunde nach der MPK verkündeten. Aber ich finde es richtig, dass wir zumindest, bis wir einen Überblick über die Lage bekommen haben - das wird frühestens Mitte Januar sein -, den Lockdown so, wie er beschlossen wurde, nachvollziehen. Nur wenn wir den Überblick haben, können wir danach nach Inzidenzen vorgehen. Vorher nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin froh, dass wir uns in der Koalition einig sind, dass die Situation von Familien besonders in den Blick genommen werden muss, dass es Elternentlastung geben muss und dass durch unsere Landtagsinitiative, der eine Bundesratsinitiative der Landesregierung gefolgt ist, nun auch der Bund nachgesteuert hat, was zum Beispiel die Krankentage für Kinder angeht. Trotz allem werden es schwierige Zeiten für uns alle, für viele Menschen im Land.

Was ich wirklich bedauere, ist, dass sich die MPK nicht auf eine klare Regelung für die Betriebe einigen konnte. Ja, es gelten Abstandsregeln, es gilt

Maskenpflicht, aber die Praxis in den Betrieben, in den Großraumbüros ist nicht überall so. Die Möglichkeiten, Menschen Zuhause arbeiten zu lassen, wenn sie es wünschen, sind ausbaufähig. Es ist einfach nicht richtig, dass sich Menschen immer noch im ÖPNV zum Arbeitsplatz bewegen müssen, wenn die Arbeit von Zuhause aus gemacht werden könnte. Da kann nachgebessert werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf SPD: Genau!)

Eine Lehre aus 2020 ist für mich, dass, egal, was wir machen, es nie für alle passt. Es gibt immer wieder Fälle und Lebenssituationen, die nicht logisch sind oder auf die die Verordnungen nicht passen. Wir können in den Verordnungen nicht jede Lebenssituation abbilden. Das ist uns klar. Aber die Botschaft für alle ist doch klar: Kontakte reduzieren!

Es ist gut, dass wir heute hier stehen und miteinander die Lösungen diskutieren, Lob verteilen und Kritik üben. Die Demokratie funktioniert - auch die Meinungsfreiheit, auch das Zusammenspiel von Regierung, Parlament und Opposition. An dieser Stelle möchte ich, weil wir sehr kurzfristig eine Sondersitzung anberaumt haben, einen Dank an die Landtagsverwaltung aussprechen, die das so kurzfristig immer wieder ermöglicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Meine Damen und Herren, Weihnachten sollte Hoffnung geben. Das hat zugegebenermaßen 2020 nur mittelgut geklappt. Selten haben sich die Menschen so froh vom alten Jahr verabschiedet, auch wenn bei vielen die Rahmenbedingungen verhaltener waren als sonst am 31. Dezember.

Meine Damen und Herren, ich lasse mir den Optimismus nicht nehmen. Es kommt auch ein bisschen darauf an, wie wir auf die Situation gucken. In den USA - ja, es waren schreckliche Bilder heute Nacht, die viele von uns wachgehalten haben - ist es gelungen, dass Joe Biden in beiden Häusern die Mehrheit hat, was ein großer Erfolg und ein großer Hoffnungsschimmer für das kommende Jahr ist.

Wer hätte gedacht - ich habe es schon gesagt -, dass wir so schnell zu einem Impfstoff kommen würden, innerhalb eines Jahres? Das ist eine riesengroße Hoffnung.

Wer hätte gedacht, dass auch bei einem zweiten Lockdown die Menschen nicht massenhaft auf die Straßen gehen, protestieren und sich gegen die Ein-

(Eka von Kalben)

schränkungen wehren? Nein, die Menschen sind solidarisch, die Menschen halten zusammen.

Wer hätte gedacht, dass trotz der extremen Belastungen im Jahr 2020 noch heute so viele Menschen, Pflegende und Heilende in den Krankenhäusern, jeden Tag Menschenleben retten? Ihnen gilt auch heute wieder unser aller Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Pandemie fordert unsere Gesellschaft und nebenbei gesagt auch viele andere Regionen auf der Welt weiterhin in erheblichem Maße heraus. Ich möchte dennoch allen ein frohes und gesundes Jahr 2021 wünschen und den vielen Menschen danken, die sich weiterhin Tag für Tag vorbildlich verhalten. Ganz besonders danke ich natürlich den Menschen, die seit Monaten in der Pflege, im Gesundheitswesen oder auch in den Behörden wie den Gesundheitsämtern herausragende Arbeit leisten!

(Beifall FDP, SPD, SSW und vereinzelt CDU)

Den Menschen, die Angehörige oder Freunde verloren haben, gerade im Dezember, in dem wir bundesweit mehr Todesopfer hatten als im gesamten Zeitraum davor, möchte ich meine Anteilnahme aussprechen.

Es wurde schon gesagt: An Weihnachten war vieles anders. Tobias Koch, ich räume ein: Ein Online-Gottesdienst ist an Weihnachten nicht das Gleiche wie ein normaler Weihnachtsgottesdienst.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Man kann nebenbei noch andere Sachen machen, das hat alles auch Vorteile, aber ich will sagen: Ich danke wirklich den vielen Kirchengemeinden, die das in Wahrheit mit sehr wenig Vorlaufzeit entsprechend organisiert haben. Es war etwas anderes, aber es war vernünftig, auf Online-Gottesdienste umzustellen. Auch meine Kirchengemeinde hat das gemacht. Ich glaube, das war eine sinnvolle Lösung.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt CDU)

Wenn wir uns die Lage in Deutschland anschauen, dann müssen wir leider feststellen, dass wir mit den bisherigen Maßnahmen in diesem Winter trotz aller Härten nicht die Ziele erreichen, die wir uns gesetzt haben. Das sieht man mittlerweile auch sehr deutlich an den Todeszahlen und an den Intensivkapazitäten. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass das Lagebild derzeit nicht ganz eindeutig ist, auch mit Blick auf die Ausbreitung von Virusmutationen, die vielen Menschen und auch Experten zunehmend Sorgen bereiten. Dem muss jetzt auch in Deutschland verstärkt nachgegangen werden. Das hat die MPK auch so vereinbart.

Dass der bisherige Lockdown im Grundsatz noch einmal verlängert wird, war wohl den meisten Menschen über den Jahreswechsel schon klar, dass der Lockdown kurzfristig noch einmal drastisch verschärft werden wird, dagegen eher nicht. Vor allem die Verschärfung bei den Kontaktbeschränkungen sorgt für Fragen, hat der Herr Ministerpräsident gesagt. Wenn ich in meinen E-Mail-Account sehe, dann will ich einmal sagen: Sie sorgt für kontroverse Diskussionen. Wir hatten diese Regel in der Tat bereits im Frühjahr, und ich kann schon verstehen, dass es vielen Menschen noch immer nicht so richtig einleuchtet, dass eine Person zwar einen anderen Haushalt besuchen darf, dass dies aber andersherum nicht gehen soll. Das ist natürlich nicht so richtig logisch. Es führt aber dazu, dass die Kontakte deutlich reduziert werden sollen und dass sich zum Beispiel zwei Ehepaare nicht treffen dürfen.

Eine ganz besondere Herausforderung sehe ich - nicht nur deshalb - für die jungen Familien in unserem Land. Sie mussten ja bereits im letzten Frühjahr die Hauptlast unserer Maßnahmen tragen. Das haben wir auch durchaus anerkannt. Jetzt ist es leider wieder eine erhebliche Belastung. Ich bin sehr dankbar, dass wir uns in der Koalition bei den Kontaktbeschränkungen auf eine Ausnahme für die familiäre Kinderbetreuung verständigen konnten,

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Ralf Stegner [SPD])

ich kenne das aus eigener Betroffenheit, die in ähnlicher Form auch bei der Betreuung von pflegebedürftigen Menschen greifen wird. Das sorgt bei vielen Familien zumindest für ein bisschen Entlastung in den nächsten Wochen.

Herr Stegner hat natürlich vollkommen recht: Alle Eingriffe müssen sehr gut begründet und verhältnismäßig sein. Meine große Hoffnung ist, dass die sehr drastischen Kontaktbeschränkungen im gesamten

(Christopher Vogt)

Land jetzt auch dafür sorgen werden, dass die Infektionszahlen im Januar spürbar zurückgehen werden. Wir gehen ja immer weiter in den Lockdown hinein, und irgendwann verlieren die Leute den Glauben daran, dass er wirklich wirkt. Insofern ist es wichtig, dass jetzt alle mitziehen und dass er funktioniert.

Meine Damen und Herren, das ist auch deshalb dringend notwendig, weil viele Menschen sich - gerade im Einzelhandel, im Hotel- und Gaststättenbereich oder auch im Sport- und Kulturbereich - nach einer realistischen Perspektive für die Wochen danach sehnen. Priorität muss aber die schnelle Entlastung von Familien mit Kindern haben. Ich glaube, allen ist das klar, denn Kitas und Schulen können nicht allzu lange weitestgehend geschlossen bleiben.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU und SPD)

Ich möchte aber auch sagen: Ziemlich erstaunt hat mich die jüngste Diskussion über diesen 15-km-Bewegungsradius für Hotspots. Die Bundesregierung wollte offenbar zunächst, dass dieser für einen Großteil der Republik gelten soll, was ich mit Blick auf das Prinzip der Verhältnismäßigkeit, das ja nach wie vor gilt und zu beachten ist, für ziemlich bedenklich halte.

(Beifall FDP)

Ich wundere mich aus drei Gründen über diese Diskussion: In Sachsen gilt der Bewegungsradius offenbar weitestgehend bereits. Dort ist er angesichts des Infektionsgeschehens vermutlich auch angezeigt. Nun wurde er vor allem mit Blick auf Thüringen bundesweit von Herrn Ramelow angestoßen, aber dort ist er jetzt weiterhin nur eine Empfehlung für die Kreise. Das spricht meines Erachtens für sich. Dann ist das ja nichts anderes als eine weichere Form der Ausgangssperre.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja, so ist das Leben, Frau von Kalben. - Nun ist er nur eine weichere Form der Ausgangssperre, die für Hotspots nach dem Infektionsschutzgesetz eine Möglichkeit sein kann. Ich bin kein großer Freund von diesem Instrument, aber ich frage mich schon, ob der eingeschränkte Bewegungsradius im Vergleich wirklich der große Bringer ist. Wie man das kontrollieren will, ist auch fraglich, wenn man auf die Polizei hört.

(Beifall FDP)

Was ich besonders interessant finde, ist der Bezug auf den Wohnort. Das würde in Berlin also mehr als ein ganzes Bundesland umfassen, während man auf dem Land ganz besonders eingeschränkt wäre; von Orten an der Küste, Inseln und Halligen ganz zu schweigen. Das finde ich wirklich schwierig, und deswegen will ich sagen: Sie haben gemerkt, ich sehe das Instrument ein bisschen skeptisch. Es wird bei uns hoffentlich nicht zur Anwendung kommen. Es kommt auch nicht in die Verordnung, sondern - wie alle anderen Instrumente - in den Erlass für die Kreise. Ich gehe davon aus, das wird in Schleswig-Holstein nicht zum Zuge kommen.

(Beifall FDP)

Es ist mittlerweile bekannt: Wir sind sehr für bundesweite Abstimmung, aber auch für regionale Differenzierung, wenn die Infektionslage das zulässt. So sieht es ja auch das Infektionsschutzgesetz als Rechtsgrundlage vor. Bei einem bundesweiten Lockdown ist das natürlich schwierig, und deswegen ärgere ich mich zunehmend darüber, dass immer wieder gern die Bundesländer sofort nennenswert von den Vereinbarungen abweichen, die die Maßnahmen eigentlich besonders nötig hätten. Auch das haben wir jetzt wieder erlebt, vor allem im Schul- und Kita-Bereich.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Solidarität unter den Bundesländern darf keine Einbahnstraße mehr sein. Es muss jetzt darum gehen, nach Möglichkeit auf vermeidbare Treffen und Begegnungen zu verzichten und möglichst viel im Homeoffice zu machen, auch wenn viele das nicht mögen. Ich weiß das, trotzdem ist das jetzt notwendig. Die vorübergehende weitgehende Schließung von Kitas und Schulen ist besonders schmerzhaft, aber dadurch werden natürlich sehr viele Begegnungen vermieden.

Ich halte es für sinnvoll, dass wir bei den Kitas bei der erweiterten Notbetreuung bleiben, die wir bereits aus dem bewährten Kita-Stufenplan aus dem letzten Frühjahr kennen. Die Übernahme der Elternbeiträge für den Januar kostet das Land zwar erneut eine Menge Geld, aber wenn der Staat hier eine Leistung in diesem Umfang nicht erbringen kann, sollte diese meines Erachtens den Eltern auch nicht in Rechnung gestellt werden.

(Vereinzelter Beifall FDP)

- Ja, ihr müsst schneller sein beim Klatschen, Kollegen!

(Beifall FDP)

(Christopher Vogt)

Weitere Maßnahmen wie die bereits erwähnte Ausnahme bei den Kontaktbeschränkungen, die Erhöhung der Kinderkrankentage und der mögliche Ausgleich des Lohn- beziehungsweise Gehaltsverlustes bringen den Familien eine gewisse Entlastung, aber es ist nicht wegzudiskutieren, dass viele Familien trotzdem weiterhin stark belastet sind. Das trifft leider noch immer vor allem und in erster Linie die Mütter, auch das gehört zur Wahrheit dazu. Deshalb müssen diese Einschränkungen so schnell wie möglich wieder aufgehoben werden. Ob dies noch vor Ende des Monats der Fall sein wird, können wir zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nicht versprechen.

Das gilt natürlich auch mit Blick auf die Schulen und das elementar wichtige Recht auf Bildung. Darüber wird gleich noch intensiv debattiert. Deshalb möchte ich nur eines kurz sagen: Die Ausnahme für die Abschlussklassen und die Notbetreuungsmöglichkeiten sind absolut notwendig. Beim Distanzunterricht sollte darauf geachtet werden, dass die Schülerinnen und Schüler nicht nur einfach Wochenaufgaben zugeschickt bekommen und dann nichts wieder hören,

(Beifall FDP und Birte Pauls [SPD])

sondern dass es regelmäßigen Kontakt zur Lehrkraft und entsprechende Rückmeldungen gibt, auch wenn mir klar ist, dass das nicht einfach zu gewährleisten ist, weil viele Lehrkräfte sich auch um die abschlussbezogenen Klassen kümmern müssen. Das haben auch die Landeschülersprecher aus meiner Sicht zu Recht angemahnt.

Die Konzepte für den Distanzunterricht sind recht unterschiedlich, was auch an der unterschiedlichen digitalen Ausstattung liegt. Die Digitalisierung der Schulen müssen wir weiterhin konsequent vorantreiben. Die Schulträger brauchen da unsere Unterstützung und Flexibilität, aus meiner Sicht vor allem bei der Anschaffung von digitalen Endgeräten, deren Anteil beim Digitalpakt ja auf Wunsch des Bundes auf 20 % gedeckelt ist. Ich finde, das sollte man jetzt in der Pandemie anders lösen.

(Beifall FDP)

Es dauert gar nicht mehr so lange und wir befinden uns bald schon ein ganzes Jahr im Pandemiekrisenmodus. Die Krisenmüdigkeit - so will ich das einmal nennen - ist bei vielen Menschen zunehmend spürbar. Ich habe den Eindruck, dass die nächsten Wochen sehr wichtig bei der Frage sein werden, ob wir vergleichsweise glimpflich durch diese Krise kommen werden. Die breite Akzeptanz und das damit verbundene Mitziehen der großen Mehrheit der

Bevölkerung sind ganz entscheidend für den Erfolg unserer Maßnahmen.

(Beifall FDP)

Deshalb kommt es mehr denn je darauf an, unnötige Fehler zu vermeiden und - ich sage einmal - als nicht sinnvoll erkannte Vorschläge zu unterlassen.

Für die wirtschaftliche Existenz vieler Menschen ist es entscheidend, dass die Wirtschaftshilfen nicht nur vom Bund angekündigt werden, sondern endlich auch ausgezahlt werden.

(Beifall FDP)

Ich danke dem Ministerpräsidenten für die klaren Worte, denn die Bundesregierung ist hier in der Tat in der Pflicht. Das Land steht für die Auszahlung bereit, es muss nur endlich grünes Licht aus Berlin kommen. Aber machen wir uns auch hier nichts vor: Gerade für viele Einzelhändler wird es auch mit der Erstattung der Fixkosten sehr eng werden. Es drohen Insolvenzen, und das muss so stark wie möglich unterbunden werden.

(Beifall FDP)

Oberste Priorität muss bei der Bundesregierung auch die Beschaffung von deutlich mehr Impfstoff haben. Das ist ein ganz zentraler Aspekt der Frage, ob wir die Pandemie absehbar in den Griff bekommen. Ich habe zu den wirklich bemerkenswerten Auseinandersetzungen innerhalb der Bundesregierung zu dieser Frage eine sehr pointierte Meinung. Übrigens habe ich irgendwo gelesen, dass es nicht nur zwischen Union und SPD eine Auseinandersetzung gibt, sondern auch innerhalb der Union. Ich will das aber jetzt nicht weiter kommentieren. Ich glaube, wir müssen an dieser Stelle nach vorn schauen. Es muss jetzt doch wirklich alles dafür getan werden, dass zeitnah mehr Impfstoff geliefert wird, als bisher angekündigt ist.

Es ist auch keine Frage, ob man für Europa ist oder nicht. Auch ich bin gegen Impfnationalismus. Ich bin auch dafür, dass das europäisch gelöst wird. Aber darum muss es doch gehen. Ich weiß, wie schwierig es ist, die Produktionskapazitäten so gut es geht zu erhöhen. Das ist doch die entscheidende Frage.

(Beifall FDP, SPD und SSW)

Jetzt wird auch über die Umsetzung der Impfstrategie in Schleswig-Holstein diskutiert. Aber man kann es letztlich drehen und wenden, wie man will, Herr Dr. Stegner: Das Problem sind einfach die bisher viel zu geringen Liefermengen, die bei uns ankommen. Die gestern erfolgte Zulassung des

(Christopher Vogt)

Moderna-Impfstoffs ist da zumindest ein Hoffnungsschimmer. Das wird allerdings keine große Menge sein, wenn ich das richtig gelesen habe. Anfang der Woche wurden in Schleswig-Holstein wieder 15.000 Impftermine in nur 24 Minuten vergeben. Das zeigt aus meiner Sicht zwei Dinge: Die Impfbereitschaft in Schleswig-Holstein ist erfreulich hoch, und die Terminvergabe funktioniert.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Christopher Vogt [FDP]:

Das muss ich ja jetzt.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: - Das tut auch nicht weh, Herr Kollege Vogt. Ich wollte nur sagen: Gemessen an dem, was Sie gerade gesagt haben, war ich vorhin erstaunt über Zwischenrufe aus Ihrer Fraktion, die gleichzeitig zu dem Satz applaudiert hat, den Sie gerade gesagt haben.

Wenn Sie einmal nachlesen, was die beiden Gründer und Betreiber von BioNTech zu dem Thema sagen, dann sehen Sie, wo die Ursache liegt, nämlich darin, dass die Möglichkeit, weitere Chargen zu ordern, bewusst ausgeschlossen worden ist, und zwar über das hinaus, was europäisch gemeinsam verabredet wurde. Das ist das Problem, und das habe ich kritisiert. Das hat mit antieuropäisch überhaupt nichts zu tun, sondern im Gegenteil, es geht um Gleichzeitigkeit. Ich habe vorhin bewusst das kanadische Beispiel genannt, an dem man das sehen kann.

Insofern habe ich manchmal den Eindruck: Wenn Dinge kritisiert werden, die gar nicht gemeint sind, dann liegt die Schwäche woanders. Sie liegt jedenfalls nicht in dem Punkt, den Sie angesprochen haben. Es wäre durchaus möglich gewesen. Das war eine Fehlentscheidung, und ich glaube, das muss man so benennen. Das ist auch ein Problem, wenn man - wie jetzt - sieht, wie sich das auswirkt, denn man kann nicht mehr impfen, weil man nicht mehr Impfstoff hat. Die Ursache liegt da, und darum ging es mir. Deshalb bin ich dankbar, dass Ihr Beitrag geholfen hat, das noch einmal klarzustellen.

- Herr Dr. Stegner, ich helfe immer gern. Ich sage es ungern: Wir sind uns an der Stelle einig. Zur Beruhigung meiner eigenen Leute sage ich: Ich komme jetzt zu dem Punkt, in dem wir uns nicht einig sind, damit das alles wieder seine Ordnung hat.

(Beifall FDP)

Ich kann den Frust der nicht zum Zuge gekommenen Interessenten absolut nachvollziehen. Herr Dr. Stegner, passen Sie gut auf, jetzt kommt Ihre Stelle: Es sollten aber nur Termine vergeben werden, und ich meine das sehr ernst, die auch eingehalten werden können.

(Beifall Tobias Koch [CDU] - Zuruf Birte Pauls [SPD])

- Ja, Frau Pauls, zu Ihren grandiosen Vorschlägen komme ich jetzt. - Das gilt auch für die notwendigen Zweittermine, für die das Land entsprechende Risikopuffer beim Impfstoff einplanen muss. Das leuchtet hoffentlich auch allen ein. Alles andere sorgt nur für noch mehr Frust, um das deutlich zu sagen.

(Beifall FDP)

Ich will auch deutlich sagen: Schleswig-Holstein war das erste Bundesland, in dem eine Online-Terminvergabe möglich war. Wir stehen im Vergleich zu den meisten anderen Bundesländern gut da. Bereits über 20.000 Menschen, das ist der letzte Stand, den der Herr Minister mir eben per WhatsApp geschickt hat, wurden in Schleswig-Holstein bereits geimpft. Genau genommen waren es vorhin 20.078. 80 % der Geimpften in den Impfzentren waren über 80 Jahre alt. Es war die absolut richtige Entscheidung von Minister Garg, dass das medizinische und Pflegepersonal hier gleich mitgeimpft wird. Das war in anderen Bundesländern zunächst anders.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Herr Dr. Stegner, ich will gar nicht reflexhaft reagieren. Das, was bei der Terminvergabe weiter optimiert werden kann, wird auch getan. Das Infoschreiben, und das ist der Unterschied zu anderen Bundesländern, auch zu Mecklenburg-Vorpommern, wo es ein Infoschreiben gab, wird noch rausgehen. Es mangelt ja nicht an Nachfrage. Ich sage aber ganz deutlich: Alles, was Sinn macht und was wir optimieren können, machen wir. Aber unsinnige und unrealistische Vorschläge sollten bei der Terminvergabe nicht umgesetzt werden.

Sie haben vorhin einen rhetorischen Trick angewendet nach dem Motto: Ich komme gleich dazu, was wir als SPD vorschlagen. Das haben Sie dann nicht

(Christopher Vogt)

gemacht. Ich will aus Transparenzgründen einmal aus Ihrem Antrag vorlesen: Die SPD-Fraktion schreibt in ihrem Antrag, der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, „die Umstellung auf ein bürgerfreundliches und adressatengerechtes Einladungsverfahren zu Impfterminen“ herzustellen.

Was heißt denn „bürgerfreundlich“ und „adressatengerecht“? Frau Pauls, das können Sie uns gleich einmal genau erklären. Machen Sie das gleich gern. Dann werden wir weiter darüber sprechen.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Gestatten Sie eine weitere Bemerkung?

Christopher Vogt [FDP]:

Ja, wenn Sie das Co-Referat halten wollen, gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Kein Stück, Herr Kollege, das würde ich mir bei Ihrer grandiosen Rede gar nicht erlauben. - Unbeschadet dessen, dass die Frau Pauls das nachher im Detail tut, möchte ich Ihnen jetzt zwei Dinge sagen, nachdem Sie gesagt haben, Schleswig-Holstein sei so erfolgreich.

Mecklenburg-Vorpommern hat mit dem gleichen Verfahren - wir reden insgesamt über bescheidene Zahlen - die führende Position bei der Frage, wie viele Menschen bereits geimpft sind, relativ, auch deutlich vor Schleswig-Holstein - mit dem Verfahren, das wir gerade beschrieben haben. Das ist ein Punkt.

Ich habe vorhin deutlich ausgeführt, was ich mit „adressatengerecht“ meine. An hochbetagte Mitbürger muss man sich möglicherweise ein wenig anders wenden als an Studierende. Das habe ich vorhin ausgeführt; da verweise ich auf meine Rede. Insofern ist es schon sehr konkret, was wir meinen. Den Rest erläutere Ihnen nachher gern Frau Pauls, wenn sie einen Dreiminutenbeitrag leistet.

(Vereinzelter Beifall SPD)

- Herr Dr. Stegner, das hilft uns im Detail trotzdem nicht weiter, aber vielen Dank für Ihren Beitrag.

(Beifall FDP)

Ich bitte darum, dass ich die Redezeit, die weitergelaufen ist, am Ende wiederbekomme.

Präsident Klaus Schlie:

Selbstverständlich.

Christopher Vogt [FDP]:

Meine Damen und Herren, unser erklärtes Ziel ist es, dass Demokratie, Rechtsstaat und soziale Marktwirtschaft durch diese Pandemie keinen dauerhaften Schaden nehmen, sondern stattdessen gestärkt daraus hervorgehen.

(Beifall FDP, Tobias Koch [CDU] und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es klingt vielleicht etwas banal, aber das ist es nicht. Wir sollten in diesen bewegten Tagen auch nicht übersehen, was anderswo auf der Welt gerade passiert, zum Beispiel - das wurde schon angesprochen - in Hongkong, wo die Demokratie von den Chinesen jetzt endgültig abgeschafft wird, aber auch in den USA, ohne das gleichsetzen zu wollen. Ich finde, es muss in dieser Zeit auch dazugehören, dass wir uns immer wieder in Erinnerung rufen, dass Demokratie und Rechtsstaat nirgendwo auf der Welt selbstverständlich sind und immer wieder verteidigt und gelebt werden müssen.

Deswegen möchte ich hier einen Punkt kurz ansprechen, die Parlamentsbeteiligung. Manchmal wird gefragt: Was soll die Nörgelei? Aus meiner Sicht ist das kein Orchideen-Thema, sondern die Parlamentsbeteiligung ist von elementarer Bedeutung. Wir sind da in Schleswig-Holstein zum Glück deutlich besser als andere Bundesländer, und das soll auch so bleiben. Das ist kein Vorwurf, aber daran müssen wir weiterarbeiten; das hat auch Professor Becker heute in den „Kieler Nachrichten“ zu Recht angesprochen.

(Beifall FDP)

Wie kommen wir aus dem Lockdown und damit aus dem Ausnahmezustand wieder heraus, und wie können wir in diesen dunklen Zeiten Perspektiven schaffen? Das schnellere Impfen ist dafür zentral. Man hört mittlerweile auch von Fortschritten bei der Therapie beziehungsweise bei der Entwicklung von Medikamenten, auch wenn dies leider nicht so schnell geht wie beim Impfstoff.

Der Schutz der älteren Menschen muss weiter optimiert werden, insbesondere in den Heimen. Das ist deutlich leichter gesagt als getan. Hier soll und muss jetzt noch einmal nachgesteuert werden, aber das ist natürlich auch eine schwierige Abwägungsfrage, denn eine totale Vereinsamung der Menschen in Heimen will niemand.

(Christopher Vogt)

(Beifall FDP)

Die Teststrategien müssen in allen Bereichen weiter optimiert werden, und wir brauchen insgesamt eine schnellere Kontaktnachverfolgung. In den Gesundheitsämtern wird Enormes geleistet, aber dass zum Beispiel die Warn-App bis heute keinen großen Beitrag leistet, ist eine Katastrophe. Wir müssen die Pandemie insgesamt endlich als digitalen Weckruf für unsere Gesellschaft verstehen, nicht nur bei den Schulen und Hochschulen, sondern gerade auch für unsere Verwaltungen. Da müssen wir nicht nur deutlich mehr Geld investieren, sondern auch mehr Mut haben, vielleicht auch einmal mehr Mut zu Fehlern. Auch das gehört dazu.

(Beifall FDP und Christian Dirschauer [SSW])

Wir brauchen eine echte bundesweite Digitalstrategie für alle öffentlichen Bereiche und meines Erachtens auch ein Digitalisierungsministerium auf Bundesebene. Das fordern jetzt zum Glück auch mehrere.

(Beifall FDP)

In den letzten Jahren war die Einrichtung eines Heimatministeriums leider noch wichtiger. - Wo ich gerade bei Herrn Seehofer bin: Dass sich der Bund jetzt intensiver um die Reiserückkehrer kümmern will, ist wirklich überfällig.

(Beifall FDP und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Seehofer als Bundesinnenminister kritisiert ja gern die Länder, dass sie nichts auf die Reihe bekämen und viel zu lasch seien, aber er hat hier schlichtweg nicht seinen Job gemacht. Im Sommer und Herbst war das große Problem, das wir in Deutschland hatten, dass viele Menschen aus dem Ausland zurückkamen und nicht getestet wurden. Das hat uns eigentlich erst die ganze Lage eingebrockt, die wir momentan bekämpfen müssen.

(Beifall FDP und SPD)

Lassen Sie uns jetzt gemeinsam alles daransetzen, dass es gelingt, das Infektionsgeschehen in den nächsten Wochen deutlich zu verringern. Jede und jeder Einzelne hat da eine Verantwortung, und jeder kleine Beitrag hilft, um mehr Perspektiven für die Wochen und Monate danach zu schaffen.

Von vielen Seiten wird eine längerfristige Strategie gefordert, was auch ich teile. Aber das ist in der aktuellen Phase natürlich schwierig. Wir sollten die kommenden Wochen auf jeden Fall dazu nutzen, für Schleswig-Holstein Stufenpläne zur Öffnung

der verschiedenen Bereiche zu entwickeln, jedenfalls dort, wo dies Sinn ergibt. Wir haben das schon im letzten Frühjahr für die Kitas oder für Veranstaltungen entwickelt, und wir sind damit sehr gut gefahren.

Mitte Januar werden wir uns das Infektionsgeschehen und die Belastung des Gesundheitssystems in Schleswig-Holstein intensiv anschauen, und ich hoffe sehr, dass es dann schon etwas freundlicher aussieht. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit, bleiben Sie gesund und vor allem optimistisch!

(Beifall FDP, vereinzelt CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir als SSW halten es für richtig und auch geboten, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag heute zusammenkommt, um über den aktuellen Bund-Länder-Beschluss zu diskutieren. Diese Notwendigkeit sehen wir gerade vor dem Hintergrund der weitgreifenden Beschlüsse und dass das Parlament hierzu gehört werden muss. Das ist unser Selbstverständnis und Anspruch als Politik.

Vor gut einem Monat haben wir in einer Aktuellen Stunde die Nachgipfelkommunikation zum Coronamanagement von Bund und Ländern diskutiert. Es ging um die Beschlüsse, die bis zum 10. Januar 2021 gelten, die seinerzeit auch für Schleswig-Holstein getroffen wurden.

Zugegeben, wir sind keine begeisterten Anhänger eines Teil- oder Total-Lockdowns, denn solche Beschlüsse haben erhebliche Auswirkungen auf alle Teile der Gesellschaft, sowohl auf die Wirtschaft als auch auf das soziale Leben. Es ist eine Belastung und Zumutung, der wir uns durchaus bewusst sind. Aus dem Grund wurden für den Zeitraum der Feiertage explizit Ausnahmen erlassen, um familiäres Zusammenkommen zu ermöglichen.

Wir haben die getroffenen Beschlüsse seinerzeit mitgetragen, weil wir die Auffassung geteilt haben, dass die Fallzahlen keine anderen Maßnahmen zugelassen haben. Auch wenn wir in Schleswig-Holstein mit den Inzidenzwerten relativ gut davorstanden, mussten bundesweit weitergehende Maßnahmen ergriffen werden. Wir müssen erreichen, dass

(Jette Waldinger-Thiering)

die Fallzahlen wieder in einen Bereich zurückfinden, damit unsere Gesundheitsbehörden die Rückverfolgung nachvollziehen können, aber auch um unser Gesundheitssystem vor einem Kollaps zu bewahren.

Nun sind wir bundesweit in der Situation, dass die Fallzahlen immer noch zu hoch sind und wir zurzeit nicht abschätzen können, wie sich die Lockerungen an den Feiertagen auswirken werden. Klar ist aber - darauf verweisen die Expertinnen und Experten -: Die Zahlen sind immer noch zu hoch. Wir müssen leider erkennen: Die bisher ergriffenen Maßnahmen haben noch nicht den erwünschten Effekt erzielt.

Zudem wird verstärkt darauf hingewiesen, dass das Virus mutiert ist. Zwar gibt es zurzeit keine Hinweise auf schwerere Krankheitsverläufe bei Infektionen mit der neuen Variante, und die Impfstoffe sind - soweit bekannt - auch wirksam, aber die Gefahr, die von der neuen Variante ausgeht, liegt in ihrer erhöhten Reproduktionszahl sowie in der von ihr ausgehenden höheren Übertragbarkeit.

Das sind Erkenntnisse, die uns in der Form im Dezember nicht gesichert vorlagen, die wir jetzt aber berücksichtigen müssen, um den Eintrag und die Verbreitung von Virusvarianten möglichst zu begrenzen. Damit sind sie bei den neuen Beschlüssen maßgeblich mit eingeflossen. Das bedeutet auch, dass ein mutierendes Virus uns in weiten Teilen weiterhin auf Sicht fahren lässt. Die Forderung nach langfristigen Maßnahmen und moderaten Beschlüssen ist daher nur schwer umsetzbar. Wir müssen immer wieder neu lernen und die Beschlüsse und Maßnahmen überprüfen und sie gegebenenfalls anpassen.

(Beifall SSW)

Genau in dieser Situation befinden wir uns jetzt. Der neue Bund-Länder-Beschluss stellt uns alle vor eine noch größere Herausforderung und verlangt uns noch mehr ab als bisher. Das gilt für alle gesellschaftlichen Bereiche. Im familiären Bereich wird es zu weiteren Einschränkungen kommen, indem die privaten Zusammenkünfte weiter verschärft werden, mit maximal einer weiteren Person neben dem eigenen Haushalt. Ich glaube, dass der soziale Kontakt gerade in diesen Zeiten nicht zu vernachlässigen ist.

Um die Infektionsketten zu brechen und die Ansteckungswege zu minimieren, ist das Instrument des Homeoffice - wo es machbar ist - anzuwenden. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vermeiden so den Kontakt zu anderen am Arbeitsplatz. Zudem

verringert sich die Ansteckungsgefahr durch die Nichtnutzung von ÖPNV oder SPNV.

Das ist nicht neu, und so hat die Coronapandemie bereits den Arbeitsalltag vieler Menschen erheblich verändert. Wo es möglich ist, arbeiten Beschäftigte von zu Hause aus. Homeoffice, mobiles Arbeiten und generell flexiblere Arbeitsmodelle haben mit einem Schlag erheblich an Bedeutung gewonnen und werden wohl auch nach Überstehen der aktuellen Krise mindestens als Ergänzung beibehalten werden. Damit gehen sowohl Vor- als auch Nachteile einher, und es werden neue rechtliche Fragen aufgeworfen, vor allem im Steuerrecht und in puncto Arbeits- und Gesundheitsschutz.

Aus dieser Ausgangssituation heraus haben wir vom SSW zur Landtagstagung im August 2020 das Thema „Homeoffice steuerlich berücksichtigen“ auf die Tagesordnung gesetzt. Inzwischen hat der Bund eine steuerliche Homeoffice-Pauschale beschlossen. Eine Pauschale ist in dieser Situation sicherlich am ehesten praktikabel, dennoch muss man nachschauen, ob wirklich viele Betroffene von der Ausgestaltung profitieren. So sollen Arbeitnehmer für 2020 und 2021 bis zu 5 € pro Tag von der Steuer absetzen können, um die erhöhten häuslichen Nebenkosten durch das Arbeiten zu Hause auszugleichen. Maximal soll dies für 120 Tage gelten, insgesamt also bis zu 600 €. Immerhin findet sich im Steuerrecht jetzt auch der Begriff „Homeoffice“. Die Pauschale ist zwar auf zwei Jahre befristet, aber es wird sich ja hoffentlich eine längerfristige Regelung anschließen. Hier haben wir für die Nutzerinnen und Nutzer von Homeoffice eine steuerrechtliche Klarheit, und das ist gut so.

Daher ist der Appell jetzt an die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber gerichtet, die Möglichkeiten des Homeoffice weiter in Betracht zu ziehen und die Möglichkeiten dafür gegebenenfalls auszuweiten. Dieser Appell findet unsere volle Unterstützung.

(Beifall SSW und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir müssen uns aber im Klaren darüber sein, dass nicht alle Eltern die Möglichkeit haben werden, im Homeoffice zu arbeiten. Das heißt, wir brauchen weiterhin den Betrieb der Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen. Letzteres werden wir ja noch gesondert in dieser Tagung besprechen; daher werde ich jetzt nicht weiter auf die Schulen eingehen. Der Betrieb der Kitas läuft in Schleswig-Holstein zurzeit auf Notbetreuung, soll heißen, zurzeit stehen den Eltern circa 30 % der Kita-Kapazitäten zur

(Jette Waldinger-Thiering)

Verfügung. Das ist aus Sicht des SSW deutlich zu wenig.

Wer nicht im Homeoffice arbeiten kann, braucht die Kita für sein Kind. Aber auch wer im Homeoffice ist, weiß, wie schwer es ist, konzentriert zu arbeiten, während die Kleinen um einen herumkrabbeln. Die Kinder können zwischen Arbeit im Homeoffice und der allgemeinen Verfügbarkeit der Eltern nicht unterscheiden. Daher ist zumindest die neue Regelung des zusätzlichen Kinderkrankengeldes - 10 beziehungsweise 20 Tage - eine Maßnahme, um über den Januar hinwegzukommen. Das ist zwar gut, aber für uns als SSW steht fest: Für die Zeit spätestens nach dem 31. Januar 2021 brauchen wir eine flächendeckende und praktikable Lösung für alle Eltern.

(Beifall SSW)

Für uns darf es dabei bei den Eltern keine Unterscheidung geben zwischen systemrelevant oder wer sich im Homeoffice befindet.

Mit Blick auf die weiteren Wintermonate fordern auch die Landeselternvertreter der Kita-Eltern eine Perspektive für die Wiedereröffnung ab Februar und ein klares und verlässliches Gesamtkonzept für die Kitas und Familien. Das ist das Ziel des SSW für unsere Eltern und auch für die Kinder.

Darüber hinaus muss dem Kita-Personal das tägliche Angebot gemacht werden, Schnelltests wahrnehmen zu können. Das wäre aus Sicht des SSW ein gangbarer Weg, um die Kitas weitestgehend offenzuhalten und hohe Inzidenzen zu verhindern.

Ein letzter Punkt im Zusammenhang mit den Kitas ist die Frage zu den Elternbeiträgen. Hier sind wir der Auffassung: Solange es ein Betreuungsverbot gibt, sind Eltern von den Beiträgen zu befreien.

Kommen wir nun zu dem Beschluss, der aus Sicht des SSW zur härtesten Maßnahme des neuen Beschlusskataloges gehört: Die Länder werden aufgefordert, in Landkreisen mit einer Inzidenz von über 200 lokale Maßnahmen nach dem Infektionsschutzgesetz zu ergreifen. Was damit explizit gemeint ist, geht aus dem Beschluss nicht weiter hervor. Klar ist aber, dass es dort dann eine Einschränkung des Bewegungsradius auf 15 km um den Wohnort geben wird, sofern kein triftiger Grund vorliegt.

Hier möchte ich ganz klar sagen: Diese Maßnahme ist ein erheblicher Eingriff in die Bewegungsfreiheit und damit in ein Grundrecht.

(Beifall Kay Richert [FDP])

Ich kann die Maßnahme nachvollziehen, möchte aber deutlich machen, dass wir damit wohl den bisher härtesten Schritt im Kampf gegen das Coronavirus einleiten. Wir können daher auch froh sein, dass wir zurzeit solche hohen Inzidenzwerte in Schleswig-Holstein nicht haben. Hoffentlich brauchen wir diesen Schritt nicht in Betracht zu ziehen. Ich hoffe, dass dieser Kelch an uns vorübergeht. Zur Ehrlichkeit gehört aber auch, dass wir es für Schleswig-Holstein eben auch nicht ausschließen können. Darum sehen wir es als geboten an, diesen Schritt zu wählen, um die Ausbreitung des Virus in Hotspots und darüber hinaus zu verhindern.

Bereits aus der Impfstrategie geht hervor, dass Alten- und Pflegeheime besondere Berücksichtigung erfahren müssen. Gerade die Ausbrüche und hohen Inzidenzwerte in manchen Einrichtungen auch bei uns im Land machen die besondere Beachtung notwendig. Daher sind dort noch einmal besondere Schutzmaßnahmen zu treffen, die über die bisherigen Hygienekonzepte hinausgehen. Diese Vorsichtsmaßnahmen müssen solange Bestand haben, bis die Impfungen mit beiden Impfdosen in den jeweiligen Einrichtungen abgeschlossen sind.

Wichtig sind dabei insbesondere die Vorkehrungen und Tests für das Personal sowie die Besucherinnen und Besucher. Das sollte nach unserer Auffassung nicht nur bei erhöhten Inzidenzwerten gelten, sondern generell. Wir dürfen unsere älteren Mitmenschen nicht wieder in die Situation bringen, dass sie keinen Besuch empfangen können. Die Maßnahmen im Frühjahr haben uns das gelehrt. Daher begrüßen wir, dass Bund, Länder, Hilfsorganisationen, die kommunalen Landesverbände sowie die Bundesagentur für Arbeit sich dieses Themas angenommen haben, um in den Einrichtungen flächendeckend Schnelltests zu ermöglichen. Dass diese Initiative auch Anwendung bei den Einrichtungen der Eingliederungshilfe erfährt, erfreut uns ganz besonders, denn auch dort haben wir vulnerable Personengruppen, die wir schützen müssen.

Eine Frage wäre dann auch, inwieweit Psychiatrien von der Initiative mitgedacht sind. Die Anhörung hier im Parlament hat gezeigt, dass auch Kinder und Jugendliche unter den Coronamaßnahmen leiden und Schäden davontragen. Professor Jauch-Chara hat darauf hingewiesen, dass Kinder, die weniger als 20 m² zur Verfügung haben, deutlich gefährdet sind und sich daraus Ängste entwickeln. Das sollten wir im Sozialausschuss vertiefen. Mir lag nur daran, hier noch einmal auf unsere psychiatrischen Einrichtungen hinzuweisen.

(Jette Waldinger-Thiering)

Der Lockdown wurde verlängert und weiter verschärft. Auf diese Weise versuchen Bund und Länder, das Infektionsgeschehen, das leider unverändert dramatisch ist, halbwegs in den Griff zu bekommen. Ob das erfolgreich ist, werden wir anhand der Fallzahlen zeitverzögert sehen.

Auf seine Zahlen schaut auch der Wirtschaftssektor gebannt. Die coronabedingten Maßnahmen bedeuten nicht nur eine enorme Belastung für die Menschen, sondern auch eine wirtschaftliche Katastrophe für viele Branchen, Unternehmen, Selbstständige, Vereine und Einrichtungen, und zwar umso mehr, je länger sie andauern.

Hinter jedem einzelnen Unternehmen stehen Menschen und damit Schicksale. Natürlich muss die Politik hier auch weiterhin Sicherheit und Unterstützung geben. Mehrere Milliarden-Nothilfeprogramme über das Jahr 2020, dazu das Paket der außerordentlichen Wirtschaftshilfen für November und Dezember, die Überbrückungshilfen I bis III: Das ist schon ein gewaltiges Kompensationspaket, das auf die Beine gestellt wurde. Das ist natürlich vollkommen zu Recht und notwendigerweise erfolgt.

(Beifall SSW)

Gleichzeitig ruckelt es immer noch in der praktischen Umsetzung. Wenn Hilfen, die zum November beantragt wurden, erst im Januar des Folgejahres ausgezahlt werden, weil die Software noch nicht einsatzbereit war beziehungsweise aktualisiert werden musste, ist das für die betroffenen Antragsteller eine riesige Belastung.

(Beifall Kay Richert [FDP])

Hier muss das Verfahren zügig verbessert werden. Ein Fortschritt ist nun, dass die Überbrückungshilfe III des Bundes bis Juli 2021 aufgelegt und deutlich ausgeweitet worden ist. Das gibt zumindest etwas Planungssicherheit. Solange Betriebe und Geschäfte auf Anordnung geschlossen bleiben müssen und Menschen de facto verboten wird, ihren Beruf auszuüben und Geld zu verdienen, müssen diese betroffenen Menschen selbstverständlich nach einem einigermaßen gerechten und transparenten Konzept finanziell entschädigt werden.

Gleichzeitig müssen wir uns jetzt schon damit beschäftigen, was nach dem Juli 2021 kommt. Corona wird noch sehr lange nachhallen und einige große Brocken, wie etwa die potenzielle Gefahr größerer Insolvenzverschleppungen und die Umstrukturierung des Arbeitsmarktes, stehen uns noch bevor. Ein womöglich jahrelanges Hilfsprogramm mit monatlichen Kosten in zweistelliger Milliardenhöhe

wird daher nicht leistbar sein, denn wir müssen uns doch immer wieder vor Augen halten, dass wir hier über Finanzhilfen diskutieren, die die öffentlichen Kassen auf sehr lange Sicht belasten werden. Die öffentlichen Kassen werden aber nun einmal von den Bürgerinnen und Bürgern über die Steuern gespeist. Nachfolgende Generationen werden diese Summen, die wir heute ausgeben, noch über die nächsten Jahrzehnte hart erwirtschaften müssen. Gegen die Krise ansparen ist aus unserer Sicht zwar keine Option, aber die Politik tut gut und recht daran, mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger sorgsam umzugehen.

Wir sehen aber auch ein Licht am Ende des Tunnels. Die ersten Impfungen sind nun, wenn auch holprig, angelaufen. Wo es hakt, muss nachgebessert werden. Die Anmeldewege müssen verbessert werden. Hier darf niemand, der geimpft werden will, durch das Raster fallen, weil die Anmeldekapazitäten zu gering sind. Es muss deutlich nachgebessert werden, aber eine Systemänderung, wie es im Antrag der SPD gefordert wird, halten wir für kontraproduktiv.

(Beifall Annabell Krämer [FDP])

Der Aufbau eines neuen Systems ließe uns wertvolle Zeit verlieren. Ebenso sehen wir in einem adressatengerechten Einladungsverfahren zu Impfterminen die Gefahr, dass es bei der Nichtannahme eines solchen Termins zu unnötigen Leerläufen in den Impfbüros kommt.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Auch das würde einen Zeitverlust bedeuten. Der Aufbau der Impfbüros hier im Land hat gut geklappt, wir müssen aber feststellen, dass nur ein Präparat zu wenig ist. Daher ist es gut und richtig, dass der Bund und die EU auf verschiedene Anbieter gesetzt haben. Mit der Zulassung des Impfstoffs von Moderna wird uns neben dem Mittel von BioNTech ein weiteres Präparat im Kampf gegen Corona helfen. Weitere werden kommen. Bis es so weit ist, gilt die Devise: Jeder Tropfen zählt. Das heißt: Wenn eine Ampulle für sechs oder sieben Einheiten ausreicht, dann schmeißen wir sie nicht nach der fünften Einheit weg.

Ich möchte noch einen Satz zur Impfstoffbeschaffung sagen. Ich finde es richtig, dass Deutschland den europäischen Weg gewählt hat, um den Impfstoff zu besorgen. Es ist meine Aufforderung an die Europäische Union, dass sie sich noch mehr bemüht, zusätzliche Impfdosen zu besorgen. Der ganze Kontinent Afrika ist in dieser Impfstoffstrategie ausgeblendet worden. Wenn wir nicht den ärmsten

(Jette Waldinger-Thiering)

Ländern auf unserer Welt Zugang zu Impfdosen verschaffen, werden wir nie Herr dieser Pandemie werden. Insofern: Godt nytår! Heldbringende og lykkeligt nytår! Tusind tak for opmærksomheden!

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Serpil Midyatli [SPD])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für den Zusammenschluss der AfD-Abgeordneten hat der Abgeordnete Jörg Nobis.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! „Solidarisch und optimistisch in das Jahr 2021 blicken“ - die große Überschrift Ihrer heutigen Regierungserklärung dürfte für so manchen Gastronomen, Einzelhändler, Hotelier, Künstler, Musiker oder Unternehmer angesichts der Maßnahmen und des verlängerten harten Lockdowns wie spöttischer Hohn klingen, Herr Günther. Gegenüber der Presse sagten Sie, dass Sie es für nicht verantwortbar halten, sich von einem Lockdown in den nächsten zu hangeln. Doch genau das tun Sie seit November. Die erneute Verlängerung dieses harten Lockdowns dürfte die letzte Zuversicht und den letzten über den Jahreswechsel geretteten und noch irgendwie vorhandenen Optimismus bei so manchem im Keim erstickt haben. Sie, Herr Günther, weben weiter am Leichentuch für unsere heimische Wirtschaft.

(Zuruf: Unfassbar!)

Vielen Betrieben der Hotellerie und Gastronomie, aber auch des Einzelhandels wird durch die Verlängerung des Lockdowns nunmehr der Todesstoß versetzt. Sie werden die kommenden Wochen absehbar wirtschaftlich nicht überleben, so wie bereits zahlreiche vor ihnen im vergangenen Jahr.

Hinzu kommt jetzt, dass der Bewegungsradius aller Bürger ab einem Inzidenzwert von 200 auf 15 km beschränkt werden soll. Diese massive Grundrechtseinschränkung schlägt dem Fass wirklich endgültig den Boden aus. Nicht nur, dass diese massive Einschränkung der persönlichen Freiheit nicht zu kontrollieren ist, wie selbst auch die Polizei zu bedenken gibt, sie ist auch nicht verhältnismäßig, weil überhaupt nicht belegt ist, ob eine solche Maßnahme in Bezug auf das Infektionsgeschehen irgendeine Wirksamkeit hat. Soll es etwa Straßensperren mit Ausweiskontrollen geben? Passierscheine für Ausnahmetatbestände vom Arzt oder Anwalt? Oder hoffen Sie auf die Denunziation durch andere?

Die Frage muss doch lauten, ob es überhaupt einen Einfluss auf das Infektionsgeschehen hat, wenn ich zum Spaziergehen beispielsweise an den Strand oder in den Wald fahre und mich daher mehr als 15 km von meinem Zuhause entferne. Die Antwort ist: sicherlich nicht!

Nach dem völlig sinnfreien regionalen Verbot des Abbrennens von Wunderkerzen und dem Verbot von Knallerbsen ist dies das nächste sinnfreie Lockdown-Pandemie-Highlight aus Berlin, mit freundlicher Unterstützung durch Sie, Herr Günther.

(Zurufe und Unruhe - Martin Habersaat [SPD]: Die einzigen Knallerbsen, die verboten werden sollten, sind die in Ihrem Kopf!)

Die ersten Stimmen werden bereits laut, die eine weitere Verschärfung auf einen Bewegungsradius von gerade noch einmal 5 km fordern. Wir als AfD lehnen derartige Ausgangsbeschränkungen ab. Sie sind unverhältnismäßig und widersprechen dem freiheitlichen Geist des Grundgesetzes.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Reden Sie nicht vom „freiheitlichen Geist des Grundgesetzes“!)

- Wir haben deshalb heute einen Antrag eingebracht, Herr Dr. Stegner, der die Regierung auffordert, wenigstens an dieser Stelle Vernunft walten zu lassen. Schleswig-Holstein braucht derartige Ausgangsbeschränkungen nicht. Wir fordern daher alle freiheitlichen Kräfte in diesem Haus auf: Stimmen Sie unserem Antrag zu, entscheiden Sie sich gegen eine Gängelung der Bürger, gegen eine reine Symbolpolitik. Die Einschränkung des Bewegungsradius auf 15 km verhindert keine Infektionen.

Es ist mir völlig unverständlich: Wir können mittlerweile auf ein Jahr Pandemieerfahrung zurückblicken, und dennoch handeln Sie so planlos wie am ersten Tag. Trotz des wochenlangen harten Lockdowns ist es immer noch nicht gelungen, die vulnerablen Gruppen entsprechend zu schützen, was zahlreiche Coronaausbrüche in Alten- und Pflegeheimen zeigen, zuletzt beispielsweise 80 Coronafälle auf einen Schlag in einer Norderstedter Pflegeeinrichtung. Das liegt ganz offensichtlich daran, dass viele Infizierte symptomlos sind und nicht als solche erkannt werden, und auch daran, dass Testkapazitäten immer noch zu knapp sind.

(Zuruf: Ach Mensch!)

Warum ist das nach fast einem Jahr Pandemie immer noch so? Wie schwierig es ist, sich überhaupt testen zu lassen, habe ich am 30. Dezember 2020 selbst erfahren müssen. Von Weihnachten bis Neu-

(Jörg Nobis)

jahr war meine 73-jährige Mutter bei mir zu Besuch. Als sie am 30. Dezember 2020 coronatypische Symptome zeigte, überzeugte ich sie von der Notwendigkeit eines Coronatests, um Klarheit zu haben. Das Drive-in-Corona-Testzentrum des Deutschen Roten Kreuzes auf dem Gelände der Holstenhallen in Neumünster lag für uns am nächsten. Kurz recherchiert, und ich wusste, dass man eine Überweisung benötigt, damit man überhaupt getestet wird. Also noch schnell zum Arzt, der auch das Erfordernis eines Tests sah. Doch trotz ärztlicher Überweisung - die liegt mir noch vor - wurde meine Mutter von einer netten, aber resoluten Dame des DRK am Corona-Testzentrum abgewiesen. Die Begründung: falsche Überweisung, falsches Formular. Angeblich müssten das die Ärzte doch längst alle wissen.

„Von der Wiege bis zur Bahre - Formulare, Formulare!“ - Das fällt mir dazu ein. Aber wehe, man hat unverschuldet das falsche. Dann passiert in Deutschland rein gar nichts. - Doch: Einreise nach Deutschland, das geht ohne Papiere.

(Zurufe)

Corona-Test ohne richtiges Papier, das geht in Deutschland nicht.

Diese wahre Geschichte aus dem Pandemie- und Testleben in Schleswig-Holstein zeigt, wie schwierig es ist, sich überhaupt testen zu lassen.

(Martin Habersaat [SPD]: Da wurde ein Ausländer vor Ihrer Mutter getestet!)

- Trotz ärztlicher Überweisung, Herr Habersaat, und trotz dem Willen, sich testen zu lassen. Aber dann darf man sich eben auch nicht wundern, wenn man eine Pandemie nicht so eingedämmt bekommt, wie man sich das wünscht. Mit Aktionismus und Symbolpolitik wird das jedenfalls nichts, Herr Günther. - Vielen Dank.

(Beifall Volker Schnurrbusch [AfD] - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Haben Sie Beschwerden?)

Präsident Klaus Schlie:

Im Rahmen der Restredezeit der CDU hat jetzt der Abgeordnete Werner Kalinka das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Impfsituation kommt eigentlich nicht überraschend. Dass wir nicht von Anfang an voll impfen können, war klar. Wir haben im September 2020 im

Sozialausschuss darüber beraten und haben damals gehört: Wir bekommen für Schleswig-Holstein etwa 700.000 Impfdosen garantiert. Wenn man das durch zwei teilt und dann vor allen Dingen die Gefährdeten, die medizinisch Tätigen und die Systemrelevanten abzieht, dann weiß man, dass viel mehr nicht übrig war. Das haben wir auch Ende November diskutiert. Völlig überraschend kann diese Situation nicht kommen.

Wir alle sind sehr dankbar, dass die Impfzentren in Schleswig-Holstein so schnell voll funktionsfähig aufgebaut worden sind. Dafür kann man sich nur herzlich bedanken. Das war und ist eine großartige Leistung.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Dass bei einer solchen, viele Menschen betreffenden Situation dann auch Anlaufschwierigkeiten kommen können, sollte man gar nicht in Abrede stellen, das gehört eigentlich dazu. Darüber zu sprechen, ist kein Zeichen von Schwäche, sondern eigentlich von Stärke. Deswegen möchte ich durchaus sagen, dass das, worum es hier in der Diskussion geht, schon seine Berechtigung hat. Wir müssen uns die Frage stellen, ob wir glauben, die über 80-Jährigen nur auf digitalem Weg erreichen zu können. Ich sage Ihnen: Ich glaube das nicht.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU und Beifall Dennys Bornhöft [FDP])

Auch wenn Enkel, Kinder, Familie und Nachbarn, alle helfen, so bleibt dieses doch ein Problem.

Ich möchte ein Zweites zu diesem Punkt hinzusetzen: Ein 85-jähriger Nachbar sagt: „Ik hebb dor en Telefonnummer; dor schall ik denn anropen.“ Der ruft einmal an, sitzt drei Stunden vor dem Gerät, der ruft dann in der Woche drauf noch einmal an und sagt: „Dat weer aver nu dat letzte Mal; dorna maak ik dat nich mehr.“

(Beifall SPD, SSW, vereinzelt CDU und Beifall Volker Schnurrbusch [AfD] - Zuruf SPD: Genau!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Ich habe noch nie in meinem politischen Leben - ich habe durchgehend Dienst gemacht - so viele Anrufe und Stellungnahmen wie zu diesem Thema bekommen, auch übrigens von langjährigen Kommunalpolitikern, die sagten: „Sagen Sie bitte, was wir darüber denken, und sagen Sie das auch im Parlament, Herr Kalinka, dafür wären wir Ihnen dankbar!“

(Beifall SPD und Peter Lehnert [CDU])

(Werner Kalinka)

Ich habe mich entschieden, das zu sagen. Ich habe mich auch entschieden, meine Meinung in den letzten 48 Stunden in erheblicher Weise in die Jamaika-Koalition mit einzubringen. Ich kann eigentlich nur sagen: Für die Seniorinnen und Senioren sollten wir uns auf der Basis der bisher gemachten Erfahrungen zusammensetzen und schauen, ob es Dinge gibt, die wir verbessern und optimieren können.

(Beifall SPD, SSW, vereinzelt CDU, Beifall Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Kay Richert [FDP])

Der Infobrief ist eine gute Sache. Vielleicht gibt es in dieser Richtung noch weitere Möglichkeiten. Darüber sollten wir einfach das Gespräch führen.

Lassen Sie mich - zumindest kurz - einige Punkte mehr erwähnen. Ein Thema ist auch das Problem, wenn Bewohner in stationärem und betreutem Wohnen nicht in einem Impfgang geimpft werden.

(Beifall SPD, SSW, vereinzelt CDU und Beifall Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch dazu erreichen mich diverse Anfragen, und auch da müssen wir aus verschiedenen Gründen schauen, dass wir dieses nach Möglichkeit in einem Zug machen.

Auch die Frage, dass die Kreise und Städte informiert sein müssen, wo die mobilen Impfteams gewesen sind oder nicht, ist ein Punkt, den ich immer wieder höre, übrigens auch von Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD)

Ich sage das vielleicht nur für mich in der Hauptsache, aber ich sage das einfach so: Wir müssen zukünftig auch darüber sprechen, ob bei Priorisierungen auch eine Kombination aus Alter und Vorerkrankungen berücksichtigt werden kann. Allein das Alter ist nicht der alleinige gute Maßstab. Es gibt jüngere Menschen, die vorerkrankt sind, vielleicht sogar erheblich. Auch darüber muss man zumindest für die Zukunft sprechen können.

Ich bin leider in meiner Zeit begrenzt.

Präsident Klaus Schlie:

Ich habe Sie noch nicht zur Ordnung gerufen, lieber Herr Kollege. Wir haben vereinbart, dass wir durchaus das, was zu sagen ist, hier auch sagen wollen. Das gilt für alle Fraktionen.

Werner Kalinka [CDU]:

Oh, vielen Dank, Herr Präsident!

(Heiterkeit - Beifall Volker Schnurrbusch [AfD])

Nein, ich bin dem Herrn Präsidenten dankbar, wenn ich noch zwei, drei Gesichtspunkte nennen darf.

Die schrecklichen Vorgänge in Amerika - ich sage nicht Bilder, sondern Vorgänge - heute Nacht, da stimme ich Ihnen zu, sollten uns eine besondere Mahnung sein, nach Möglichkeit den Konsens in wichtigen Fragen der Gesellschaft zu suchen und zu erhalten. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt, wir hatten auch mal Ereignisse in Berlin in ähnlicher Richtung.

Wir sollten dieses als wesentliches Ziel erhalten, aber wir dürfen auf der anderen Seite auch über Grundrechtseinschränkungen und andere Fragen miteinander diskutieren, ohne dass wir gleich im Verdacht stehen, zu unserer Gesellschaft nicht gut zu stehen. Man muss auch Dinge hinterfragen dürfen. Das gehört zu einer lebendigen Demokratie dazu.

Es gehört auch zu einer Demokratie dazu, dass man verschiedene Dinge zueinander gewichtet. Mich haben die Bilder aus den Skigebieten aus den letzten 14 Tagen wahnsinnig geärgert.

(Beifall Peer Knöfler [CDU])

Diejenige, liebe Kolleginnen und Kollegen, die die schlechtesten Werte haben, haben in ihren Bereichen auch noch Heidewitzka gespielt. Das kann doch nicht sein.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wenn ich mir dann vor Augen halte, dass wir bei uns lange Zeit Inzidenzwerte von unter 50 hatten, und wir dann bei uns erklären sollen, dass wir alle Einschränkungen weiter vornehmen müssen, und woanders ist man nicht einmal in der Lage, morgens um 6 Uhr ein paar Polizeiwagen hinzustellen und die Straßen abzusperren. Das passt in dieser Gesellschaft nicht zueinander.

(Vereinzelter Beifall CDU, Beifall Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Kay Richert [FDP])

Dazu gehört dann auch die Frage von Partys.

Ich will in dieser Runde noch einen Punkt nennen: Ich mache mir darüber Gedanken, ob nicht möglicherweise die Infektionswerte auch damit zusammenhängen können, dass Demonstrationen ohne Masken und andere Vorkehrungen allmählich ihre

(Werner Kalinka)

Auswirkungen zeigen. Auch darüber müssen wir in dieser Gesellschaft einmal miteinander diskutieren.

(Vereinzelter Beifall CDU, Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Kay Richert [FDP])

Wir müssen auch die Frage der wissenschaftlichen Aufarbeitung stärker priorisieren.

Lassen Sie mich abschließend noch zwei Punkte sagen. Das eine ist: Nach wie vor ist die Nachverfolgung ein zentraler Punkt. Wo die Nachverfolgung gut funktioniert, besteht die größte Chance, dem Coronavirus entgegenzutreten. Das darf nirgendwo beiseite gedrückt werden. Das zweite ist, dass Risikobereiche entschieden angegangen werden. Der Herr Ministerpräsident hat recht: Wir können nicht alle drei Wochen von einer Situation in die nächste gehen. Wir müssen nach Möglichkeit eine Strategie schaffen, die Impfzentren und Impfmöglichkeiten mit der Frage der Angemessenheit von Lockdown-Maßnahmen in einen Zusammenhang bringt, um den Menschen in realistischer Weise eine Perspektive für 2021 zu geben. Es muss ihnen klar sein, womit sie noch rechnen müssen, aber auch, worauf sie hoffen und was sie erwarten dürfen. Das ist unsere politische Aufgabe als Parlamentarier. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Volker Schnurrbusch [AfD])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat im Rahmen der Restredezeit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Dr. Marret Bohn.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Impfungen sind in der Medizin der entscheidende Schlüssel zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten. Das ist auch in der aktuellen Coronapandemie der Fall. Um die Pandemie in den Griff zu bekommen, müssen wir alles tun, was wir können. Jede einzelne Impfung, die erfolgreich durchgeführt wird, ist in der jetzigen Situation wichtig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Neben dem Impfstoff von BioNTech hat die EU gerade erst gestern grünes Licht für den Impfstoff der Firma Moderna gegeben. Weitere Impfstoffe werden folgen. Darüber debattierten wir jetzt alle ganz

hitzig in den letzten Stunden und Tagen, weil wir natürlich ein System für die Impfstoffe brauchen, die jetzt mit komplizierten Lagerungsbedingungen und besonderem Aufwand verimpft werden - nämlich der von BioNTech Pfizer -, dann kommt der nächste Impfstoff von Moderna, der noch gekühlt werden muss, aber weniger stark.

Die Perspektive ist doch, dass wir allen Menschen, die sich in Schleswig-Holstein impfen lassen möchten, eine Impfung anbieten. Wenn der nächste Impfstoff noch unkomplizierter verimpft werden kann, dann kann das auch über die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte erfolgen. Wir müssen Schritt für Schritt schauen.

Ich bin bei den Kolleginnen und Kollegen im Sozialausschuss, die sagen: Wir müssen uns jetzt darüber Gedanken machen, wie es für alle, die sich impfen lassen möchten, baldmöglichst eine Impfung geben kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW, vereinzelt CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dann sind wir bei dem entscheidenden Punkt: Wir können nur das an Impfstoff verimpfen, was vorliegt. Das ist nicht die Verantwortung des Landes. Der Bund hat es übernommen. Ich finde es richtig, dass wir sagen: Es kann im Bund bei dem Verfahren nachgebessert werden. Darüber können sich die Kolleginnen und Kollegen in Berlin gern streiten. Das können sie machen. Es hilft nur niemandem weiter, wenn wir sagen: Das geht für Europa, das geht gegen Europa. Das hilft niemandem.

Für meine Kolleginnen und Kollegen, die in der Praxis den Impfstoff anwenden möchten, für meine Kolleginnen und Kollegen in den Krankenhäusern, die sagen: „Die Lage auf den Intensivstationen ist dramatisch, ihr müsst handeln!“, ist es wichtig, dass wir alle das Impfen positiv begleiten. Wir sind in Schleswig-Holstein auf einem guten Weg, wir haben ein gutes Fundament dafür. Das sollten wir auch alle nach außen tragen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Bei einem guten Fundament und mit den Impfzentren ist Schleswig-Holstein bundesweit ganz weit vorne. Das finde ich richtig, und das ist wichtig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, vereinzelt CDU und SPD)

Trotzdem ist es doch auch richtig, wenn etwas gut läuft, dass wir in der Situation, die im Hinblick auf

(Dr. Marret Bohn)

die Impfstoffe dynamisch ist, von Tag zu Tag schauen, wo wir nachsteuern können. Wenn diejenigen, die in der Risikogruppe der über 80-Jährigen sind, am Telefon nicht durchkommen oder sie nicht online unterwegs sind, wie Birte Pauls und der Kollege Ralf Stegner das geschildert haben, oder mit dem QR-Code nicht klarkommen, dann ist es doch richtig, wenn unser Ministerpräsident - das begrüße ich ausdrücklich - sagt, dass wir uns das Verfahren noch einmal anschauen. Wenn ein anderer Impfstoff da ist, der von der Qualität her stimmt und wir die richtigen Mengen haben, dann wollen wir zusehen, dass wir die Verfahren nachbessern, damit alle, die sich impfen lassen möchten, eine klare Perspektive haben: An dem Datum kann ich geimpft werden. Ich bin solidarisch, und ich werde mich impfen lassen. - Das ist doch der wichtige Punkt.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Hans Hinrich Neve [CDU])

Ich habe einen weiteren Punkt, der betrifft das Impfverfahren. Sie werden mitbekommen haben: In Nordrhein-Westfalen sind die Kolleginnen und Kollegen in den Krankenhäusern über das Verfahren sehr unglücklich. Auch das haben wir in Schleswig-Holstein gemeinsam mit der Opposition anders gemacht. Ich finde es richtig, dass diejenigen von uns, die Tag für Tag in den Kliniken ihren Kopf hinhalten müssen und wirklich gefährdet sind, vorrangig berücksichtigt werden. Ich finde, das ist ein gutes Zeichen. Auch das, wie wir es hier machen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist richtig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP, SSW und Volker Schnurrbusch [AfD])

Ich finde es auch richtig, dass alle Vorschläge, die es gibt, im Sozialausschuss erst einmal diskutiert werden, dass das Ministerium uns ausführlich berichten kann: Was ist in der letzten Zeit gut gelaufen? Welches Verfahren passt zu welchem Impfstoff? Vor allen Dingen: Wie kann die Impfkation gut über die nächsten Wochen und Monate gesteuert werden?

Denn eins ist auch klar: Da kann kein Minister zaubern, das geht nicht über Nacht. Das ist ein Verfahren, das wird uns über Wochen und Monate begleiten. Je besser wir das durchführen und je schneller wir Impfstoff haben, desto besser ist es.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Eins noch einmal ganz klar: Es tut mir leid für all diejenigen, die gern geimpft werden möchten, es telefonisch versucht, aber keinen Termin bekommen haben. Ich finde, es hat auch mit der Würde von Seniorinnen und Senioren zu tun, wenn sie sich am Telefon die Finger wund wählen und nicht durchkommen.

(Birte Pauls [SPD]: Genau!)

Deshalb ist es wichtig, dass wir uns im Sozialausschuss ganz genau angucken: Wann kann der neue Impfstoff vorliegen? Wie viele Impfdosen können wir bekommen? Und wie kann dann in die Zukunft gerichtet ein noch besseres Verfahren entstehen, damit wir - ich sage es noch einmal - all diejenigen, die sich impfen lassen möchten, so schnell wie möglich impfen können. Das ist ein Baustein, um aus der Pandemie rauszukommen. Den Weg sollten wir gemeinsam gehen, liebe Kolleginnen und Kollegen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Birte Pauls.

Birte Pauls [SPD]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach 24 Minuten waren die Termine vergeben: „Versuchen Sie es am 12.01. noch einmal!“ - Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das schafft kein Vertrauen, das verspielt die große Impfbereitschaft, die es ganz aktuell gerade bei den Seniorinnen und Senioren gibt. Das können wir uns an dieser Stelle nicht leisten.

(Vereinzelter Beifall SPD - Stephan Holowaty [FDP]: Frau Pauls, warum waren die Termine vergeben? Erklären Sie uns das doch einmal! - Weitere Zurufe FDP)

Ich habe - ich weiß nicht, wie es Ihnen geht - viele Briefe mit Hinweisen, Anrufe und Mails bekommen, wie auch der Kollege Kalinka und wahrscheinlich auch das Sozialministerium, denn da waren viele Kopien dabei. Die Rede war von Verzweiflung, Benachteiligung, Überforderung, Frust, wer zuerst kommt, mahlt zuerst, Glücksspiel, Jagdhundverfahren und Ähnlichem.

(Annabell Krämer [FDP]: Was ist denn die Alternative?)

(Birte Pauls)

- Kann ich bitte einmal ausreden! - Das sind nur einige Ausdrücke von Bürgerinnen und Bürgern, die sich gelinde gesagt von dieser Landesregierung vernachlässigt, die sich nicht gut angenommen fühlen, die mit dieser Situation schlichtweg überfordert sind.

(Zuruf FDP: Jetzt zur Lösung!)

Das führt doch dazu und das ist doch das Schlimme - - Das wollen wir doch alle nicht. Wir wollen doch, dass sich jetzt möglichst viele Menschen impfen lassen.

(Annabell Krämer [FDP]: Was braucht man da? - Weitere Zurufe FDP)

Wenn diese Möglichkeit jetzt - -

Präsident Klaus Schlie:

Also erst einmal hat Frau Abgeordnete Pauls das Wort. - Dann frage ich Sie gleich, Frau Abgeordnete, ob Sie eine Bemerkung gestatten.

Birte Pauls [SPD]:

Noch nicht.

(Zuruf FDP)

- Jetzt sagen Sie bitte nicht: Typisch! Ich lasse sonst immer gern Wortmeldungen zu, also jetzt bitte nicht „typisch“ sagen.

(Zurufe FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Jetzt hat Frau Abgeordnete Pauls das Wort. Jeder hat doch hier die Chance, sich noch zu Wort zu melden. - Bitte, Frau Pauls.

Birte Pauls [SPD]:

Herr Kalinka hat es doch gesagt: Die Bürgerinnen und Bürger sind verunsichert, sie haben Angst, sie möchten sich gern impfen lassen, und sie haben nicht das Gefühl, dass sie mitgenommen werden. Das müssen wir an dieser Stelle doch berücksichtigen. Das können wir nicht einfach ignorieren und sagen, wir machen erst einmal weiter: „Melden Sie sich am 12.01.2021 bitte wieder zur nächsten Rallye! Dann schauen wir mal, ob Sie durchkommen oder nicht.“ - Das geht doch so nicht.

(Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, es ist schön, dass jetzt nach Beginn dieser Impfkation - - Ich möchte vielleicht noch vorausschicken, dass wir diese Impf-

strategie inhaltlich komplett richtig finden. Ich finde es richtig, zuerst die Älteren, die Kranken, das Pflegepersonal und das medizinische Personal zu schützen. Das finde ich absolut richtig. Das hat meine Fraktion immer unterstützt, immer.

(Vereinzelter Beifall SPD, FDP und SSW)

Die ganze Zeit haben wir diese Impfstrategie unterstützt, daran haben wir keine Kritik. Das transportieren wir auch nach außen, wir machen auch Werbung für das Impfen. Das ist gar nicht das Thema.

Aber das Thema ist die Umsetzung. Darauf richtet sich unsere Kritik. Jetzt nach zwei Wochen Infobriefe zu schreiben, reicht an dieser Stelle nicht aus. Geringe Impfdosen als Ausrede zu nutzen - -

(Lachen und Widerspruch FDP)

- Lassen Sie mich doch einmal ausreden.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Es wird doch nicht besser! - Weitere Zurufe FDP)

Ich muss mir doch nur die Pressemitteilung der FDP von gestern angucken. Dann weiß ich doch, was da drin steht, nämlich: Wir können gar nicht anders, denn wir haben zu wenig Impfdosen.

(Christopher Vogt [FDP]: Was ist denn jetzt Ihr Vorschlag? - Weitere Zurufe FDP)

- Dazu komme ich jetzt. Jetzt komme ich zu dem Vorschlag, wenn Sie mich ausreden lassen.

(Zurufe FDP)

Warum das nicht so machen wie in Mecklenburg-Vorpommern oder wie zum Beispiel im geliebten Dänemark? Dort werden Menschen anhand des Alphanabetes mit Hilfe des Melderegisters, zunächst die über 80-Jährigen, angeschrieben. Die, die chronisch krank sind, werden über Krankenkassen und Hausärzte gemeldet. Briefe kann ich auch dosieren. Ich kann gucken, wie viel Impfstoff ich habe und die Einladungen entsprechend dosieren. Dann haben die Leute eine gewisse Verlässlichkeit. Dann wissen sie ganz genau, wann sie an der Reihe sind. Dann kommt die nächste Generation mit den 70-Jährigen, dann kommen die 60-Jährigen.

(Beifall SPD)

Dann weiß die Bevölkerung, um was es geht, sie können das einschätzen, und sie können sich vor allen Dingen darauf verlassen, dass sie irgendwann wirklich dran sind - und zwar in einem absehbaren Zeitraum. Wenn ich 80 und eventuell auch noch chronisch krank bin, dann kann ich abschätzen,

(Birte Pauls)

wann ich dran bin, und ich kann mich darauf verlassen.

Auf dieses Verfahren hier in Schleswig-Holstein können die Bürgerinnen und Bürger sich nicht verlassen, weil sich jetzt schon nach einigen Tagen des Impfstarts die Menschen zurücknehmen und sagen: Ich bitte jetzt nicht noch einmal meine Familie - oder wie Herr Kalinka es eben sagte -, ich bitte jetzt nicht nochmal meine Nachbarn darum. Es ist mir peinlich, wenn ich das selber nicht kann, ich möchte nicht wiederholt um Hilfe bitten.

Das ist nicht die Form von Daseinsvorsorge, die wir uns vorstellen. Man muss die Bürgerinnen und Bürger direkt ansprechen, sie direkt mitnehmen. Das muss machbar sein, und das ist machbar. Mecklenburg-Vorpommern macht es uns vor. Die haben dort auch nicht mehr Impfdosen, und dort klappt es hervorragend.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete Pauls, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Vogt?

Birte Pauls [SPD]:

Nein, danke. - Von daher würde ich mir sehr wünschen, dass wir gemeinsam im Sozialausschuss, möglichst zeitnah - wir haben leider erst am Donnerstag Sitzung; von uns aus könnten wir auch vorher - genau darüber debattieren, wie wir diese Dinge schnell umsetzen und schnell verändern können, sodass wir in der Bevölkerung Ruhe und Vertrauen zurückgewinnen können. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und Werner Kalinka [CDU] - Zuruf FDP: Das ist euer Vorschlag? Das ist wirklich peinlich! - Weitere Zurufe)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Christian Dirschauer.

(Zurufe SPD und FDP)

- Es macht nach wie vor Sinn, die Debatte entweder hier über das Mikrofon zu führen oder gegebenenfalls auch im Sozialausschuss zu vertiefen. Wenn Sie hier einfach nur hin und her rufen, hat davon niemand etwas. - Jetzt hat der Abgeordnete Dirschauer das Wort.

Christian Dirschauer [SSW]:

Vielen Dank, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste! Mir tut es fast leid,

dass die lebendige Debatte zu diesem Punkt jetzt durch mich unterbrochen wird. Ich habe aber einen anderen wichtigen Punkt, den ich gern loswerden möchte. Da ich schon wahrgenommen habe, dass es weitere Kurzbeiträge gibt, kann dann gerne der Dialog der Abgeordneten Pauls mit den regierungstragenden Fraktionen nach mir hier fortgeführt werden.

Für mich ist das Thema Kontaktbeschränkungen sehr wichtig. Wir haben heute sehr viel über die Kontaktbeschränkungen gehört, insbesondere darüber, was das für eine Herausforderung darstellt, vor allem für Familien mit kleinen Kindern. In der Tat begrüße ich daher - das möchte ich ausdrücklich noch einmal loben, Herr Minister Dr. Garg -, dass wir bei den Kontaktbeschränkungen zu einer Ausnahme bei der familiären Betreuung kommen. Es ist bereits mehrfach angeklungen - Herr Dr. Stegner hat es auch gesagt -: Das ist ein guter und richtiger Schritt.

Aber wir müssen feststellen, es gibt auch Familien, die haben kein familiäres Netzwerk. Diese Familien können oder wollen auch nicht die Notbetreuung in Anspruch nehmen. Sie haben sich im Dezember andere Modelle gesucht.

Ich möchte deshalb mit einer Bitte an die Regierung schließen. Ich habe selber drei Kinder im Alter von 2, 4 und 6 Jahren. Eins wurde gerade eingeschult. Damit habe ich einen ganz guten Überblick von der Krippe bis hin zur Grundschule, wie die Betreuung dort funktioniert. Ganz viele Eltern haben bereits im Dezember gesagt: Wir sind ein Haushalt, ihr seid ein Haushalt, wir bilden jetzt eine Minikohorte!

Diese Eltern haben teilweise gesagt: Wir sehen unsere eigenen Eltern an Weihnachten nicht, obwohl das möglich ist, denn wir wissen, es zeichnet sich ab, dass wir ab Januar 2021 mit einer Verlängerung - jetzt sogar mit einer Verschärfung - leben müssen. Dann lasst uns zusammenkommen: Ihr betreut einmal unsere Kinder, wir betreuen einmal eure Kinder!

Wo kommen wir jetzt mit diesem Modell mit der neuen Verordnung aber hin? Ein ganz praktisches Beispiel bei mir: Eine Familie aus der Kita, beide Eltern erwerbstätig, hat zwei Kinder, die andere Familie hat nur ein Kind. Die Familie mit dem einen Kind kann also dieses Kind weiterhin zur Familie mit den zwei Kindern geben. Die Familie mit den zwei Kindern kann diese zwei Kinder aber nicht mehr zur Familie mit dem einen Kind geben, denn das sind zwei weitere Köpfe.

(Christian Dirschauer)

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ändern wir noch! Nach unserer Verordnung wird das möglich sein! - Weitere Zurufe)

- Wenn diese Möglichkeit tatsächlich bestehen wird, dann bin ich dafür sehr dankbar. Das war bisher nicht bekannt. Das muss aus meiner Sicht weiterhin möglich sein. Teilweise sind das nämlich Eltern, die die Notbetreuung ganz bewusst nicht in Anspruch nehmen. Wenn sie die Notbetreuung nicht in Anspruch nehmen, führt das im Grunde sogar dazu, dass die Kinder weniger Kontakte haben als in der Notbetreuung, das ist also ein weiterer Beitrag zu den Kontaktbeschränkungen. Wenn ich nämlich ein Kind immer in den gleichen Haushalt gebe - wenn das auch nicht die Familie ist, aber immer derselbe Haushalt, der mich in der Betreuung unterstützt -, ist das nur dieser Haushalt, den ich als Kontakt habe. In der Notbetreuung sind das im Zweifel neun weitere Kinder und zwei Pädagogen. Insoweit ist das dem Grunde nach ein größeres Kontaktumfeld.

Deshalb geht meine dringende Bitte an die Landesregierung, diese Modelle, die die Eltern selbst entwickelt haben - immer die gleichen Haushalte, die Haushalte sollen nicht wechseln -, in der Verordnung zu berücksichtigen. Wenn ich die Kollegin von Kalben richtig verstanden habe, wird es dazu Möglichkeiten geben. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Kollegin Birte Pauls, ich glaube, wir müssen da noch einmal aufräumen. Es war ein bisschen abstrus, was Sie vorhin hier vorn zum Besten gegeben haben.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Ich möchte gern versuchen, Sie da mitzunehmen. - Angekommen ist das anscheinend nicht, Herr Habersaat. Aber das bekommen wir noch hin.

(Zurufe SPD)

Wir haben in Schleswig-Holstein 325.000 Menschen in der Impfgruppe 1, in der der überwiegende Anteil Personen über 80 Jahre ist. Das ist die Perso-

nengruppe, die nach der Impfverordnung des Bundes, an die wir uns halten, zu impfen ist. Da kann man gegenrechnen, wie viele Impfdosen Schleswig-Holstein bekommt. Damit müssen wir derzeit planen, weil wir auch nur Termine für etwas vergeben können, was wir verimpfen können. - Frau Pauls, das geht direkt an Sie. So. Wir haben 24.000 Impfdosen, die muss man - ganz wichtig - noch durch zwei teilen, weil wir pro Person die Impfdosen zweifach brauchen,

(Bernd Heinemann [SPD]: Muss man nicht!)

da nach 21 Tagen die zweite Impfdosis folgt.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Sprich: wöchentlich - genau, für Sie ist das neu, Herr Habersaat, da haben Sie recht - -

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Dr. Stegner?

Dennys Bornhöft [FDP]:

Wenn ich diesen Gedankengang noch kurz vollenden kann, danach gern. - Also: 12.000 Impfungen können momentan nach den zur Verfügung stehenden Impfdosen pro Woche durchgeführt werden. Wenn man diese 325.000 Personen nimmt und durch die wöchentlich möglichen Impfdosen teilt, benötigt man schon über ein halbes Jahr lang, um alle Personen aus der Impfgruppe 1 zu impfen. Das heißt, wir haben zu wenig Impfdosen. Das ist das, was hier auch fast alle gesagt haben. Das ist das größte Problem, das wir haben: Wir haben zu wenig Impfdosen in diesem Land.

(Beifall FDP - Birgit Herdejürgen [SPD]:
Und ihr lasst alle 325.000 Leute auf einmal anrufen! - Weitere Zurufe SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Dr. Stegner, jetzt können Sie Ihre Bemerkungen machen.

(Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])

- Also ich hatte Herrn Dr. Stegner aufgerufen, dass er seine Bemerkung machen kann, sonst niemanden.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Bornhöft, ich würde Ihnen gern helfen. Wenn Sie einmal in das Alphabet, in den Sprachschatz, schauen, finden Sie nicht nur Entweder-oder, sondern auch Sowohl-als-auch.

(Präsident Klaus Schlie)

Dass wir in der Tat zu wenig Impfdosen haben, bestreitet niemand. Wir sind sogar für unsere Kritik daran, dass der Bund nicht genügend beschafft hat, gegeißelt worden - um das einmal so zu sagen. Das bestreitet niemand. Ich habe in den Beiträgen der Kollegen überall den Optimismus herausgehört, dass jetzt mehr Impfstoffe hinzukommen und sich dieser Teil verbessern wird.

Das hindert uns aber nicht daran, zusätzlich das Verfahren zu verbessern und den Menschen, die sich im Rahmen der vorhandenen Impfdosen an uns wenden, a) eine adressatengerechte Kommunikation zu liefern, und sie b) nicht in die Situation zu versetzen, dass sie dreimal versuchen, über die Hotline anzurufen, und das nicht funktioniert. Sondern wir müssen ihnen sagen: Wir wählen ein Verfahren, das wie folgt aussieht: Du wirst eingeladen, und gleichzeitig bemühen wir uns darum, mehr Impfstoffe zu bekommen. - Dann habe ich nicht Entweder-oder, sondern Sowohl-als-auch.

Dieses Plädoyer für ein Sowohl-als-auch ist bürgerfreundlicher, realitätsnäher,

(Beifall SPD)

entspricht der Kritik. Es entspricht - wenn Sie mir dies auch noch zu sagen erlauben - inhaltlich dem, was der Kollege Kalinka - Klammer auf: CDU-Fraktion - vorgetragen hat; es entspricht dem, was die Kollegin Marret Bohn vorgetragen hat, und dem, was andere vorgetragen haben; und es ist auch teilweise Realität.

(Beifall SPD)

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrter Herr Stegner, vielen Dank für Ihre Frage, die ich sehr gern aufgreife. Ich nehme beispielsweise das Thema Mecklenburg-Vorpommern auf, das von Ihrer Kollegin Pauls gerade als positives Glanzbild vorgestellt wurde. In Mecklenburg-Vorpommern ist es so, dass es tatsächlich Briefe gegeben wird. Bei uns wird es auch Infobriefe an die betreffende Bevölkerung geben. Die vermeintliche Terminvergabe, die in Mecklenburg-Vorpommern so gelobt wurde, schaut dort so aus, dass nach alphabetischer Reihenfolge des Nachnamens begonnen wird, wöchentlich ein paar Tausend - ich glaube, bis zu 10.000 Personen - anzuschreiben. Es wird bei beispielsweise Herrn Albers und Frau Ahrens begonnen. Sie werden vom Land zuerst angeschrie-

ben. Sie haben als Erste die Möglichkeit, auf eine Terminvergabe zuzugreifen. Auch in Mecklenburg-Vorpommern ist meines Wissens nach der Impfstoff relativ knapp, sodass wir, wenn wir bei Frau Werner und Herrn Yildirim ankommen, wenn das Alphabet von vorn bis hinten durchgegangen wird, wahrscheinlich im Oktober 2021 landen.

(Beifall FDP)

Das ist doch für die öffentliche Hand nicht in Ordnung. Das kann es doch nicht sein. Das ist Diskriminierung, und zwar wegen des Nachnamens.

(Beifall FDP)

Man könnte es auch nach dem Geburtsdatum machen. Wenn wir das als Staat diskriminierungsfrei machen wollen und keinen Nachteil aufgrund des Alters, Geschlechts und Namens schaffen wollen, haben wir Stand jetzt, weil wir so wenig Impfstoff haben, nicht viele gute Möglichkeiten, andere wegen des Namens vor den Kopf zu stoßen, Herr Stegner. Das müssen Sie doch auch sehen.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Dennys Bornhöft [FDP]:

Ja, er wollte mir ja helfen. Bisher hat er es nicht geschafft.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ich tue das unverdrossen, Herr Kollege.

- Zweiter Versuch.

- Es gibt ein Problem bei Ihrer Darstellung. Das liegt daran, dass Sie Ihre eigene Annahme, dass wir mehr Impfstoffe hinzubekommen und wir uns um mehr Impfstoffe bemühen, gerade konterkarieren, wenn Sie behaupten, es dauere bis Oktober, bis alle geimpft seien. Der Bundesgesundheitsminister hat gesagt, im Sommer seien wir so weit.

Punkt zwei. Ein systematisches Verfahren, das im Rahmen des zur Verfügung stehenden Impfstoffes alphabetisch ist, bei dem alle wissen, sie kommen dran, ist besser als ein wildes Verfahren, bei dem sie nicht drankommen, muss ich Ihnen sagen.

(Beifall SPD)

(Dennys Bornhöft)

Das Dritte, Herr Kollege. Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat unter den 16 Bundesländern gemessen an der Anzahl der bisher Geimpften die größte Quote, und zwar das Dreifache dessen, was Schleswig-Holstein hat, gemessen an der Bevölkerungszahl. So schlecht kann das also für die Leute nicht sein.

(Beifall SPD)

Kurzum, wir sind nicht dafür, dass nur die Leute mit den Buchstaben A und B geimpft werden. Wir sind nicht dafür, dass die Dinge so bleiben, wie sie sind, sondern wir sind dafür, ein Verfahren zu wählen, das für ältere Menschen adressatengerecht ist, sie vor Frust bewahrt und das gute Beispiel des Landes Mecklenburg-Vorpommern aufgreift, ein nachvollziehbares Verfahren, das weniger Menschen frustet. Wir sind nicht dafür, dass es bei A endet. Mein Vertrauen, dass das, was Sie alle hier sagen, stimmt, dass wir uns alle bemühen, mehr Impfstoff zu kriegen, ist groß. Werfen Sie uns dann nicht vor, wir wären für eine nationale Beschaffung! Die wollen wir nämlich nicht. Wir wollen gemeinsame Anstrengungen, dass unsere Position verstärkt wird, und ein sinnvolles Verfahren. Denn dann sind wir doch zusammen. Das ist gar nicht so schwer, Herr Kollege.

(Vereinzelter Beifall SPD)

- Wir sind auch gar nicht so weit auseinander, Herr Kollege Stegner. Ich möchte hier ein Stück weit aufräumen. Wir sind hier in Teilen in der Regierung und für gutes Verwaltungshandeln verantwortlich. Stand heute - wir reden von heute - ist zugelassen der BioNTech-Impfstoff, gestern wurde der Moderna-Impfstoff zugelassen. Auch die Lieferungen dieses Impfstoffes müssen erst ankommen. Erst wenn wirklich absehbar ist, dass hier mehr Impfstoff ankommt, wird das berücksichtigt. Wir werden sicherlich in drei, vier Wochen von anderen Möglichkeiten sprechen als beim Stand heute.

In Berlin sind Impftermine für Impfstoffe vergeben worden, die niemals angekommen sind. Das ist ein viel größerer Frust als morgens bei der Hotline nicht durchzukommen.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Habersaat?

Dennys Bornhöft [FDP]:

Ja, gerne.

Martin Habersaat [SPD]: Herr Kollege Bornhöft, ich wollte nachfragen, um sicher zu gehen, dass wir Sie richtig verstehen. Stand heute finden Sie es also sinnvoller, dass nicht etwa die Seniorinnen und Senioren mit den Nachnamen mit Y oder Z im Oktober geimpft werden, sondern dass die, die bei der Telefonhotline nicht durchkommen oder das Internet nicht so gut bedienen können, erst im Oktober geimpft werden - Stand heute?

- Wo ist jetzt Ihre Frage?

(Zuruf SPD: Ist das besser?)

Ich schließe nur daraus, dass Sie das lieber nach Alphabet machen würden. Dann ist absehbar, dass jemand nicht vorgezogen werden kann, der einen Nachnamen mit einem Buchstaben am Ende des Alphabets hat. Das empfinde ich als ungerecht. Um auf Ihre Frage zu antworten: Ja, das finde ich nicht gerechter.

(Beifall Kay Richert [FDP] - Wortmeldung Martin Habersaat [SPD])

- Die Frage ist beantwortet, Herr Habersaat.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Habersaat, ich habe nicht den Eindruck gehabt, dass es die Möglichkeit gibt, eine weitere Frage zu stellen. Nun hat wieder der Abgeordnete Bornhöft das Wort. - Bitte, Herr Bornhöft.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Herr Habersaat, Sie sagen: Survival of the fittest - survival of the first last name. - Herzlichen Glückwunsch! Das kann es natürlich nicht wirklich sein, was Sie hier jetzt vortragen. Aber das ist Ihr Ding.

Der Umstand, dass es 24 Minuten gedauert hat, bis alle Impftermine vergeben waren, ist kein Skandal, sondern spricht dafür, dass der Prozess, der hier in Schleswig-Holstein aufgebaut wird, funktioniert.

(Beifall FDP)

Hätten wir 100.000 Impfdosen, wären wir sie über dieses System auch losgeworden. Wir haben sie aber nicht. Der Flaschenhals bei allen ist nicht der Prozess, ist nicht die Ansprache an die Leute. Wie kann es ansonsten sein, dass es so viele Nachfragen gibt, wenn Leute nicht angesprochen werden?

(Dennys Bornhöft)

(Beifall FDP)

Ihre Argumentation ist da ein bisschen krude. Der Prozess läuft. Was wir händeringend brauchen - da gibt es einen optimistischen Ausblick -, sind deutlich mehr Impfstoffe, die kommen werden. Wenn es genug davon gibt, können wir die Terminvergabe deutlich verbessern. Darüber werden wir sicherlich in ein paar Wochen reden können. Das, was Sie im Moment vorgeschlagen haben, finde ich für einen großen Teil der Bevölkerung diskriminierend. Deshalb lehnen wir es ab. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Tobias Koch.

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, wenn es möglich ist, wäre es sinnvoll, die Debatte hier vorne weiter zu führen. Deswegen hat jetzt der Abgeordnete Koch das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich glaube, es geht uns allen gleich. Wir alle haben viele Zuschriften bekommen. Wir alle kennen die Anfragen der Bürger. Wir alle kennen die Probleme, die entstehen. Es ist angeklungen. Im Sozialausschuss werden wir das weiter diskutieren. Insofern werden wir den Antrag in den Sozialausschuss überweisen und gemeinsam versuchen, nach besseren Lösungen zu suchen, wenn es diese gibt.

Ich will dennoch auf Folgendes hinweisen: Der Kollege hat die Zahlen vorhin schon genannt: 20.078 Personen sind bisher in Schleswig-Holstein geimpft worden. Egal, welches Verfahren wir gewählt hätten - es wäre keine einzige Person mehr geimpft worden. Dessen müssen wir uns bewusst sein. Kein Verfahren hätte für mehr Impfungen gesorgt - egal, was wir gemacht hätten.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist wahr!)

- Das ist wahr; danke schön. - Mit den 20.078 liegen wir bei der absoluten Zahl mit Mecklenburg-Vorpommern gleichauf. Dort sind es einundzwanzigtausend etwas Personen. Das ist kein großer Unterschied, was die absolute Zahl anbelangt. Schaut man auf die restlichen Bundesländer, sind es gerade einmal drei Bundesländer, die von der Quote her mehr geimpft haben als wir. Das ist Mecklenburg-

Vorpommern - das haben Sie recht -, das ist Hessen, und das ist Sachsen-Anhalt. Wir liegen bundesweit an vierter Stelle.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Alle anderen Bundesländer haben weniger als wir geschafft. Das muss man auch einmal berücksichtigen. Ist unser Verfahren so schlecht? - Nein, es ist das viertbeste bundesweit.

Dass es unerfreulich ist, wenn man unnötigerweise anruft, wenn man in der Hotline hängt, wenn man auf der Online-Plattform nicht durchkommt, ist auch klar. Ein Brief wie Mecklenburg-Vorpommern, der sagt: „Leute, hier ist die Telefonnummer, ruft anschließend bitte selber an, ihr seid jetzt dran, ihr könnt einen Termin vereinbaren“, ist doch auch nicht besser. Dass es nach Alphabet gehen soll - auch wenn sich der Kollege Arp freuen würde -, dass der Staat entscheidet, dass diejenigen, deren Nachname mit Z beginnt, Pech haben und ein halbes Jahr warten können und keinen Schutz bekommen, halte ich für vollkommen abwegig. Nach Alphabet kann es wirklich nicht gehen. Das ist ein schwachsinniger Vorschlag, der hier gemacht wird.

(Beifall FDP - Zurufe SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Wir wollen uns wieder darauf konzentrieren, dass der Abgeordnete Koch das Wort hat.

Tobias Koch [CDU]:

Ich habe den ganzen Vormittag darauf gewartet, welchen Vorschlag die SPD macht: nach Alphabet. Etwas anderes haben wir von euch nicht gehört. Das ist ein schlechter Vorschlag. Das muss man einfach so festhalten.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Koch, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Tobias Koch [CDU]:

Gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Koch, Sie sind doch ein Konservativer. Darf ich Sie einmal fragen, ob Sie nicht auch finden, dass bei der gleichen Anzahl von Impfdosen, die wir jetzt nicht steigern können, die wir aber politisch steigern wollen - darüber sind wir uns einig -, ein geordnetes Verfahren - nach welchem Prinzip auch immer - ein besseres

(Tobias Koch)

ist als ein Ellbogenverfahren oder eines, das Expertise in der Internetkommunikation voraussetzt?

Wenn Sie in eine Praxis gehen, ist das Verfahren so, dass, wenn die Leute einen Termin haben und dort sitzen, diejenigen zuerst drangenommen werden, die da sind. Das ist ein Prinzip. Manchmal gibt es alphabetische Verfahren des Aufrufs, manchmal gibt es andere Formen.

Finden Sie nicht auch, dass ein geordnetes Verfahren vielleicht dafür sorgen könnte, dass kein Frust bei denen, die unterliegen, weil sie nicht schnell genug oder nicht internetaffin genug sind, entsteht und dass das neben der Steigerung der Produktionskapazitäten und der Verbesserung der Beschaffung von Impfstoffen ein Wert an sich ist? Das ist die schlichte Frage.

- Herr Dr. Stegner, das beste Verfahren ist das Verfahren, das schnellstmöglich dafür sorgt, dass so viele Menschen wie möglich so schnell wie möglich einen Impfstoff bekommen. Das ist das beste Verfahren. Sobald ich anfrage, irgendetwas zu reglementieren oder zu regeln, besteht die Gefahr, dass ich es verlangsame, sobald ich anfrage, Kontingente zu bilden. Ihr Vorschlag läuft auf nichts anderes hinaus als darauf, feste Kontingente zu bilden: Jetzt ist Buchstabe A dran - festes Kontingent. Wir wissen aber gar nicht, wie viele Menschen davon sich impfen lassen wollen, wie viele Menschen davon in der nächsten Woche bereit sind, sich impfen zu lassen.

(Zuruf SPD: Dafür gibt es die Anmeldung!)

Reglementierung sorgt für weiteren Zeitverzug. Deshalb muss man trotzdem abwägen: Wenn es in der gemeinsamen Debatte gelingt, einen besseren Vorschlag zu finden als das bisherige Verfahren, nehmen wir das gern an und setzen es sofort um. Ich will einmal sagen: So schlecht ist das bisherige Verfahren nicht.

Wir haben eben nur eine begrenzte Impfstoffmenge. Sie wird sich kurzfristig nicht steigern lassen. Jede weitere Bestellung, die man jetzt machen kann, reiht sich hinten an. Die Hoffnung, dass wir mehr Impfstoff bekommen, haben wir alle. Es sind aber erst einmal die Bestellungen da, die vorher aufgegeben worden sind. Das heißt, neue Bestellungen werden nicht dafür sorgen, dass wir morgen mehr Impfstoff haben.

Ich sehe nicht, dass wir mit irgendwelchen Reglementierungen einen großen Gewinn erzielen können. Wir können mit einem Infobrief aufklären. Das kann man tun. Einen besseren Weg haben Sie hier heute nicht aufgezeigt. Sie haben nur kritisiert, was im Augenblick hier gemacht wird. Das Verfahren ist so schlecht nicht. Wir haben damit mehr Menschen geimpft als viele andere Bundesländer. Das wollte ich noch einmal deutlich machen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Kai Dolgner.

(Zurufe SPD)

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Koch, Sie haben es eben gesagt: Das beste Verfahren ist das Verfahren, mit dem sich schnellstmöglich viele Menschen impfen lassen. Das war eben Ihr Maßstab.

Nach Ihrem Maßstab - - Es wäre gut, wenn Sie zuhören würden. Sie behaupten die ganze Zeit, dass wir keine Vorschläge machten, was überhaupt nicht stimmt. Das war kontrafaktisch.

Nach Ihrem Maßstab müssten Sie das Mecklenburg-Vorpommern-Verfahren nehmen. Dort sind bei einer auf Einwohner gerechneten gleichen Impfdosiszahl jetzt schon doppelt so viele Menschen geimpft worden. Sie können sich ja einmal überlegen, woran das liegen mag. Sie können unseren Vorschlag nicht von vornherein ausschließen. Ja, wir sind Platz vier. Trotzdem darf man sich nach Platz eins strecken - zumindest, wenn man in der Liga aufsteigen will.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Herr Kollege Bornhöft, ich bin mir ziemlich sicher, dass Sie das eigentlich besser wissen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Dolgner, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Koch?

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Gern. Wenn Sie die Uhr anhalten, gern. - Danke.

Tobias Koch [CDU]: Herr Dolgner, die höhere Quote in Mecklenburg-Vorpommern

(Dr. Kai Dolgner)

geht mit Sicherheit nicht auf das dort gewählte Verfahren zurück. Soweit mir bekannt ist, und das sollte auch Ihnen bekannt sein, sind die Briefe erst am 4. Januar 2021 verschickt worden, und in der ersten Januarwoche ist überhaupt noch gar keine Terminvergabe erfolgt.

(Zurufe)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter! - Meine Damen und Herren, Lassen Sie uns doch vernünftigerweise Diskussionen, die eigentlich in den Ausschuss gehören, die aber jetzt hier geführt werden, um der Bevölkerung klarzumachen, dass alle bemüht sind, das Verfahren zu optimieren, so führen, dass diejenigen zu Wort kommen, die dran sind, ohne dass immer dazwischen gebrüllt wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Tobias Koch [CDU]: Wobei der Zwischenruf des Kollegen Heinemann durchaus zutreffend und hilfreich war. Es geht nicht um die Pflegeheime. Da sind die Kollegen in Mecklenburg-Vorpommern sehr schnell. Das ist der Unterschied. Daran liegt es nicht. Das erklärt sich eben nicht durch das Verfahren. Das Verfahren in Mecklenburg-Vorpommern mit dem Anschreiben hat noch gar nicht zur Wirkung kommen können, weil die Briefe erst am 4. Januar verschickt wurden. Erst jetzt können die dort anfangen, Termine zu vereinbaren, während bei uns nach einem etwas chaotischen Telefonverfahren schon Termine in dieser Woche gemacht werden. Und alle Termine sind belegt, während das in Mecklenburg-Vorpommern mit dem dortigen Verfahren erst in der nächsten Woche anfängt. Es sind in Mecklenburg-Vorpommern wirklich nur die Pflegeheime. Das ist der Unterschied und nicht das unterschiedliche Verfahren.

(Beifall CDU, FDP und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Lieber Kollege Koch, ich bin Ihnen total dankbar für diese Bemerkung. Wissen Sie warum? - Sie haben hier nämlich die Behauptung aufgestellt, dass das Verfahren in Mecklenburg-Vorpommern schlechter sei.

(Zurufe)

- Doch. Sie haben nämlich gesagt, wir wollen diesen Vorschlag machen, und Sie haben behauptet, das Verfahren sei schlechter. Sie haben das abgelehnt an der Stelle, obwohl es noch gar keine Erfahrungen mit diesem Verfahren gibt. Ich bin nicht nachweislich dafür.

(Zurufe)

- Nein, das tut mir leid, das ist eine ganz einfache Logik. Wenn behauptet wird, dass das Verfahren, das wir vorgeschlagen haben, zu weniger Impfungen führen würde, das war nämlich Maßstab für das bessere Verfahren, dann können Sie das aus Mecklenburg-Vorpommern heraus nicht belegen.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja, da kann man sich tausendmal drüber aufregen, Frau von Kalben.

(Unruhe)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Dolgner, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Abgeordneten Koch, wenn das aufgrund der Unruhe hier im Saal möglich ist? - Das scheint der Fall zu sein. Bitte, dann ist Herr Koch dran.

Tobias Koch [CDU]: Vielen Dank. - Ich kann das nachweisen, Herr Kollege Dolgner. Wenn mit unserem Verfahren in dieser Woche bereits 12.000 Termine vereinbart und absolviert wurden, mit dem Mecklenburger Verfahren in dieser Woche aber null Termine vereinbart - -

(Unruhe)

Präsident Klaus Schlie:

Entschuldigung, so können wir die Diskussion hier nicht miteinander führen.

(Beifall SPD)

Frau Pauls, lassen Sie uns das doch nacheinander machen. Wir können doch alle Argumente austauschen, aber nacheinander, sonst hat keiner was davon. - So, jetzt hören wir noch einmal die Bemerkung des Abgeordneten Koch. Dann antwortet Herr Dr. Dolgner.

Tobias Koch [CDU]: Erst einmal bin ich froh darüber, dass sich die geschäftsleitende Bemerkung des Herrn Landtagspräsidenten offensichtlich nicht auf meinen Wortbeitrag bezogen hat. - Also, ich wollte deutlich ma-

(Präsident Klaus Schlie)

chen: Bei dem Mecklenburger Verfahren ist in dieser ersten Woche kein einziger Termin vereinbart worden. Deswegen ist das Verfahren schlechter als unseres, denn das bestmögliche Verfahren sorgt dafür, dass schnellstmöglich so viele Menschen wie möglich geimpft werden, und das ist uns in Schleswig-Holstein gelungen.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Herr Kollege Koch, auch hier machen Sie wieder einen Logikfehler. Das beste Verfahren ist das Verfahren, das schnellstmöglich die Impfung von möglichst vielen Menschen zulässt, und bei möglichst vielen Menschen würde ich nicht separieren zwischen Menschen in Pflegeheimen und außerhalb von Pflegeheimen. Das machen Sie nämlich gerade.

(Beifall SPD)

In Mecklenburg-Vorpommern hat man sich für einen anderen ersten Schritt entschieden und war damit erfolgreicher als der erste Schritt in Schleswig-Holstein. Gegen Fakten gibt es keine Argumente, da können Sie es drehen und wenden, wie Sie wollen.

(Beifall SPD)

In Mecklenburg-Vorpommern sind zurzeit doppelt so viele Menschen in der vulnerablen Gruppe geimpft wie hier. Sie wollen diese Unterscheidung machen und sagen, dass das chaotisch gestartete ambulante Verfahren in Schleswig-Holstein zu mehr geimpften Menschen geführt hat. Dafür haben Sie weniger in den Pflegeheimen geimpft. Sie können trotzdem und noch immer nicht behaupten,

(Unruhe)

- darf ich? - dass das ambulante Verfahren in Mecklenburg-Vorpommern am Ende schlechter ist, da es noch gar nicht gestartet ist.

Weil Sie dem Kollegen Kalinka offensichtlich nicht gut genug zugehört haben, erkläre ich Ihnen jetzt einmal, wo der Unterschied ist. Er liegt nicht direkt in der Frage, wann wie viele und wer von ihnen geimpft wurde. Das ist komplett unlogisch. Ich sage einmal: Ich habe 50.000 Menschen, sie haben alle die gleiche Priorität. Dann ist erst einmal die Frage. Wie sortiere ich diese Menschen? Dann gibt es zwei Möglichkeiten: Ich mache eine Priorisierung, die auch zufällig sein kann, man kann das auch gern auslösen, oder ich treffe eine Auswahl dahin gehend, wie gut jemand telefonieren kann, ob er Angehörige hat, ob er mit dem Internet gut umge-

hen kann. In dem einen Verfahren treffen Sie eine Auswahl nach dem Unterstützungssystem, das jemand hat, und in dem anderen Verfahren machen Sie das nicht. Das ist der Unterschied.

Herr Kalinka hat einen ganz wichtigen Punkt genannt: Sie produzieren nämlich Verlierer, wenn Sie ein Online-Verfahren und ein Telefon-Verfahren machen. Die Menschen sind frustriert. Die meisten Senioren beschwerten sich nicht darüber, dass sie jetzt nicht drangekommen sind - das steht nicht in meinen Beschwerde-E-Mails -, sondern sie beschwerten sich darüber, dass sie vergeblich versucht haben, einen Termin zu bekommen.

(Beifall SPD)

Wenn Sie Herrn Yildirim sagen, dass er im Februar oder März einen Termin bekommt, - -

(Unruhe)

- Entschuldigung, es kann denklogisch nicht weniger oder mehr werden, wenn ich die gleiche Anzahl an Dosen auf die gleiche Anzahl der Leute verteile. Das können wir gern noch einmal machen mit Zuordnung und Mengenlehre.

Herr Bornhöft, da hilft übrigens auch kein Scheibenwischer. Ich habe 50.000 Menschen, die ich impfen kann. Egal ob ich das nach Buchstaben oder nach Losverfahren mache, es werden nicht mehr oder weniger. Aber bei dem jetzigen Verfahren, und das hat Herr Kalinka sehr gut beschrieben, produzieren Sie Frust. Sie produzieren den Frust bei Menschen, die dann sagen: Jetzt lasse ich mich gar nicht mehr impfen. - Das ist das Problem bei Ihrem Verfahren.

(Beifall SPD)

Wir haben überhaupt nicht behauptet, das war ja Ihr Maßstab, dass man dadurch mehr Menschen im gleichen Zeitraum impfen kann. Wir wollen keine Impffrustration erzeugen. Die Seniorinnen und Senioren schicken uns E-Mails, Ihnen wahrscheinlich nicht, aber ich schicke Ihnen die demnächst einmal weiter und antworte denen: Herr Bornhöft kann Ihnen die Antwort geben. - Es wird dann gesagt: Ich habe zweimal versucht zu telefonieren, eine Stunde lang, die Angehörigen haben es versucht und so weiter, ich habe keinen Termin bekommen, und nächsten Dienstag um acht soll ich wieder anrufen, um einen Termin zu machen.

Sie können nicht erkennen, dass es Menschen frustriert, wenn sie dreimal, viermal, fünfmal, sechsmal etwas vergeblich gemacht haben. Wissen Sie was? Wenn Ihnen gesagt wird: Dann und dann können

(Dr. Kai Dolgner)

Sie diese Sache kaufen, dann kommen Sie, und Sie können das kaufen, oder Sie haben einen Arzttermin, einen Röntgentermin, den Sie haben wollen. Den haben Sie im März. Sie finden es blöd, dass Sie ihn erst im März haben. Wenn der Arzt Ihnen aber sagt: Kommen Sie alle vorbei, und Sie werden sechsmal wieder aus der Praxis geschickt und sind immer noch nicht geröntgt, dann werden Sie sich überlegen, ob Sie noch ein siebtes Mal kommen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Dolgner, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Vogt?

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Ja, gern, wenn es der Aufklärung dient.

Christopher Vogt [FDP]: Lieber Herr Dr. Dolgner, ich glaube, ehrlich gesagt, wir liegen da gar nicht so weit auseinander, wenn man die Aufregung ein bisschen herausnimmt.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann können wir ja Schluss machen!)

Präsident Klaus Schlie:

Jetzt hat das Wort der Abgeordnete Vogt. Ich finde, wir sollten uns jetzt wirklich ein bisschen disziplinierter verhalten. Wir haben noch mehrere Kurzbeiträge, und ich glaube, im Interesse der Menschen ist es sinnvoll, dass diese nachvollziehen können, was hier jeder Einzelne sagt, und nicht das, was hier völlig durcheinander gerufen wird.

(Vereinzelter Beifall CDU, SPD und FDP)

Christopher Vogt [FDP]: Wir sind uns ja einig, dass das jetzige Verfahren nicht gerade für helle Begeisterung sorgt, weil es natürlich schwierig ist, eine große Nachfrage zu haben bei einem geringen Angebot. Das ist überall so, und die spannende Frage ist, wie man das möglichst effizient und fair verteilt. Ich glaube, da muss man über verschiedene Möglichkeiten sprechen. Die Kernaussage der SPD-Fraktion war ja: In Mecklenburg-Vorpommern hat man höhere Zahlen. Deshalb muss man das Verfahren übernehmen.

Jetzt haben wir gerade herausgearbeitet, dass die in Pflegeheimen mit mobilen Teams den Schwerpunkt gesetzt haben. Wir reden ja über die Verteilung von Terminen in den Impfzentren. Noch einmal: Sie haben es in

den letzten Wochen erlebt, dass zugesagte Dinge nicht angekommen sind. Hier muss man leider sehr auf Sicht fahren. Bei dem jetzigen Stand und dem, was wir an Lieferzusagen haben, die erst einmal eingehalten werden müssen, besteht das Problem, dass man gar nicht weiß, wer überhaupt Interesse hat. Das ist ja das Problem, wenn man Termine fest über die gesamte Gruppe verteilt.

(Zurufe SPD)

Das ist ein Punkt, über den man sprechen muss. Das Problem ist: Dann verteilt man an alle, die da sind, und nicht an die, die Interesse haben. Ich glaube, das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist: Bei den zugesagten Mengen, die wir haben, würde sich dies über so viele Monate erstrecken, dass man die Termine eh nicht einhalten kann, da man ja früher impfen will. Das ist sozusagen der Punkt, um den es hier geht. Herr Dr. Dolgner, ich glaube, da wir beide Freunde der Logik sind, haben wir den Punkt gemeinsam herausgearbeitet. Wenn es gute Vorschläge der SPD-Fraktion gibt, dann nehmen wir die gern auf. Das, was Sie uns heute präsentiert haben, ist aber leider für Schleswig-Holstein kein idealer Weg. Deswegen sind wir da noch ein Stück weit auseinander.

(Beifall FDP)

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Herr Kollege Vogt, ich bewundere immer wieder Ihre Rettungsversuche, wenn Sie versuchen, das in den Debatten zu retten. Punkt eins: Erst einmal haben wir einen abstrakten Vorschlag gemacht, indem wir gesagt haben, wir wollen umstellen von dem Anmelde- auf ein Einladungsverfahren. Dann wurde uns von Herrn Koch noch gesagt, das sei alles viel ineffektiver, und Herr Bornhöft hat uns erzählt, dass man den Menschen Y., der über 80 ist, dann erst im Oktober impfen könnte. Das ist an der Stelle völlig logikfrei,

(Zurufe)

- das können Sie alles im Protokoll nachlesen -, weil Sie nicht mehr oder weniger - -

(Unruhe)

- Ich kann auch ganz laut reden, ich wiederhole gern jeden Satz bei jedem Zwischenruf.

Dann wurde uns Buchstabendiskriminierung vorgeworfen. Antwort: Ja, Sie sind ein Freund der Logik.

(Dr. Kai Dolgner)

Wenn ich 50.000 Dosen zu verteilen habe, dann kann ich das entweder über ein Zufallsprinzip nach dem Nachnamen machen, ich kann das verlosen, oder ich kann das von Eigenschaften abhängig machen. Wenn das bis Oktober dauern würde, dann ist das übrigens eine ganz schlechte Botschaft für die Prioritätengruppe eins. Ich habe das ja nicht gesagt. Wenn das bis Oktober dauern würde, dann wäre das egal. Herr Bornhöft, nicht Sie, Sie sind ja keine 80, aber Sie haben hier einen Pappkameraden gebaut.

Wir haben gar nicht behauptet, dass man damit mehr Menschen schneller impfen kann. Ich bin wirklich erstaunt, dass Sie Herrn Kalinka, der einen sehr guten Redebeitrag gehalten hat, so wenig zugehört haben. Das gilt auch für meinen Beitrag. Sie versuchen, Dinge als Pappkameraden zu bauen, die wir gar nicht behauptet haben. Wir haben gesagt: Das derzeitige Verfahren frustriert die Menschen. Da gibt es eine andere Möglichkeit, und Mecklenburg-Vorpommern hat zumindest schon einmal angefangen an der Stelle. Das ist eine Einladung.

Das Kapazitätsproblem, dazu gab es meine erste Frage, als wir das Problem in Rendsburg-Eckernförde besprochen haben, wird dadurch gelöst, dass die Leute, die eine Einladung bekommen haben, sich telefonisch anmelden. Nur haben Sie dann eine Vorauswahl an Leuten, die die Hotline überhaupt anrufen. Dann haben Sie nämlich nicht alle, die infrage kommen, nämlich nicht alle 200.000 Seniorinnen und Senioren, sondern Sie haben 2.000, die sich an die Hotline wenden. Ganz ehrlich, für 2.000 Leute finde ich doch besser Termine als für 200.000 Leute.

(Beifall SPD)

Dann brauche ich nämlich kein Callcenter mehr, dann brauche ich keine Bandansage mehr, sondern ich kann den Anrufern dann tatsächlich die Nummer des für sie zuständigen Impfzentrums geben, und die machen dann einen Termin, natürlich nur entsprechend der Kapazität.

Ganz ehrlich, ich bin total erstaunt. Ich war von dem Anmeldeverfahren ursprünglich gar nicht so überzeugt. Wegen der Kapazitätsfragen habe ich mir das Verfahren in Mecklenburg-Vorpommern angesehen, und ich habe gedacht: Das ist eigentlich schlau mit einer Rückmeldung und einer Telefonkette. Wir können es noch schlauer machen, indem man sagt: Das geht direkt an die Impfzentren. Damit es zu keiner Buchstabendiskriminierung kommt, mache ich Ihnen von mir aus gern, wenn Sie mir die Einwohnermeldedaten geben, eine kleine Routine, die dann schlicht und ergreifend per

Zufall die Buchstaben herausgreift. Daran soll es nicht scheitern. Da braucht man nur ein Skript dazu zu machen. Das ist überhaupt kein Problem. Soweit sollte die Digitalisierung von Jamaika schon sein.

Ich hoffe darauf, dass die Beratungen im Sozialausschuss weniger von Abwehrhaltung und mehr von der Suche nach der besten Lösung geprägt sind. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem nächsten Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Heiner Dunckel. - Geschäftsleitend muss ich noch sagen: Zuerst kommen die Kurzbeiträge. Ich habe gesehen, dass der Herr Minister sich gemeldet hat.

(Zurufe)

Dr. Heiner Dunckel [SPD]:

Ein Heiner ist jetzt da. - Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gern zwei Punkte nachtragen. Erstens einen ganz konkreten Fall. Ein Nachbar von mir, deutlich über 80, hat es mehrfach versucht. Er hat jetzt aufgegeben. Er sagt: Dann werde ich eben nicht geimpft, dann halt nicht, dann ist das Schicksal. - Das kann nicht sein. Der Fall darf nicht eintreten. Das ist mehr als Frustration. Er hat schlicht aufgegeben. Er sagt: Ich werde das nicht mehr tun. - Das darf nicht passieren, und ich glaube, das ist kein Einzelfall.

(Beifall SPD und SSW)

Zweitens. Wir bewegen uns hier im Bereich der Statistik. Eigentlich ist das ein bisschen hochtrabend. In Wirklichkeit bewegen wir uns im Bereich der simplen Prozentrechnung. Sie haben ja völlig recht: Wir haben zu wenige Impfdosen für die Menschen, die derzeit in der ersten Gruppe geimpft werden sollen. Das ist gar keine Frage.

Was brauchen wir also? - Wir brauchen ein gestuftes, transparentes Verfahren. Jetzt haben wir natürlich das Problem: Wie machen wir das transparente Verfahren? Wir können sagen, wir haben zwei Kriterien, von denen wir sagen können: Innerhalb dieser Gruppe kommt die erste, die zweite, die dritte Tranche dran. Die haben wir nicht. Also, was machen wir in der Statistik? - Zufallsstichprobe oder Losverfahren. Das ist uralte, das kann man übrigens auch gestuft machen. Man macht Zufallsstichproben, die man über Bedarf macht.

(Zurufe)

(Dr. Heiner Dunckel)

- Entschuldigung, auch das alphabetische Verfahren ist natürlich eine Zufallsstichprobe. Das ist das fairste Verfahren. Das wissen wir, seitdem es Statistik gibt. Wenn Sie keine Kriterien haben, dann ist die Zufallsstichprobe, dann ist das Losverfahren das erste Verfahren. Wenn Sie mir das nicht glauben, gucken Sie einfach in die Lehrbücher der Statistik; da steht das drin. Das heißt, wir haben eigentlich gar keine Alternative. Das macht die Transparenz aus, wenn ich sage: Passt einmal auf, die ersten 2.000 kommen nach Zufall dran - meinetwegen auch nach Alphabet, auch das ist ein Zufallsverfahren. Dann weiß ich, wann ich drankomme.

Wenn ich nur 2.000 Dosen habe, was mache ich dann? - Ich lade die Menschen mit einem Termin ein. Das wäre die Idee. Das können Sie gern über Bedarf machen; wenn Sie wissen, dass nicht 2.000 der Angesprochenen kommen, sondern nur 1.500, laden Sie 2.500 ein. Das können Sie statistisch alles berechnen. Dann haben Sie ein transparentes Verfahren und wissen, wer wann drankommt.

Wenn ich mehr Dosen habe, kann ich mehr Menschen einladen. Das ist übersichtlich und transparent, und jeder weiß, wann und wie er drankommt. Dann haben wir kein Windhundverfahren, das Leute diskriminiert, die nicht so schnell und nicht mehr so pfiffig sind. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Werner Kalinka.

(Zurufe)

Werner Kalinka [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe den Eindruck, dass wir uns in Wirklichkeit durchaus ein Stück näherkommen. Ich empfinde es als gut, dass wir eine solch offene Debatte führen und uns bemühen, nach Möglichkeit Ergebnisse zu finden.

Mir ist es wichtig, deutlich zu machen, dass wir uns nicht nur über Modelle, Länder oder rechnerische Fragen unterhalten. Unsere Seniorinnen und Senioren haben Sorgen und erwarten, dass die beraten und aufgenommen werden. Um mehr geht es zunächst einmal gar nicht.

Wenn man über 80 ist, sitzt man den ganzen Tag und hat nicht einen Terminkalender wie andere. Wenn man dann fragt: „Kann ik nu impft warrn?“, dann beschäftigt das den Kopf den ganzen Tag über.

Dann ist das das Thema überhaupt. Wenn dann Enkelin, Tochter oder Sohn sagen: „Du, ik heff anropen, aver ik hebb dor keen kregen“, dann ist die nächste Frage den ganzen Tag: „Wann röppst du wedder an?“ Auch über diese Fragen müssen wir uns hier unterhalten.

Wir diskutieren häufig über Themen der jungen Generation. Lassen Sie uns ein klares Zeichen setzen und auch einmal über Themen der Seniorinnen und Senioren in diesem Land eine Debatte führen!

(Beifall)

Niemand kann doch bestreiten, dass sich Ältere mit Computern und all den Dingen schwertun. Das Einzige, was ich am Computer kann, ist schreiben - aber das kann ich gut. Aber sonst ist es mit mir weniger, ich kann es einfach nicht. Wie soll man da erwarten, dass man mit diesem Kram - -

(Zuruf Tobias von der Heide [CDU])

- Wenig, Tobias, ein bisschen mehr ist schon.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Das müssen wir ernst nehmen. Mir sagte jemand bei einem Anruf: „Ja, da ist so eine gleisernde Stimme gewesen. Und dann ging es um eine Postleitzahl. Ich wusste gar nicht, wo die hinwollten.“ Und das war kein Unpfiffiger, sondern das war ein langjähriger Beamter, der noch völlig fit ist und mitten im Leben steht.

Unsere Seniorinnen und Senioren wollen sich impfen lassen, sie wollen sich schützen. Sie empfinden psychischen Druck, dass sie das nicht schnellstmöglich machen können. Marret, du als Ärztin wirst in besonderer Weise beurteilen können, was in Menschen vorgeht, wenn sie unter diesem Druck stehen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten nicht zu kleinteilig diskutieren geschweige denn im falschen Streit enden. Die Menschen schauen auch auf uns, wie wir mit einem solchen Problem umgehen. Wenn die Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, dass sich dieses Parlament damit beschäftigt hat und zu einem guten Ergebnis gekommen ist, ist das eine Win-win-Situation für uns alle.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Deswegen würde ich doch schauen, dass wir noch stärker zueinanderkommen und damit gegebenenfalls auch ein Signal an den Bund aussenden können; das ist damit nicht ausgeschlossen.

(Werner Kalinka)

Da ich die Chance habe, Abgeordneter zu sein, wollte ich mir einfach erlauben, Ihnen darzulegen, welche Gefühle ältere Bürgerinnen und Bürger haben. Das war mein Anliegen. - Vielen Dank, Herr Präsident.

(Beifall)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Kathrin Bockey.

Kathrin Bockey [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst einmal ausdrücklich für die Worte von Herrn Kalinka an dieser Stelle bedanken, denen ich aus Sicht der Seniorinnen und Senioren und Betroffenen aus meinem Wahlkreis gern etwas hinzufügen möchte.

Herr Koch, ich bin befremdet darüber, dass Sie einem - wie Sie selbst wortwörtlich sagen - „chaotischen Telefonverfahren“ den Vorzug geben vor einem Verfahren, das sich ein CDU-Gesundheitsminister in Mecklenburg-Vorpommern mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausgedacht hat, noch dazu ein Gesundheitsminister, der aus der Krankenpflege kommt. Da könnte man grundsätzlich sagen: Das verdient einen Vertrauensvorschuss, selbst wenn es nicht das eigene Bundesland ist.

Ich weiß nicht, woher Sie Ihre Erkenntnisse einer Impfung nach Alphabet in Mecklenburg-Vorpommern nehmen; alles, was ich in der Kürze der Zeit recherchieren konnte - -

(Tobias Koch [CDU]: Das hat die SPD gesagt!)

- Nein, das haben wir nicht gesagt.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Ich diskutiere das jetzt nicht, sondern möchte meine Ausführungen gern zu Ende bringen. - Eine Impfung in Mecklenburg-Vorpommern findet nach Alter statt, und so werden dort auch die Einladungen verteilt.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Bornhöft?

Kathrin Bockey [SPD]:

Nein, an dieser Stelle nicht. Ich möchte meine Ausführungen zu Ende bringen; wir können gern an anderer Stelle weiter diskutieren.

Ich möchte gern, dass Sie sich in die Lage der Menschen in meinem Wahlkreis, im Lauenburgischen, insbesondere im Süden des Wahlkreises, versetzen. Wir haben dort ein chaotisches Telefonverfahren, wir haben ein chaotisches Internetverfahren, und wir haben nur eines von zwei Impfzentren. Es wurde gesagt, wir hätten nur die Kapazitäten und Impfdosen für ein Impfzentrum, deswegen machen wir jetzt erst einmal nur eins auf.

Das bedeutet, dass die Seniorinnen und Senioren in meinem Wahlkreis dazu verdonnert sind, sich einen Wecker zu stellen - das ist so geschehen -, um um 0 Uhr zu versuchen, im Internet einen Impftermin zu buchen. Vertröstet wurden sie um 0:01 Uhr auf 8 Uhr morgens. Wer morgens um 8 Uhr bei der entsprechenden Hotline anrief, wurde vertröstet auf in einer Woche. Wenn es möglich gewesen wäre, einen Impftermin telefonisch oder im Internet zu buchen, was flächendeckend und breit angelegt nicht ging, hätten Seniorinnen und Senioren aus meinem Wahlkreis deutlich weiter fahren müssen, und das gegebenenfalls mit öffentlichen Verkehrsmitteln, als wenn die Impfzentren, die vorgesehen waren, in Betrieb genommen worden wären.

Ich verstehe jedes Problem, das wir aufgrund von mangelnden Impfdosen et cetera haben, aber was ich nicht verstehen kann, sind die Art und Weise und der Zynismus, mit denen die Debatte hier geführt wird. - Herzlichen Dank.

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Kay Richert.

Kay Richert [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Dass das Coronavirus eine tödliche Gefahr ist und entschlossene schützende Maßnahmen erforderlich sind, darüber herrscht Einigkeit, darüber brauchen wir nicht weiter zu sprechen. Es ist nicht alles gut in der Situation.

Was den Menschen im Land fehlt, ist eine klare Perspektive, das sind durchhaltbare, verlässliche Strategien, wie wir aus der Krise herauskommen. Das hat natürlich etwas mit der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen zu tun. Journalistinnen und Journa-

(Kay Richert)

listen haben uns in den letzten Tagen vermehrt darauf hingewiesen. Das hat etwas mit dem Schutz besonders vulnerabler Gruppen zu tun. Das hat auch etwas mit der Bekämpfung der sogenannten Vorerkrankungen zu tun, Fettleibigkeit, Diabetes und Rauchen.

Was mir in der gesamten Debatte zu kurz kommt - das möchte ich ganz deutlich sagen -, ist die menschliche Seite. Mit der menschlichen Seite meine ich nicht nur die viel zitierten Familien, die Menschen in Pflegeeinrichtungen oder die Pflegenden.

Ich war Dienstag auf einer Demonstration vor dem Landeshaus, mit übrigens bemerkenswert geringer Beteiligung aus dem Hause. Da haben uns Gewerbetreibende ihre dramatische Situation vor Augen geführt. Dort wurde berichtet von einer Geschäftspartnerin, die sich aus Verzweiflung das Leben genommen hat. Dort wurde berichtet von einem Tontechniker, der mit Absicht gegen einen Brückenpfeiler gefahren ist, weil er keine Perspektive mehr gesehen hat.

Das sind Ergebnisse von Perspektivlosigkeit und Strategielosigkeit. Mit mir macht das etwas, wenn ich so etwas höre. Das sollte es mit uns allen tun. Das sind menschliche Dramen.

Wenn sich die Diskussion hier - das mag ein persönlicher Eindruck sein - ausschließlich darum dreht, sich gegenseitig Nuancen in einem Verfahren vorzuwerfen, immer vor dem Hintergrund, dass alle vorhandenen Dosen in Schleswig-Holstein verimpft werden, dass alle Anregungen zur Verbesserung des Verfahrens aufgenommen werden - das wird ja zugesagt -, wenn sich alles nur darum dreht, sich gegenseitig Schuld zuzuweisen, finde ich das vor dem Hintergrund solch menschlicher Dramen kleinkariert.

(Beifall Stephan Holowaty [FDP])

Was ist der Grund dafür, dass es zu solchen Dramen kommt? - Da sind die Hilfsprogramme, die aufgelegt werden. Wir als Land strampeln uns ab und tun alles, was in unserer Macht steht, um die Not zu lindern. Aber es gibt nun einmal klare Zuständigkeiten - für die, die es nachlesen wollen -, die in Artikel 87 Grundgesetz geregelt sind. Da steht nun einmal in der Hauptsache der Bund in der Verantwortung. Ich finde es einen Skandal, wenn jetzt, fast ein Jahr nach dem ersten Lockdown, die Soloselbstständigen noch immer keine adäquate Hilfe bekommen. Die stehen seit über einem Jahr ohne alles da.

(Beifall FDP und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Sie werden auf eine Grundsicherung verwiesen, die einfach nicht greift. Das ist doch unfassbar!

Es kann auch nicht wahr sein, dass die November- und Dezemberhilfe heute, zwölf Wochen, nachdem sie versprochen wurde, noch immer nicht abgerechnet werden kann, dass die Länder, die das später abrechnen sollen, noch immer nicht auf die Anträge zugreifen können. Das kann doch nicht der Anspruch sein, den wir an unsere Organisiertheit haben!

(Beifall FDP, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Daher bitte ich Sie inständig: Lassen Sie uns den kleinkarierten Streit über die Frage, wer recht hat, zur Seite legen! Wir nehmen doch alles auf, was an Verbesserungsvorschlägen gemacht wird. Lassen Sie uns um die Dinge kümmern, die wirklich noch im Argen liegen, und das sind die Soloselbstständigen, das sind die kleinen Gewerbetreibenden. Die dürfen wir nicht im Regen stehen lassen. Wir dürfen den Bund nicht aus der Verantwortung lassen, dass die Versprechen endlich eingehalten werden.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte nicht aus meinem Wahlkreis berichten, weil ich sicherlich die gleichen Erfahrungen gemacht habe wie alle anderen, die zum Thema Impfstrategie gesprochen haben. Ich möchte auch nicht von meiner Familie berichten, wo ich Gott sei Dank noch viele Tanten und Onkel habe, die über 80 und noch klar bei Verstand sind, die aber immer wieder nach Hilfe fragen: Wann bin ich dran, und wo kann ich mich informieren, damit ich geimpft werden kann?

Die Debatte heute sollte dazu beitragen, dass wir nach draußen das Gefühl vermitteln: Wir kümmern uns um die Stellen, an denen es hakt, damit jeder, der ein Anrecht hat und es will, die Vakzine bekommt.

Deshalb finde ich den Vorschlag gut, dass der Antrag der SPD ganz schnell im Sozialausschuss bera-

(Jette Waldinger-Thiering)

ten wird, um herauszufinden, an welchen Stellen es hakt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe gerade - ich weiß nicht, wie viele - WhatsApp-Nachrichten und Mails von Menschen gekriegt, die mir zurufen: Wolltet ihr eigentlich, dass wir der Impfstrategie positiver gegenüberstehen, oder wollt ihr, dass wir negativer werden und nicht hingehen?

Meine Antwort auf diese ganzen Nachrichten, die ich bekommen habe, lautet: positiv, Vakzine annehmen, damit wir irgendwann wieder ein besseres, normaleres Leben haben und alle daran teilnehmen können. Das ist meine Aufforderung an alle, die hier heute sitzen.

(Beifall SSW und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Wert der Debatte bestand zum einen darin, dass sie so lange geführt worden ist, bis nun auch die Koalitionsfraktionen ihren Antrag vorlegen konnten, sodass wir ihn auch noch lesen konnten. Das finde ich prima. Aber im Ernst: Bedenken Sie bitte einmal, dass der Ausgangspunkt der Regierungserklärung die bedrohliche Situation war, die wir in unseren Krankenhäusern haben, und dass irre viele Menschen wegen Corona sterben müssen. Da waren wir uns ja auch einig, Herr Ministerpräsident. Die Impfung ist der einzige Weg, den wir kennen, um diese Coronakrise zu überwinden und damit Menschen davor zu bewahren, dass ihnen das widerfährt. Das war der Ausgangspunkt.

Wenn das so ist, finde ich es richtig, dass dieses Parlament leidenschaftlich darüber redet, wie wir es am besten machen können, zumal uns viele Menschen sagen: Wir sind damit noch nicht zufrieden.

Meine Schlussfolgerung aus der Debatte ist, dass wir uns zum einen einig sind, dass wir gemeinsam Richtung Bund sagen wollen: Wir brauchen mehr Impfdosen. Kümmert euch darum! Da müssen Verträge nachgebessert und die Produktion ausgebaut werden. - Es ist ein Fortschritt, dass wir uns hier einig geworden sind.

Es gibt einen zweiten Punkt, bei dem ich Einigkeit feststelle, nämlich, dass wir bei gesteigerten zur Verfügung stehenden Impfdosen ein Verfahren wählen wollen, das bei älteren Menschen nicht da-

zu führt, dass sie sich entscheiden, sich nicht impfen zu lassen und frustriert sind. Bei aller Digitalisierung, Herr Holowaty, müssen wir trotzdem auch noch an die Menschen denken, die wir so nicht erreichen können. Ich habe gerade in der letzten Woche meinen Schwiegervater gesehen, 86 Jahre alt, der kann das nicht mit dem Internet. Da ist auch nicht immer jemand da, der sich kümmern kann. Es ist als Vertreterinnen und Vertreter der gesamten Bevölkerung unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass es auch anders funktioniert.

Wenn das die Schlussfolgerung ist, können wir doch in der Weise gut miteinander umgehen, dass wir die Landesregierung bei der Frage unterstützen, dass mehr Impfdosen kommen, dass wir die guten Sachen wie die Impfungen in den Krankenhäusern und Heimen fortsetzen, dass wir dafür werben, dass sich Menschen impfen lassen - übrigens gerade die, auf die es ankommt, um anderen Menschen Ängste zu nehmen, da sind wir noch zu schlecht -, und dass wir ein Verfahren wählen, das möglichst wenige auf der Strecke bleiben lässt. Das ist abseits der Texte, die jetzt verteilt werden, eine gute Einigung.

Wenn wir dann die Anträge beide in den Sozialausschuss überweisen, dort darüber reden und es möglichst schnell voranbringen, haben wir doch etwas gewonnen. Dann war es eine gute Debatte in einer guten Sondersitzung dieses Landtags. Wir haben insgesamt das geleistet, wofür wir nämlich da sind, dass wir das Leben für die Menschen in Schleswig-Holstein verbessern. Das könnte ein guter Beitrag dazu gewesen sein. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Dr. Marret Bohn.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mich kurzfassen. Ich wollte mich beim Kollegen Kalinka bedanken. Ich finde es gut, dass wir uns zu einem sozialen Thema leidenschaftlich darüber streiten, wie es besser werden kann. Ich bin aber Werner Kalinka sehr dankbar, dass er noch einmal darauf hingewiesen hat, dass wir das gern im Ausschuss miteinander beraten sollten, denn ich habe den Eindruck, wenn wir im Krankenhaus früher so gearbeitet hätten, wie wir es hier gerade machen, wären wir nie zu Potte gekommen.

(Dr. Marret Bohn)

(Vereinzelt Heiterkeit)

Wir müssen uns doch einmal überlegen: Wie viel Impfstoff haben wir jetzt? Wir sollten nicht eine rückwärtsgerichtete Debatte führen. Da bin ich dem Kollegen Ralf Stegner ganz dankbar.

Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten mehr Impfstoff haben. Jens Spahn hat das gestern noch einmal gesagt. Bei aller Kritik an ihm, da will ich mich gar nicht einmischen, hilft es aber niemandem und auch der 80-Jährigen am Telefon wirklich nicht, sich gerade über ihn oder die EU zu streiten.

Es wird mehr Impfstoff geben. Wir sollten das im Ausschuss zusammen beraten und auf die Seniorinnen und Senioren mit einem Infobrief zugehen und erklären, wie es funktioniert und besser werden kann. Das ist auch Teilhabe am Leben. Dazu gehören auch die Impfungen. Das ist doch total wichtig. Wir sollten es im Ausschuss miteinander beraten.

Wir müssen uns darauf einstellen, in die Zukunft gerichtet: Wir werden mehr Impfstoff haben. Das ist doch die gute Nachricht. Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt: Hier ist eben vom Kollegen Kay Richert auf die Schicksale Einzelner hingewiesen worden. Auch da bitte ich herzlich darum: Weisen Sie all diejenigen, die in existenzieller Not sind, auf die Beratungsangebote hin. - Wir versuchen in der Jamaika-Koalition gemeinsam mit der Opposition wirklich, für alle Unterstützung hinzubekommen. Dort, wo es noch nicht funktioniert - da bin ich bei Ihnen, Herr Kollege -, muss nachgebessert werden.

Wir haben jetzt einmal den Antrag der SPD. Es tut mir leid, dass es mit dem Antrag der Koalition etwas gedauert hat, das kennen ja die Kolleginnen und Kollegen aus der gemeinsamen Zusammenarbeit. Manchmal dauert es mit drei regierungstragenden Fraktionen ein bisschen. Gucken Sie sich den Antrag an, den wir jetzt vorgelegt haben. Wir werden ihn auch eventuell bis zur Sitzung des Sozialausschusses noch einmal überarbeiten müssen, aber das ist die jetzige Fassung. Wir haben einen gemeinsamen Antrag.

Ich würde es sehr gut finden, wenn wir als Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner beim Thema Impfen zusammenhalten und am Ende einen gemeinsamen Antrag haben und uns dann im Bund dafür starkmachen, dass es mit den Impfungen vorangeht. Wenn das das Ergebnis der Debatte heute sein könnte, wäre es super, und ich würde mich darüber freuen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Herr Präsident! Zunächst einmal möchte ich ausdrücklich sagen, dass ich diese Debatte in weiten Teilen als ausgesprochen hilfreich und konstruktiv empfunden habe. Warum? - Weil es, glaube ich, in der Geschichte der Bundesrepublik in diesem Zusammenhang zwei Dinge noch nie gegeben hat. Das ist, erstens, in der Geschichte der Pharmakologie und Medizin die Entwicklung eines effektiven Impfstoffs in so kurzer Zeit. Das ist eine exzellente Nachricht für die gesamte Bevölkerung.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zweitens ist das die größte logistische Herausforderung in diesem Zusammenhang, die dieses Land, jedenfalls seit vielen Jahrzehnten, zu stemmen hat. Das geht jeder Kollegin und jedem Kollegen von mir so. Ich habe mir an dem einen oder anderen Beitrag immer wieder überlegt: Wie würden die 15 anderen Kolleginnen und Kollegen diese Debatte empfinden? Wir tauschen uns ja nicht nur fachlich aus, sondern auch darüber, was die jeweilige Opposition in den Landtagen so macht.

Das Schöne ist ja, dass wir uns in dieser Pandemie sehr schnell abgewöhnt haben, auf Parteibücher zu gucken. Das mag dem einen oder anderen - selbst den eigenen Leuten - nicht immer gefallen, ist aber zentral wichtig, um gemeinsam für Deutschland diese Pandemie zu überwinden. Da brauchen wir nicht nur einen Bundesgesundheitsminister, mit dem man gut zusammenarbeiten kann, sondern wir brauchen zwischen allen Landesgesundheitsministern Einigkeit im Grundprinzip, wie wir den Menschen endlich wieder dazu verhelfen, sich die Freiheiten zurückzuerobern, die ihnen grundgesetzlich zustehen.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Gestatten Sie mir, lieber Herr Abgeordneter Heinemann, nur einen Hinweis: Ich habe Ihren Tweet gezeigt bekommen. Ich würde noch einmal nachrechnen: Es wäre sensationell, und ich würde es dem Kollegen Harry Glawe von Herzen gönnen, aber natürlich sind in Mecklenburg-Vorpommern

(Minister Dr. Heiner Garg)

nicht 10 % der Bevölkerung geimpft worden, sondern es sind über 10 von 1.000 Einwohnern geimpft worden. In Schleswig-Holstein sind wir ungefähr bei 6 pro 1.000 Einwohner. Wenn das so wäre, wie Sie es geschrieben haben, wären es richtig tolle Zahlen. Leider - und da sind wir beim Punkt - haben wir so viel Impfstoff derzeit noch nicht.

Ich freue mich über die Unterstützung bei dem wichtigsten Ziel überhaupt, nämlich alles daranzusetzen, dass wir so schnell wie möglich deutlich mehr Impfdosen von mehr Anbietern bekommen. Warum ist das so wichtig? - Es kommt nicht nur darauf an, von einem Impfstoff mehr zu bekommen. Das sage ich jetzt auch im Hinblick auf den Verlauf der Debatte. Sie können sich alle sicher sein, dass das Sozialministerium mindestens so viele Anrufe, E-Mails und andere Nachrichten bekommt wie Sie. Die sind mitnichten nur alle voll des Lobes. Das ist am Anfang eines solchen Verfahrens auch nicht anders zu erwarten. Ich will aber sehr deutlich sagen, dass der derzeit zur Verfügung stehende Impfstoff der Firma BioNTech/Pfizer - aber auch der Moderna-Impfstoff, beides mRNA-Impfstoffe - besondere Anforderungen an Lagerung und Transport stellt.

Deswegen ein erster Zuruf an all diejenigen, die sich wundern oder fragen: Warum können wir nicht zu Hause lebende Menschen, die gepflegt werden, jetzt gleich mit diesem Impfstoff versorgen? - Das geht nicht, weil diese Impfstoffe aufbereitet werden müssen. Wenn sie aufbereitet worden sind, können sie nicht mehr transportiert werden. Würde also eine solche Impfeinheit der Firma BioNTech/Pfizer, aus der man Gott sei Dank nicht, wie ursprünglich angenommen, fünf, sondern sechs Dosen bekommen kann - das sind gute Nachrichten -, anwenden wollen für einen zu Hause gepflegten Menschen, müsste ich fünf der sechs Dosen verwerfen, und das bei dem knappsten Gut, das wir haben.

Ich weiß ganz genau, wie schwer es nicht nur für die 80-Jährigen und älteren, sondern für die gesamte Bevölkerung ist, die sehen, dass die Impfung der Schlüssel ist, um endlich aus dieser Pandemie herauszukommen. Die sehen aber gleichzeitig, dass bei all den Ankündigungen und bei der Freude, dass der Impfstoff endlich da ist, er jetzt nicht gleich und sofort für alle reicht. Das ist und bleibt im Zusammenhang mit der Impfung das größte Problem.

Ich will mich gar nicht herausreden. Ich will sehr deutlich sagen, dass mein Team und ich jeden Tag mehrfach zusammensitzen und überlegen, an welcher Stelle wir schnell Verbesserungen auf den Weg bringen können. Ja, auch von uns wird es einen speziellen Brief an die über 80-Jährigen geben.

Das Verfahren in Mecklenburg-Vorpommern will ich einfach noch einmal beschreiben. Die Menschen werden dort nach Alter gestuft angeschrieben, aber telefonieren müssen sie auch selber, Frau Pauls.

(Beate Raudies [SPD]: Ja, klar!)

Sie müssen dann anrufen. Das können unsere Menschen auch.

Sie nennen es Windhundverfahren. Ich will dazu zwei Dinge sagen. Wir haben uns, als wir in der Planung waren, auch mit andern Ländern abgesprochen - was macht ihr, und wie macht ihr es? - mit dem Ziel, möglichst schnell so viel von dem verfügbaren Impfstoff an die jeweils priorisierte Gruppe verimpfen zu können. Stellen Sie sich vor - da gucke ich insbesondere in die Reihen der Opposition -, ich müsste Ihnen heute Rechenschaft darüber ablegen, dass der meiste Impfstoff zwar geliefert wäre, aber nicht verimpft würde, sondern irgendwo in einem Zentrallager stünde. Deswegen haben wir gesagt: Wir brauchen ein Verfahren, das garantiert, dass möglichst schnell die priorisierte Gruppe geimpft werden kann. - Das kennen Sie: Laut Impfverordnung des Bundes, § 2 Nummern 1 bis 5, sind die dort genannten Gruppen diejenigen, die derzeit einen Anspruch haben, geimpft zu werden.

Das ist richtig beschrieben worden, wir haben in Schleswig-Holstein gesagt: Wir impfen parallel. Andere Länder haben zunächst gesagt: Wir impfen nur über 80-jährige Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen. Wir haben gesagt: Nein, wir impfen auch - immer vor dem Hintergrund der zur Verfügung stehenden Impfdosen - das Personal in den Pflegeheimen. Wir impfen auch Mitarbeitende in den Krankenhäusern, die an vorderster Front bei der Bekämpfung der Pandemie stehen. Deswegen haben wir uns dafür entschieden, noch im letzten Jahr, sobald der Impfstoff zur Verfügung stand, mobile Impfteams auf den Weg zu schicken. Die ersten Pflegeheime sind übrigens mit der ersten Impfung schon durch, aus meiner Sicht auch eine positive Nachricht.

Häufig wird die sogenannte sechste Impfdosis, obwohl wir am Anfang skeptisch waren, in den Pflegeheimen dem Personal zur Verfügung gestellt. Warum waren wir da skeptisch? - Weil man nicht zu 100 % wissen kann, wie man sich nach einer solchen Impfung fühlt und ob die Mitarbeitenden tatsächlich während der Schicht geimpft werden wollen oder lieber selbst in ein Impfzentrum gehen möchten.

(Minister Dr. Heiner Garg)

Wir haben uns dafür entschieden: Diejenigen Mitarbeitenden, die bei einer solchen Tour in der entsprechenden Einrichtung geimpft werden möchten, können geimpft werden, wenn es ausreichend Impfstoff gibt.

Zu den Verbesserungen zählt auch, dass wir demnächst beginnen, den Menschen, die beispielsweise im ambulant betreuten Wohnen leben, ebenfalls mit den Impfteams eine Impfung anzubieten. Das ist immer wieder an uns herangetragen worden. Das werden wir in Zukunft machen, weil wir die Impfteams noch einmal aufstocken. Das heißt, Verbesserungsvorschläge, die umsetzbar sind, wo auch die Impfstoffmenge es hergibt, setzen wir natürlich um. Was denn sonst?

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Wir haben doch alle miteinander ein Interesse, dass die jedenfalls von mir wahrgenommene hohe Impfbereitschaft in der Bevölkerung bestehen bleibt. Wir sollten auch alle miteinander ein Interesse haben, den Menschen zu sagen, dass nicht jeder und nicht jede, der beziehungsweise die im Moment nach der Priorisierung einen Anspruch auf eine Impfung hätte, diese auch sofort bekommen kann. Das gehört leider auch zur Wahrheit dazu; denn es sind über 300.000 Menschen in Schleswig-Holstein, die nach der Impfverordnung des Bundes und der Priorisierung einen Anspruch hätten, und dieser Menge steht ein zweistelliger Tausenderbetrag - 24.375 Impfdosen jede Woche - gegenüber, von denen ich - das sage ich auch in aller Deutlichkeit - jedes Mal 50 % für die zweite Impfung zurückstelle.

Da sind Kolleginnen und Kollegen in dem einen oder anderen Land in einer ganz anderen Schwierigkeit: Die müssen sich nicht nur um die Ohren hauen lassen, dass angeblich ein Telefonsystem chaotisch sei. Wenn es mal Lieferverzögerungen gibt, müssen sie dort nicht nur Termine absagen, sondern dann ist nicht mehr gesichert, dass die zweite Impfdosis auch gesetzt werden kann. Wir haben von Anfang an gesagt: Das machen wir sehr streng konservativ. Wir stellen ganz konsequent Impfstoff zurück und sorgen dafür, dass bei uns keine Termine abgesagt werden.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich will übrigens noch eines sagen: Ich habe auch eine Großmutter gehabt, die Gott sei Dank über 92 Jahre alt geworden ist, telefonieren konnte sie sehr ordentlich, mit Internet hätte sie gar nichts mehr am Hut gehabt. Ich kann die Kritik gut nachvollziehen.

Ja, es ist immer schwierig, einen solchen Mangel irgendwie zu verwalten, weil daran gar nichts gerecht ist, egal welches Verfahren man sich ausdenkt. Aber ich will auch dazu sagen, dass über 80 % der Menschen, die in den letzten Tagen in den Impfzentren gewesen sind, über 80-Jährige waren. Auch das ist erst einmal eine gute Botschaft, dass wir genau die erreichen, die auch den allerersten Zugriff auf eine Impfung haben.

Jetzt lassen Sie mich noch ganz kurz zum Ausblick kommen. Daran hängt viel. Es hängt viel daran, welcher Impfstoff jetzt wie schnell zugelassen wird. Es ist gefährlich, ich will auch keine Werbung machen, aber die pharmazeutischen Hersteller sind hier sowieso schon alle genannt worden. Der vektorbasierte Impfstoff von AstraZeneca, der im Vereinigten Königreich eine Notfallzulassung bekommen hat, ist von den Lager- und Transporteigenschaften ein völlig anderer Impfstoff als die mRNA-Impfstoffe von BioNTech/Pfizer und von Moderna. Wenn dieser Impfstoff noch in diesem Monat zugelassen würde - ich sage das sehr deutlich -, wäre das ein Segen. Es wäre deswegen ein Segen, weil dann auch über das Regelsystem der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte sehr, sehr schnell - im Übrigen auch aufsuchend bei den alten Menschen zu Hause - geimpft werden könnte. Ich nehme einmal an - viele von Ihnen kennen mich seit über 20 Jahren -, dass Sie nicht im Ernst glauben, wenn wir solche Möglichkeiten haben, dass wir die nicht voll ausschöpfen, um so schnell wie möglich gerade die Schwächsten und die, die dem höchsten Infektionsrisiko ausgesetzt sind, mit dem notwendigen Impfstoff zu versorgen.

Wenn Sie es mir nicht glauben, dann sage ich jetzt den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern: Mit Ihrer Unterstützung werden wir dafür sorgen, dass wir gemeinsam genau dieses Ziel erreichen. Dazu braucht es aber - ich sage das auch noch einmal sehr deutlich - schnell zusätzliche Zulassungen. Ich würde an der Stelle nationale Notfallzulassungen als letztes Mittel der Wahl auch nicht komplett aussparen, sondern sie im Zweifel zumindest in Erwägung ziehen, denn es geht in der Tat um nicht mehr oder weniger, als das Leben von Menschen zu retten.

Ich bedanke mich. Es ist ungewöhnlich, dass man in so einer Debatte noch einmal das Wort ergreift. Ich glaube aber, an der Stelle ist die eine oder andere Information auch für die Abgeordneten, die nicht Mitglied im Sozialausschuss sind oder die uns nicht über das ParlaRadio zuhören, einfach wichtig.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

(Minister Dr. Heiner Garg)

- Ja, Herr Stegner, Sie hören bestimmt zu. Das glaube ich sofort. Mir ist noch einmal sehr wichtig, deutlich zu machen: Wir sind in Schleswig-Holstein, was das Anlaufen der Impfungen anbelangt, insgesamt sehr ordentlich gestartet. Es gibt sehr wohl Verbesserungsmöglichkeiten. Diese Verbesserungsmöglichkeiten werden jeden Tag identifiziert. Dort, wo Fehler passieren, werden sie abgestellt, und dort, wo wir gemeinsam das Verfahren optimieren können, sollten wir es auch gemeinsam tun, damit die Menschen in Schleswig-Holstein sicher sein können, dass wir hier alles dafür tun, so schnell wie möglich diese Pandemie zu überwinden. - Ich bedanke mich für das geduldige Zuhören.

(Beifall im ganzen Haus)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle, dass ich nicht so ganz formal wie sonst immer jetzt zur Ausschussüberweisung übergehe - das ist einhellig der Wille des Hauses, soweit sich die Abgeordneten und Fraktionen zu Wort gemeldet und dazu geäußert haben -, sondern noch einmal auch für die Öffentlichkeit sichtbar deutlich mache, weil wir den Antrag der Fraktionen der Jamaika-Koalition sehr spät bekommen haben, dass in beiden Anträgen ungeheuer viele wertvolle Hinweise stecken, die im Sozialausschuss - so habe ich es jetzt verstanden - intensiv beraten werden sollen, um all das, was hier gesagt worden ist, was durch den Herrn Minister noch einmal unterstrichen worden ist, jetzt intensiv schnell zu beraten und dann möglichst zu einer Optimierung zu kommen.

Ich sage das an dieser Stelle - sonst mache ich das natürlich nicht -, um einmal klarzumachen - weil nicht jedem das gleich zugänglich ist -, dass es um zwei sehr komplexe Anträge geht, die beide die Zielsetzung verfolgen, dass das, was uns alle als Abgeordnete und als Parlament erreicht hat, nämlich eine Verwirrung und eine Unzufriedenheit gerade auch der Seniorinnen und Senioren, jetzt intensiv im Sozialausschuss, also im parlamentarisch zuständigen Fachausschuss unter der Expertise des Ministeriums und derjenigen, die draußen vor Ort auch die Arbeit tun, weiter beraten werden und dann zu einem Ergebnis gebracht werden soll.

Wir kommen zur Abstimmung über die Ausschussüberweisung des Antrags, Drucksache 19/2670, sowie des Alternativantrags, Drucksache 19/2675. Wer diese Anträge an den Sozialausschuss überwei-

sen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, dass das einstimmig so beschlossen ist. Gestatten Sie mir diese Bemerkung: Das ist auch ein sehr gutes Zeichen für die Menschen im Lande.

Wir kommen zur Abstimmung zu c), Antrag Drucksache 19/2674. Es geht hier um die Abstimmung in der Sache. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die beiden Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Bericht zur weiteren Gestaltung des Schulbetriebs für das Schuljahr 2020/2021

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 19/2671

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, dass es einstimmig so beschlossen ist.

Ich erteile dann für die Landesregierung der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien, das Wort.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf mich zunächst herzlich dafür bedanken, dass ich heute die Gelegenheit habe, über die Situation an den Schulen in unserem Land und über die Situation unserer Schülerinnen und Schüler und ihrer Eltern zu berichten.

Der Januar - das war heute Morgen auch schon spürbar - ist für heftige Winterstürme bekannt. Wenn ein Schiff in einen solchen Sturm gerät, dann werden alle Kräfte gebraucht, um Kurs zu halten und in einen sicheren Hafen zu kommen. Momentan haben wir es mit einem ganz besonderen Sturm zu tun. Seit bald einem Jahr wütet die Pandemie in unserem Land und in der Welt, und unser aller Gesundheit ist bedroht, eine Bedrohung, die wir so bisher nicht gekannt haben und die uns Woche um Woche vor neue Herausforderungen stellt.

Seit März letzten Jahres müssen wir deshalb auf Sicht navigieren. Mit guten Konzepten, unzähligen Maßnahmen, zusätzlichem Personal und Investitio-

(Ministerin Karin Prien)

nen halten wir die Schäden in Grenzen, die diese Pandemie unserem Bildungssystem zufügt. Ich will das sehr deutlich sagen: Kinder und Jugendliche leiden unter dieser Pandemie ganz besonders. Die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz vom Dienstag sind für Kinder und Jugendliche und ihre Eltern besonders hart und einschneidend. Aber sie sind notwendig. Schule ist ein besonders wertvoller und schützenswerter Ort. Sie ist nicht nur Lernraum und ein Ort der sozialen Begegnung, sondern für viele Kinder und Jugendliche ein Schutzraum. Selbst das beste Lernmanagementsystem und das optimale Videokonferenzsystem können das Erleben gemeinsamen Lernens im Klassenraum nicht ersetzen.

Deshalb war und ist unser Ziel, so viel Präsenzunterricht für so viele Schülerinnen und Schüler wie möglich zu ermöglichen, und zwar so schnell, wie wir es verantworten können. Die Schulschließungen jetzt und die harten Lockdownmaßnahmen dienen genau dazu, nämlich möglichst schnell und dauerhaft unter eine landesweite Inzidenz von 50 auf 100.000 pro sieben Tage zu kommen. Je eher wir dieses Ziel erreichen, desto eher können wir die Schulen wieder für alle Schülerinnen und Schüler sukzessive öffnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Der Präsenzunterricht hat für diese Landesregierung höchste Priorität, sobald er verantwortbar ist.

(Vereinzelter Beifall CDU, Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Oliver Kumbartzky [FDP])

Das ist uns bisher in diesem Schuljahr gut gelungen. Die überwältigende Mehrheit der Schülerinnen und Schüler hatte seit Anfang August ein fast normales Schuljahr im Corona-Regelbetrieb. Das ist ein großer Erfolg. Ich bin dankbar für jeden Tag und jede Woche, die uns das gelungen ist.

Es ist uns auch besser gelungen als den Ländern, die zum Beispiel über ein Ampelsystem verfügen. Ich nenne jetzt einmal Berlin oder Thüringen. Diejenigen, die jetzt ein Ampelsystem fordern, mögen doch bitte die Frage beantworten, was uns das in dieser Situation jetzt nützen würde. - Das würde uns gar nichts nützen.

Unser Corona-Reaktionsplan hingegen hat sich als belastbar und leistungsfähig erwiesen. Schulleitungen und Lehrkräfte haben vor Ort eine großartige Leistung vollbracht. Sie haben Schülerinnen und Schüler mit viel Kreativität und Empathie viel Halt

in diesen schwierigen Zeiten gegeben. Dafür verdienen sie an dieser Stelle unser aller Applaus.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Lassen Sie mich an dieser Stelle ein paar Worte zum Thema Schnelltests für Lehrkräfte sagen. Ich verstehe sehr gut, dass Lehrkräfte trotz aller Hygienekonzepte, trotz Maskenpflicht und den ihnen zur Verfügung gestellten Masken Sorgen und Angst haben. Natürlich schauen wir uns Woche für Woche - auch gemeinsam mit dem Gesundheitsministerium und unseren wissenschaftlichen Beraterinnen und Beratern - an: Was können wir tun, um die Situation der Lehrkräfte weiter zu verbessern?

Ja, es gibt die technische Möglichkeit, Schnelltests durchzuführen, allerdings ohne dass die Tests, und zwar die anlasslosen Tests, flächendeckend sinnvoll wären. Das ist nach wie vor die Einschätzung, die sowohl unsere Experten als auch wir und das Gesundheitsministerium haben. Denn diese Schnelltests kosten in erheblichem Umfang medizinische Reagenzien, sie kosten unglaublich viel medizinisches Personal, das die Tests abnehmen muss. Die brauchen wir im Moment an anderer Stelle.

Im Übrigen haben die Reihentests, die wir durchgeführt haben - wir haben ja eine ganze Menge Schnelltestungen gemacht -, keinen Schritt weitergeführt. Denken Sie an Lübeck. In Lübeck hat man inzwischen sieben oder acht Durchgänge im Rahmen der ELISA-Studie gemacht. Noch im Oktober 2020 waren bei 3.500 Menschen genau zwei Fälle positiv; schauen Sie sich die Situation in Lübeck inzwischen an. Das ist also kein Mittel, das uns in dieser Frage weiterbringen würde.

Seien Sie aber versichert: Wir überprüfen das. Wir überprüfen Woche für Woche, ob das eine Alternative sein könnte, die uns in der Frage von mehr Sicherheit für die Lehrkräfte weiterbringen könnte.

Meine Damen und Herren, ich hatte - wie manch anderer von Ihnen auch - gehofft, das wir gut in das neue Jahr starten, mit einem hoffnungsvollen Anfang. Wir müssen nun feststellen, dass die Zahl der Neuinfektionen - das ist heute Morgen schon ausgeführt worden - und auch die Zahl der Todesfälle zugenommen haben. Die Zahlen, die wir im Augenblick haben, sind nicht belastbar. Auch die Virusmutationen aus dem Vereinigten Königreich und anderen Ländern geben uns Anlass zu großer Sorge. Das heißt, wir müssen auch jetzt auf Sicht navigieren. Leider sind die Sichtverhältnisse schlechter geworden, und es kommen Seegang und heftige Böen

(Ministerin Karin Prien)

dazu. Eine klarere Sicht werden wir erst um das Wochenende 16./17. Januar 2021 haben.

Meine Damen und Herren, eine Wikingerweisheit lautet: Über den Wind können wir nicht bestimmen, aber wir können die Segel setzen. Das tun wir, und zwar im laufenden Dialog, natürlich mit den Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Medizin, aber auch mit den Eltern- und Schülervertretungen, mit den Gewerkschaften und den Verbänden. Ich habe in den letzten Monaten in zahlreichen und regelmäßigen Sitzungen persönlich in Videokonferenzen und Telefonkonferenzen mich immer wieder zu den anstehenden Themen ausgetauscht und immer wieder versucht, alle Perspektiven in dieser schwierigen Frage einzubeziehen.

(Beifall Tobias von der Heide [CDU])

Zuletzt gestern habe ich mit allen gesprochen. Die Staatssekretärin hat in unzähligen Terminen diese Gespräche geführt. Auf Arbeitsebene werden Tag und Nacht die Mails mit den entsprechenden Anregungen und Fragen beantwortet.

Aber es gehört eben auch zu den Paradoxien einer solchen Pandemie: Je stärker der Austausch, je zahlreicher die Sitzungen, umso mehr entsteht das Gefühl, dass es immer noch nicht ausreicht. Woran liegt das? - Das hat mit der Geschwindigkeit der Entwicklungen, mit dem Gefälle der Informationen, mit den unglaublich schnellen Lernkurven, die wir alle durchlaufen, und mit dem wahrgenommenen Druck zu tun. Eine Dilemma-Situation lässt eben Unzufriedenheit zurück. Trotzdem werden wir nicht nachlassen, genau diese Gespräche weiter zu führen.

Meine Damen und Herren, Bund und Länder haben gemeinsam beschlossen, dass die Schulen in Deutschland bis zum Ende des Monats als Orte des gemeinsamen Lernens grundsätzlich geschlossen bleiben. Wir in Schleswig-Holstein halten uns an diese Vereinbarung, und zwar sowohl der Schriftform als auch dem Geiste nach. Diese Entscheidung zeigt, wie ernst die Lage ist. In den Schulen wird es lediglich eine Notbetreuung für Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 1 bis 6 geben. Die Notbetreuung umfasst auch Ganztagsangebote. Wir werden die Gebühren für den Ganzttag an die Eltern für diejenigen Schülerinnen und Schüler zurückerstatten, die nicht in der Notbetreuung sind.

Für die Abschlussjahrgänge werden wir Lern- und Vorbereitungsangebote in Präsenz in den Schulen anbieten. Dabei werden wir allerdings in höchstem Maße auf den Gesundheitsschutz achten. Es wird nur in kleinen Gruppen mit Abstand und natürlich

mit Hygienekonzept, unter anderem mit der Maskenpflicht, gearbeitet. Die Abschlussjahrgänge der berufsbildenden Schulen bekommen bei der Umsetzung der Vorbereitungen auf die Abschlussprüfung die Flexibilität, die sie brauchen, um die zahlreichen Abschlüsse in den unterschiedlichen Schularten und Ausbildungsgängen sicherzustellen. Alle anderen Schülerinnen und Schüler lernen seit heute auf Distanz, ob nun durch digitalen Unterricht in Videochats, über das Lernmanagementsystem oder da, wo es erforderlich ist, auf anderem Weg. Und wir werden das deutlich besser schaffen als im Frühjahr. Dennoch bin ich sicher, dass nicht alle Erwartungen erfüllt werden können.

Dafür haben Land, Bund, Schulträger und auch die Schulen in den vergangenen Monaten hart gearbeitet und viel investiert. Das werden wir auch weiter mit unverändertem Druck machen.

Ich möchte ausdrücklich betonen: Es kann nicht darum gehen, eine Alternative für den normalen Präsenzunterricht zu schaffen, sondern es geht darum, die Schäden für unsere Kinder und Jugendlichen so gering wie möglich zu halten. Lernen auf Distanz ist eben etwas völlig anderes, als die Digitalisierung der Schulen voranzutreiben. Der Digitalpakt, unsere Fortbildungen, unsere Fachanforderungen, all das zielte in den vergangenen Jahren darauf, die Digitalisierung in die Schule zu bringen, nicht darauf, die Schülerinnen und Schüler außerhalb von Schulen digital zu unterrichten.

Um in der maritimen Metapher zu bleiben: Wir sind in unserem Schiff in schwerer See. Wir reparieren, und wir machen es sturmfest, wo wir nur können, aber wir sind nicht auf der Werft, um in Ruhe ein neues Schiff zu konzipieren und zu bauen.

Trotzdem haben sich alle Schulen auf diese Situation mit unserer Unterstützung gut vorbereitet. Die Ankündigung unserer Distanzlern-Übungstage ist bereits zum 26. November 2020 erfolgt - also nicht mal eben erst kurz vorher. Alle Beteiligten, übrigens auch unsere Beteiligten, die für die Technik zuständig sind, hatten genügend Zeit für die Vorbereitung.

Wir werden das Distanzlernen gemeinsam mit dem IQSH und dem IPN evaluieren, und wir werden auf die Einhaltung von Qualitätsstandards achten. Dabei sind regelmäßiger Kontakt und Feedback von entscheidender Bedeutung, damit wir möglichst keine Schülerin und keinen Schüler verlieren.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

(Ministerin Karin Prien)

Deshalb werden wir auch jetzt in dieser schwierigen Lage für die Schülerinnen und Schüler, die es zu Hause schwerer haben, Lernräume in den Schulen zur Verfügung stellen, damit sie dort lernen können, wenn das zu Hause nicht umzusetzen ist.

(Vereinzelter Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Und wie ist nun die Perspektive? - Danach fragen Sie zu Recht. Es ist kaum auszuhalten. Das ist für alle von uns, insbesondere auch für diejenigen, die auch Eltern sind, schwer auszuhalten.

Abhängig vom Infektionsgeschehen und natürlich der Beschlusslage von Bund und Ländern wollen wir spätestens zum 1. Februar 2021 die Schulen wieder schrittweise für den Präsenzunterricht öffnen. Die Priorität liegt dabei bei den Kleinsten in der Grundschule und bei den Abschlussklassen. Dann werden wir mit den Jahrgängen 5, 6 und 7 fortfolgende weitermachen.

Ich hatte vor Weihnachten angekündigt, dass wir den Corona-Reaktionsplan überarbeiten. Vielleicht finden wir da jetzt sogar einen gemeinsamen Zugang, lieber Herr Habersaat. Wir werden zukünftig in den Landkreisen, in denen die Inzidenz über 50 pro 100.000 Einwohner auf sieben Tage steigt, die Schülerinnen und Schüler ab Jahrgangsstufe 7 automatisch in den Wechselunterricht geben. Wir werden dort einen Automatismus einführen, den wir bisher nicht hatten. Wir sind damit übrigens das erste Bundesland, das das so machen wird. Selbstverständlich werden wir auch weiterhin eine inzidenzabhängige Maskenpflicht haben und diese an unseren Schulen umsetzen. Wir haben zudem - ich hoffe, dass das zu mehr Transparenz beitragen wird - ein Dashboard mit einem Gov-Tech-Unternehmen entwickelt, mit dem wir Infektionsfälle, Quarantänefälle, Ausfälle im Präsenzunterricht und noch viele Daten mehr erfassen, sie auswerten und zukünftig auch der Öffentlichkeit auf unserer Homepage zur Verfügung stellen können, damit sich jedes Eltern- und jede Lehrkraft darüber informieren kann, wie es insgesamt in unserem Land aussieht. Ich bin froh, dass wir das in kürzester Zeit entwickelt haben, es seit Anfang Dezember 2020 ausprobieren und jetzt demnächst auch der Öffentlichkeit vorstellen können.

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass das alles nicht einfach ist. Ich habe es eben schon gesagt: Das ist eine Zumutung für uns alle. Trotzdem möchte ich an dieser Stelle allen danken, die daran

mitwirken, dass wir gemeinsam durch diesen Sturm navigieren. Da will ich ausdrücklich nicht nur die Schulleitungen, die Lehrkräfte und alle, die an den Schulen arbeiten, einschließen, sondern natürlich auch die Eltern und ganz ausdrücklich auch die Kinder und Jugendlichen, die das wirklich großartig machen. Ich bin sicher, dass wir es gemeinsam in der Hand haben, möglichst schnell wieder in ruhigeres Fahrwasser zu gelangen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Wir brauchen Klarheit für die Schulen und ein höchstmögliches Maß an Verlässlichkeit. Deshalb haben wir diesen Bericht beantragt, den es andernfalls wohl nicht gegeben hätte. Immerhin hat er ein bisschen mehr Klarheit gebracht, wie sich ja auch auf der gestrigen Pressekonferenz schon andeutete. Vielen Dank, Frau Ministerin.

(Beifall SPD, Dennys Bornhöft [FDP] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Wir wollten etwas hören über die Ergänzung einer konkreten Inzidenzampel zu den von der Ministerin wiederholt vorgetragenen drei Szenarien für den weiteren Schulbetrieb. Unter welchen Bedingungen konkret sollen die Schulen sich auf welches Vorgehen einstellen?

Die Bildungsministerin fordert die Schulen seit Monaten dazu auf, sich auf verschiedene Unterrichtsvarianten vorzubereiten: Präsenzunterricht nach Coronabedingungen, Distanzunterricht oder Mischformen. Völlig unklar war dabei lange für alle Beteiligten, wann denn welche Variante zum Zuge kommt. Schulen, die auf Mischformen umstellten, wurden zurückgepfiffen. Der landesweite Test des Distanzlernens oder genauer der Test, welche Fortschritte seit März 2020 gemacht wurden, läuft heute und morgen. Erste Rückmeldungen, die mich erreichen - allerdings räume ich ein, dass die Opposition zu allererst immer von den negativen Meldungen heimgesucht wird -, ist, dass viele Server die Volllast nicht geschafft haben und viele Klassen geteilt werden mussten, weil Jitsi nicht mit 28 Teilnehmerinnen und Teilnehmern klarkommt. Die Frage an Herrn Schrödter, wenn er denn da wäre, wäre:

(Martin Habersaat)

Was unternehmen Sie, was schreiben Sie aus, um die Serverleistungen zu stabilisieren? - Wir sind gespannt auf das Gesamtergebnis.

Es wurde Zeit, dass die Landesregierung diese Varianten mit einer konkreten Inzidenzampel unterlegt. Das passiert jetzt auch irgendwie. Wir scheinen wieder da zu sein, wo wir vor den Sommerferien waren. Nach dem seinerzeit von der Landesregierung veröffentlichten Corona-Reaktionsplan, Stufe 3, kommt es bei mehr als 50 Infizierten auf 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern im Landkreis beziehungsweise in der kreisfreien Stadt innerhalb von sieben Tagen zum Übergang vom Präsenz- in den Schichtbetrieb. Das ist ja quasi eine Ampel. Daran wurde sich nur im Herbst nicht gehalten,

(Tobias von der Heide [CDU]: Das stimmt nicht!)

als wir diese Werte in den Kreisen das erste Mal erreicht haben. Jetzt soll das also wieder gelten. Wir gehen davon aus, dass das diesmal dann auch tatsächlich passiert.

Wir haben die Landesregierung gefragt, ob sie die Zwischenzeit genutzt hat, um bei den Schulträgern zu erheben, welcher Bedarf denn an CO₂-Messgeräten und Luftfiltern besteht. Die traurige wie kurze Antwort lautete: Nein, das hat die Landesregierung nicht erhoben.

Vielleicht waren die Herbstwerte auch nicht so präsent, wenn man zu sehr auf Herrn Koch gehört hat. Dessen Beiträge zur Coronasituation konzentrierten sich regelmäßig im Wesentlichen auf die Feststellung, die Inzidenzzahlen seien in Schleswig-Holstein geringer als anderswo. Das liege hauptsächlich daran, dass wir in Schleswig-Holstein einfach besser, klüger, vorausschauender und umsichtiger als alle anderen Menschen überall anderswo seien. - Man könnte es auch mit einer Spur mehr Demut versuchen und sagen: Wir haben Glück, dass das Virus vom Süden kam und wir der Echte Norden sind, dass wir von zwei Meeren umgeben sind, dass die Zahl unserer Großstädte ebenso überschaubar ist wie deren Größe.

Da aber die Inzidenzzahlen nun einmal sind, wie sie sind, muss klar sein, welche Konsequenzen diese für unsere Schulen haben. Es muss auch klar sein, dass die Regierung sich dieses Mal an die selbst verordneten Regeln hält. Die GEW mahnt das schon lange an. Wir werden sehen.

Wenn übrigens in Bad Oldesloe die Inzidenz steigt, hätten Sie meinen Segen, wenn das für den Schulbetrieb in Reinbek noch keine unmittelbaren Kon-

sequenzen hätte. Ich weiß nicht, ob man da Schulschließungen in irgendeiner Form berücksichtigen kann oder ob quasi der Kreis die kleinstmögliche Einheit ist, in der man das betrachten kann.

Wenn die Schulen in Schleswig-Holstein künftig wissen, ab welchem Wert welche Maßnahme ergriffen werden sollen, wird die Vorbereitung auf diese Maßnahmen massiv erleichtert. Es entfällt vielleicht auch für Schulleitungen der bange Blick ins „Schleswig-Holstein Magazin“, das sich in den vergangenen Wochen oft als schnellste Quelle für Maßnahmen der Landesregierung erwiesen hat. Bislang haben Interviews der Ministerin allerdings keinen Erlasscharakter, und die Schulleitungen mussten nach der Sendung um 20 Uhr, wenn die ersten Eltern nachfragten, trotzdem erst noch auf den passenden Erlass warten.

Zwei Peinlichkeiten sollten künftig vermieden werden: dass wie vor den Sommerferien vom Ministerium Pläne an die Schulen verschickt werden, die später nicht eingehalten werden, und dass - wie im Herbst 2020 - Schulen auf Wechselunterricht umstellen und dann vom Ministerium zurückgepfiffen werden.

Wir wollten etwas über Maßnahmen zur verbesserten Kommunikation mit allen an Schule Beteiligten hören. Wie können Eltern, Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler verlässlich in Entscheidungswege und Informationsflüsse einbezogen werden? - Über Schulleitungen und das „Schleswig-Holstein Magazin“ habe ich schon gesprochen. Die Pressemitteilungen, die die Stimmungslage bei Gewerkschaften und Lehrerverbänden beschreiben, sind bekannt. Es ist doch klar, dass zum Beispiel der Landeselternbeirat der Gymnasien aus allen Wolken fällt, wenn die Bildungsministerin sich stetig für digitale Fortschritte lobt, den Schulen für die Distanzlerntage vor Weihnachten dann aber doch lieber Bastelarbeiten empfiehlt.

Der Landeselternbeirat der Grundschulen hat sich bitter darüber beklagt, bei der Gründung des Landesförderzentrums Autismus nicht einbezogen worden zu sein. Das hat zwar nichts mit Corona zu tun, geht aber kommunikativ trotzdem nicht.

(Zuruf Tim Brockmann [CDU])

- Schön, dass Sie doch zuhören, Herr Brockmann. - Die Landesschülervertretung der Gymnasien und Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein mahnt zu Recht an, dass sie beteiligt werden wollen. Jetzt ist hohe Regierungskunst gefragt: mit verlässlichen Ansagen für Ruhe sorgen und im Dialog alle mitnehmen, dabei die nächsten Schritte möglichst ge-

(Martin Habersaat)

meinsam entwickeln. - Das ist übrigens das, was viele Lehrkräfte jeden Tag mit Bravour hinbekommen.

(Beifall SPD)

Zu einer gelungenen Kommunikation gehört auch, Nebenwirkungen zu vermeiden.

Erstes Negativbeispiel: Wir wollen Schulen und Kindertagesstätten so lange offenhalten, wie wir es für verantwortbar halten. Da sind Regierung und Opposition, zumindest was uns betrifft, auf einer Linie. Das hat aus unserer Sicht aber nichts mit dem Freizeitverhalten von Schülerinnen und Schülern zu tun. Die Hinweise von Frau Prien, dass es ein Recht auf Bildung, aber kein Recht auf Glühwein gebe, haben in diesen Abwägungen nichts zu suchen und haben auch nichts mit einem wertschätzenden Umgang mit Schülerinnen und Schülern zu tun.

(Beifall SPD)

Zweites Negativbeispiel: Wenn die Bildungsministerin mitteilt, der Präsenzunterricht starte für „alle Schülerinnen und Schüler“, dann müssen auch alle Schülerinnen und Schüler gemeint sein. Es geht im Jahr 2020 und auch jetzt im Jahr 2021 nicht mehr, dass dann im Kleingedruckten zu lesen ist, dass Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf natürlich nicht gemeint sind, wenn „alle Schülerinnen und Schüler“ genannt werden. Die Kunst der Inklusion ist es ja gerade, Regeln so zu formulieren und Möglichkeiten zu schaffen, die für alle gelten können. An Grundschulen wurde eine Betreuung sichergestellt. Die hätte es natürlich auch für Förderzentren geben können.

(Ministerin Karin Prien: Gibt es doch auch!)

Wir wollten etwas hören über Umsetzungsvorschläge für Schulen und Lehrkräfte, die zeitgleich Notbetreuung und Distanzunterricht sicherstellen sollen. Die Schulen brauchen Hilfestellungen bei der Frage, wie sie zeitgleich eine Notbetreuung vor Ort sicherstellen und Distanzunterricht anbieten sollen. Es darf nicht bei den Lehrkräften hängen bleiben, einen Weg zu finden, an zwei Orten gleichzeitig zu sein.

Der Philologenverband hat gestern ähnliche Betrachtungen über den Wechselunterricht angestellt. Er bedeute für die Kolleginnen und Kollegen Präsenzunterricht bis in den frühen Nachmittag und danach noch einmal mehrere Stunden Distanzunterricht mit der zweiten Hälfte der Klasse inklusive individueller Lehrer-Schüler-Kommunikation über Digitalgeräte.

Wo sind denn nun aber die Umsetzungsvorschläge der obersten Dienstherrin? Wir warten auf die nächsten Wochen.

Wir wollten etwas hören über Erfahrungen mit freiwilligen Schnelltests für Lehrkräfte in Schleswig-Holstein. Es war schließlich kein geringerer als Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, der am 3. Dezember 2020 ankündigte, solche Tests seien für Erzieher und Lehrkräfte nun möglich. Wir gehen ja nicht so weit wie etwa die CDU Hamburg, die fordert, alle Schülerinnen und Schüler in Hamburg zu testen, obwohl ich einräumen muss: Es ist ziemlich leicht, in der Wildheit der Forderungen hinter denen der CDU Hamburg zurückzubleiben, was die aktuelle Bildungspolitik angeht.

(Beifall und Heiterkeit SPD)

Trotzdem darf die Frage erlaubt sein, wie viel Substanz die Ansage des Bundesgesundheitsministers hatte. Wenn ich Frau Prien richtig verstanden habe, lautet die Antwort aus Schleswig-Holstein: Gibt es hier nicht, sind nicht sinnvoll und viel zu teuer, Grüße an Jens Spahn.

(Christopher Vogt [FDP]: Aber das heißt, du machst auch wilde Vorschläge?)

Zum Schluss noch eine Anmerkung zu einem Thema, zu dem wir heute keinen Bericht gefordert haben, das hier aber auch angesprochen werden sollte. Ich freue mich, dass beide für Bildung zuständige Minister auch dabei sind.

Gestern haben wir erstmals vorgeführt bekommen, wie es nun ist, wo wir in unserem Bundesland einer späten Laune der Koalitionsverhandlungen folgend Bildungsministeriumsschulen und Wirtschaftsministeriumsschulen haben. Die Wege der Schulen führen nun auseinander. Für die beruflichen Schulen verlautebarte vom Wirtschaftsminister, dass ab dem 1. Februar 2021 wieder Präsenzunterricht vorgesehen sei, wenn das Infektionsgeschehen dies ermögliche, in Kreisen mit einem Inzidenzwert von über 50 allerdings mit maximal 50 % der Schülerinnen und Schüler in Präsenzform und mit der strikten Regel bei Klassengrößen über 15, durch Teilung der Gruppe zu ermöglichen, dass mindestens 1,5 m zwischen allen Beteiligten eingehalten werden. Das ist an sich nicht schlecht, aber ein Zeichen dafür, dass sich die Wege trennen. Ich glaube nach wie vor, dass es keine gute Idee ist, Schulen unterschiedlich zu behandeln.

(Beifall SPD und SSW)

In das Loch zwischen den zwei beteiligten Ministerien scheint zwischenzeitlich auch die überbetriebli-

(Martin Habersaat)

che Lehrlingsunterweisung geraten zu sein. Sie werden auch Post in Sachen überbetriebliche Ausbildungszentren bekommen haben. Die Innung des Baugewerbes Neumünster sorgt sich um die Vorbereitung auf die Prüfungen und um den kommenden Jahrgang: Wenn wegen nicht oder nicht erfolgreich abgelegter Prüfungen nicht genügend Plätze frei werden, fehlt es letztlich an mehr Fachkräften als ohnehin schon. Viel schlimmer: Junge Menschen, die sich seit drei oder dreieinhalb Jahren auf ihre Prüfungen vorbereitet haben, die vielleicht schon den zweiten Anlauf unternehmen, machen sich Sorge, dass sie mit ihrer Zukunft und ihrer Prüfung alleingelassen werden. Ähnliches äußerte die Kreishandwerkerschaft Schleswig.

Waren im Frühjahr 2020 die Vorbereitungen auf Kammerprüfungen noch erlaubt, waren sie es in der Coronaverordnung vom 14. Dezember 2020 nicht mehr. Es ist wichtig, ab sofort wieder auf diesen Punkt zu achten. Herr Berufsbildungsminister, wenn es zu diesen Fragen eine Lösung gibt, würde ich mich freuen, wenn Sie die hier gleich vortragen könnten. Wenn nicht, würde ich mich freuen, wenn Sie diese zügig finden könnten.

Weil Frau Prien so schön über Seefahrt und Maritimes gesprochen hat, kann ich es mir nicht verkneifen, nicht einen alten Wikinger, aber einen alten SPD-Landesvorsitzenden zu zitieren: Wenn Sie auf See unterwegs sind, müssen Sie sich für den sicheren Weg immer zwischen den roten und den grünen Tonnen aufhalten, meine Damen und Herren; die schwarzen und die gelben stehen für Wracks und Untiefen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Tobias von der Heide das Wort.

Tobias von der Heide [CDU]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe es mit der Bildungsministerin vorhin am Rande besprochen: Den Humor sollten wir uns im Jahr 2021 auf jeden Fall erhalten. - An dieser Stelle Dank für Ihren Beitrag, Herr Habersaat.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben es in der Regierungserklärung und in dem Bericht der Ministerin gehört: Die Lage bleibt ernst. Der Lockdown hat noch nicht das gewünsch-

te Ergebnis erreichen können. Wir hatten uns sehr gewünscht, dass wir über die Weihnachtstage die Infektionszahlen signifikant senken können mit dem Ziel, gerade Schulen öffnen zu können, denn unser Grundsatz bleibt: Wenn das Infektionsgeschehen es zulässt, dann wollen wir so viel Präsenzunterricht, wie verantwortbar ist, möglich machen. Wir wissen, dass offene Schulen einen Beitrag zur Chancengerechtigkeit in unserer Gesellschaft leisten. Die Ministerin hat es auch gesagt. Wir wissen, dass Schule ein sozialer Raum ist, dass Schule ein Lernraum ist, dass Schule auch ein Schutzraum ist. Das soll unser gemeinsames Ziel bleiben.

Ich gucke jeden Tag - wie hier wahrscheinlich die meisten - auf schleswig-holstein.de nach den aktuellen Entwicklungen der Meldezahlen. Man hofft eigentlich immer, dass es keinen roten Berg gibt. Aber genau das ist in den letzten zwei Tagen anders gewesen. Nach den aktuellen Zahlen haben wir aktuell 542 Neuinfektionen. Die Siebentageinzidenz liegt bei fast 80. Das ist ganz weit weg von der 50er-Inzidenz, die wir vor Weihnachten einmal als Ziel ausgegeben haben. Wir erreichen unsere Ziele mit den Maßnahmen bis jetzt nicht, auch wenn wir in Schleswig-Holstein - das kann man schon betonen - besser sind als in anderen Bundesländern. Die Zahlen reichen aber am Ende nicht aus, damit wir die Schulen wieder öffnen können.

Was mich, was uns besonders besorgt, sind die Virusmutationen aus Großbritannien und aus Südafrika. Wir wissen, dass ähnliche Mutationen auch schon in Dänemark nachgewiesen worden sind. Wie sich dadurch das Virus verändert, wissen wir mit Bestimmtheit nicht. Wir wissen aber, dass das Virus dadurch ansteckender wird. Wir haben bestimmte Fragen: Verändern sich dadurch Krankheitsverläufe? Welche Auswirkungen hat das auf Kinder und Jugendliche? Wir müssen - das ist wichtig - immer wieder neu lernen, mit diesem Virus umzugehen und unsere Maßnahmen anzupassen.

Ich will ein bisschen dem widersprechen, was Herr Stegner und Herr Habersaat gesagt haben: Eine Pandemie hat eben keinen linearen Ablauf. Das haben wir uns auch vom Kollegen Dolgner hier mehrfach erklären lassen. Ich will den Kollegen von der SPD deutlich sagen: Sie können Masterpläne, Inzidenzampeln und Stufenvorgehen fordern. Wir machen das teilweise auch. Aber zu glauben, dass solche klaren Versprechen an die Bevölkerung am Ende konsequent eingehalten werden können, würde heißen, dass wir heute schon sagen können, wie sich die Lage bis Ostern oder bis zu den Sommerfe-

(Tobias von der Heide)

rien verändert und welche Maßnahmen Gültigkeit haben. Das ist ein Irrglaube und in einem dynamischen Pandemiegeschehen nicht möglich. Gerade das Thema Virusmutation zeigt uns in diesen Tagen ganz deutlich, dass sich Variablen schlagartig so verändern können, dass Maßnahmen vollkommen neu gedacht werden müssen. In einer Pandemie leben heißt am Ende, so bitter es ist, in der Lage leben.

Genau deshalb ist unser Vorgehen für die Schulen genau richtig. Das Bildungsministerium - die Ministerin hat es dargestellt - prüft permanent das aktuelle Infektionsgeschehen, stimmt sich mit Experten ab, prüft permanent die neuen Erkenntnisse zum Virus und entscheidet dann über konkrete Maßnahmen. So ist das bei der Einführung des Kohortenprinzips gewesen. So ist das bei der Einführung der Maskenpflicht gewesen. Ich will hier explizit festhalten, dass es gerade Schleswig-Holstein und unsere Bildungsministerin Karin Prien gewesen ist, die viele unangenehme und umstrittene Maßnahmen hier zuerst ergriffen hat, frühzeitig zum Schutz der Lehrkräfte und der Schülerinnen und Schüler, als andere Bundesländer noch nicht darüber nachgedacht haben. Wir haben uns nicht auf unseren niedrigen Inzidenzwerten ausgeruht. Das gehört, glaube ich, sehr deutlich in diese Debatte.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

So machen wir es jetzt auch - besonnen und entschlossen. Wir wollen die Schulen bis Ende Januar geschlossen halten, weil das Infektionsgeschehen nichts anderes zulässt. Die Ministerin hat gesagt, am 16. Januar 2021 wollen wir das überprüfen. Im Grundsatz wollen wir ab dem 1. Februar 2021 Schulen wieder öffnen, und das abhängig vom lokalen Infektionsgeschehen in einem Stufenmodell.

Dort, wo es eine Inzidenz über 50 gibt, wollen wir ab Klasse 7 Wechselunterricht einführen - übrigens genauso, wie die GEW das gefordert hat. Ich habe gestern genau gelesen. Es ist bemerkenswert, dass die GEW eine CDU-Bildungsministerin für das, was sie tut, lobt. Das hat es, glaube ich, nicht so oft gegeben.

(Martin Habersaat [SPD]: Und die Maßnahmen kritisieren die Philologen!)

- So ist es nicht. Man lernt ja immer neu dazu. Herr Habersaat, Sie müssen anerkennen, dass das etwas ist, was nicht alltäglich ist.

Wichtig finde ich - die Ministerin hat es gesagt -, dass wir uns explizit um die Abschlussjahrgänge

kümmern. Das ist übrigens ein Thema, das die Schülervertretungen aufgerufen haben. Sie haben gesagt: Ja, wir verstehen schon, dass Schulen geschlossen werden müssen, aber wir müssen uns um diejenigen kümmern, die dieses Jahr einen Abschluss machen. - Genau das ist passiert. Wir schaffen für alle, die in Abschlussjahrgängen sind, Präsenzangebote, so wie Schülervertretungen sich das gewünscht haben.

Das sind zwei Beispiele, mit denen ich Ihnen sagen will: Es ist eine Mär von Ihnen, dass das Ministerium nicht im Dialog mit Lehrern, Eltern und Schülern steht. Ganz im Gegenteil: Diese Maßnahmen zeigen sehr deutlich, dass man ernst nimmt, was gesagt wird, und am Ende zu einer Umsetzung kommt.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann habe ich vernommen, dass Sie, Herr Habersaat, viele Verbesserungsvorschläge haben. Das haben wir gerade gehört. Sie wünschen sich insbesondere klare Vorgaben, wann welche Unterrichtsvariante vielleicht mithilfe einer sogenannten Inzidenzampel greifen soll. Da stellt sich natürlich die Frage: Wie wäre es denn, wenn Sie hier in diesem Land Verantwortung tragen würden? Was würden Sie machen? Das Schöne ist ja, Herr Habersaat

(Martin Habersaat [SPD] begibt sich zum Mikrofon)

- Sie wollen jetzt hoffentlich nicht gehen -, dass Britta Ernst, die auch in Schleswig-Holstein Bildungsministerin war, jetzt in Brandenburg Verantwortung trägt. - Aber ich bin gespannt, was für eine Frage Sie haben, Herr Habersaat.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Martin Habersaat?

Martin Habersaat [SPD]: Er guckt zustimmend. - Frau Präsidentin, darf ich losfragen?

Tobias von der Heide [CDU]:

Ich bin schon so erwartungsvoll.

- Ich wollte auch, ehrlich gesagt, nur etwas anmerken. - Herr Kollege von der Heide, zwischen der Vorlage unseres Antrags und unserem Austausch jetzt liegt die Wiedereinführung des Stufenplans durch die Landesregierung oder zumindest die Ansage, bei einer

(Tobias von der Heide)

Inzidenz von 50 Schulen auf Wechselunterricht umzustellen. Das war vor den Sommerferien einmal im Plan enthalten, wurde dann aber nicht umgesetzt. Ich habe es so verstanden, als solle das künftig umgesetzt werden. Wenn das so wäre, hätten Sie, zumindest was mich angeht, die Forderung nach einer Inzidenzampel, auf die sich alle einstellen können, erfüllt. Dann wüssten Schulen: 50, aha, Wechselunterricht. Dann fehlt bestenfalls noch ein Wert 200: Distanzunterricht oder so etwas in der Art. Dann wären wir, was die Ampel angeht, schon auf einer Seite.

- Um auf Ihre Frage, Bemerkung, wie auch immer, zu antworten: Das ist erst einmal richtig. Es freut mich sehr, dass Sie sagen: Ja, das ist der richtige Weg. Die Ministerin hat es gesagt: Der Reaktionsplan wird weiterentwickelt und fortgeschrieben.

Ich will einmal die Gelegenheit wahrnehmen, ein Missverständnis aufzuräumen. Das haben Sie in Ihrer Rede vorhin auch schon einmal gesagt. Es war in dem Reaktionsplan nie so, dass man ab einer Inzidenz von 50 gesagt hat, diese oder jene Maßnahmen würden greifen, sondern es war so, dass ab 50, vielleicht auch ab 100 oder 200 bestimmte Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Es war in Schleswig-Holstein auch lange Zeit nicht notwendig, eine Konkretisierung vorzunehmen, weil wir die entsprechenden Inzidenzzahlen nicht hatten. Zum anderen haben uns Experten auch keine Hinweise gegeben, wie man dort arbeitet. Das ist jetzt anders geworden. Das wird entsprechend nachgeholt. Ich freue mich sehr, dass das bei Ihnen auf positive Resonanz trifft.

(Zurufe SPD)

- Ja, ich will den Gedanken allerdings ein bisschen verkürzen. Ich möchte trotzdem noch einmal Bezug auf Britta Ernst in Brandenburg nehmen. Die Kritik haben Sie ja trotzdem in einer Zeit angebracht, als ich genau gucken konnte, was Britta Ernst dort in Brandenburg an Vorgaben und an Unterrichtsformen machen wollte. Am Ende war es so, dass das Bildungsministerium in dieser neuen Lage im Grundsatz gesagt hat: Für Brandenburg ist die Rückkehr zum Präsenzunterricht an das Infektionsgeschehen gekoppelt und nicht über Wochen vorhersehbar. Deshalb können Maßnahmen nicht zeitlich definiert werden, sodass das, was Sie gefordert haben, in Brandenburg auch nicht erfolgen kann.

Herr Habersaat, hier muss ich Ihnen recht geben. Es gab einmal einen Stufenplan der Bildungsministerin aus Brandenburg, der wurde gleich wieder einkas-

siert. Allerdings griff der erst ab einer Inzidenz von 200, bei der man am Ende sagen muss: Das ist für Schleswig-Holstein eigentlich überhaupt nicht relevant.

(Serpil Midyatli [SPD]: Also meine Jungs wollen wissen, was wir hier machen!)

- Frau Midyatli, Sie müssen sich gefallen lassen - -

(Weitere Zurufe Serpil Midyatli [SPD])

- Ich sage gleich noch einen abschließenden Satz dazu. Aber ich muss schon sagen, dass es am Ende so ist, dass der gezielte Masterplan, der dort getroffen wurde, das Konkrete, was Sie hier einfordern, auch nichts gebracht hat. So ist das, und ich finde, wir machen das hier in Schleswig-Holstein viel besser. Das haben wir hier eben in der Perspektive gehört.

Ich will aber noch eines sagen, Frau Midyatli, damit Sie mich nicht falsch verstehen. Ich kritisiere überhaupt nicht, was Britta Ernst in Brandenburg macht, sondern für mich ist wichtig, dass ich Ihnen aufzeige, dass es dann, wenn man Verantwortung trägt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD insgesamt, viel schwieriger ist, eine einfache Forderung, die Sie hier in den Raum stellen, so einfach umzusetzen. Deshalb ist das, was Sie hier zum Teil vortragen, gerade Sie, Frau Midyatli - -

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- Ja, ich erinnere mich noch genau, welche Angriffe Sie gegen unsere Bildungsministerin gefahren haben. Ob das immer Sachpolitik war?

(Zurufe SPD)

Ich fordere Sie auf: Suchen Sie nicht das Haar in der Suppe, sondern unterstützen Sie bei schwierigen Entscheidungen unsere Landesregierung in dieser herausfordernden Situation!

(Zurufe SPD)

Um eines deutlich zu sagen: Natürlich passieren auch einmal Fehler. Ich habe es vorhin schon angedeutet. Die Pandemie ist eine vollkommen neue Situation, mit der wir keine Erfahrung haben. Natürlich kann in einer Pandemie nicht jeder Unterricht optimal sein. Distanzunterricht und Wechselmodelle können und sollen einen klassischen Präsenzunterricht nicht ersetzen, sondern sie sind ein Ersatzunterricht in schwierigen Zeiten, damit überhaupt Unterricht stattfindet. Ich glaube, es ist wichtig zu sagen: Wir können nicht das erreichen, was wir normalerweise im Präsenzunterricht erreichen.

(Tobias von der Heide)

Selbstverständlich ist unsere digitale Infrastruktur nicht darauf ausgelegt, dauerhaft Unterricht im Homeschoolingformat zu machen. Martin Habersaat hat dazu auch etwas gesagt. Der Digitalpakt des Bundes wollte nie Kinderzimmer auf die digitale Bildung vorbereiten, sondern die digitale Bildung in unsere Schulen und insbesondere die Klassenzimmer bringen und nach vorn bringen. Und deshalb möchte ich Sie um Nachsicht bitten.

Ich bin mir sehr sicher, dass wir in den kommenden Tagen diverse Beiträge der Selbstdemoskopie und anekdotische Evidenzen zum Zustand der digitalen Bildung in unseren Schulen erhalten werden. Ich freue mich schon auf das Sammelsurium und auf das, was uns am Ende an Erfahrungen begegnet.

In Einzelfällen wird Kritik berechtigt sein. Aber die Wahrheit ist auch, und den Gedanken finde ich sehr wichtig: Wir sind in den vergangenen Monaten bei der Digitalisierung in unseren Schulen so weit gekommen, wie wir es uns am Anfang des letzten Jahres niemals haben träumen lassen. In Monaten haben wir die Entwicklung von Jahren gemacht, und das ist etwas, das bleiben wird. Die Pandemie ist ein riesiger Digitalisierungsschub für die Bildung. Das ist vielleicht nicht im Kleinen, aber im Gesamtbild eine gute Entwicklung, die wir nicht zerreden sollten. Allein das Thema Lernmanagement und das, was in dem Bereich passiert ist, zeigt, welche großen Schritte wir in die richtige Richtung machen.

Zum Schluss sage ich auch persönlich danke an das Bildungsministerium, an die Schulaufsicht, an die Schulträger, aber gerade auch an die Schulleitungen, die Lehrkräfte, die Eltern, die Schülerinnen und Schüler. Ich finde, sie leisten in diesen Tagen in diesem System Großes. Das verdient unsere Anerkennung, unsere Unterstützung und unseren Dank. Es bleibt nicht einfach, mit dieser Situation umzugehen. - Danke, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Ines Strehlau das Wort.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schulen sind systemrelevant. Das ist durch die Schulschließungen im Frühjahr vergangenen Jahres besonders deutlich geworden. Deshalb sind sie bis kurz vor Weihnachten offengeblieben, und deshalb sollen sie, genau wie die Kitas, so schnell wie mög-

lich wieder öffnen. Das ist und bleibt unser aller Ziel. Kinder brauchen offene Schulen, damit die Bildungsgerechtigkeit nicht leidet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Aber: Schulen sind keine Inseln. Schulen sind Teil der Gesellschaft und damit Teil des Infektionsgeschehens um sie herum. Wenn die Infektionszahlen insgesamt steigen, steigen auch die Fälle an den Schulen. Wir haben es im November und vor allem im Dezember 2020 gesehen. Die Krankenstände an einzelnen Schulen waren sehr hoch. Das ist ein Gradmesser für die Belastungssituation an den Schulen.

Deshalb war es verantwortungsvoll, in der Woche vor Weihnachten in den Distanzunterricht zu gehen, und es ist richtig, dass wir uns an die gemeinsam mit den anderen Bundesländern vereinbarte Regelung halten, den Präsenzunterricht an den Schulen voraussichtlich bis Ende Januar 2021 auszusetzen. Das ist erforderlich, weil wir die Inzidenzwerte senken müssen, damit die Fälle wieder nachverfolgt werden können und damit die Intensivstationen ausreichend Kapazitäten haben.

Außerdem ist noch nicht klar, wie sich die Mutation des Coronavirus auswirkt. Sind Mutationen schon bei uns verbreitet? Ist die Ansteckungsgefahr größer? Infizieren sich auch mehr Kinder? - Vorsicht ist also geboten.

Die Reaktionen auf die Weiterführung des Distanzunterrichts sind unterschiedlich: Die GEW begrüßt dieses Mal im Prinzip den Plan der Ministerin, möchte allerdings, dass die Grundschulen zunächst im Wechselunterricht beginnen. Die Schüler- und Schülerinnenvertretungen sind im Grunde auch einverstanden. Sie fordern allerdings beim Distanzunterricht zukünftig mehr Rückmeldungen von den Lehrkräften und feste Vorgaben, um den Tag zu strukturieren. Der Philologenverband kritisiert den geplanten Wechselunterricht, weil er für die Lehrkräfte zu arbeitsintensiv sei, und will ab sofort Präsenzunterricht in den Kreisen mit einer Inzidenz von unter 50. Die beruflichen Schulen wollen mehr Flexibilität beim Präsenzunterricht, um weniger Schülerinnen und Schüler zeitgleich in der Schule zu haben. Einige Eltern sind mit Homeoffice und der Kinderbetreuung überlastet. Andere Eltern sind froh, dass ihre Kinder aus Infektionsschutzgründen zu Hause bleiben können. Der Kinderschutzbund sieht die Gefahr einer wachsenden sozialen Ungleichheit und mahnt, das Kindeswohl im Blick zu

(Ines Strehlau)

behalten. - Das ist eine bunte Gemengelage, und alle haben gute Argumente für ihre Perspektive.

Unsere Aufgabe als Politik ist es, alle Argumente gut gegeneinander abzuwägen, dann eine Entscheidung zu treffen und Härten abzufedern. Genau das haben die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten und die Kanzlerin mit Unterstützung durch die Wissenschaft gemacht. Wir in Schleswig-Holstein setzen diese Entscheidung verantwortungsvoll um.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Ja, es ist eine enorme Herausforderung für Eltern, die Kinder zu Hause zu betreuen und beim Lernen zu unterstützen, wenn eigentlich das eigene Arbeiten im Homeoffice ansteht. Aus diesem Grund ist es eine gute Entscheidung des Bundes - auf Initiative Schleswig-Holsteins hin -, die Zahl der Kinderkrankentage auch für 2021 zu verdoppeln. Als weitere Unterstützung bieten wir in Schleswig-Holstein Alleinerziehenden die Möglichkeit, dass ihre Kinder in die Notbetreuung gehen können.

Ja, es ist eine enorme Herausforderung für Kinder und Jugendliche, die zu Hause keine guten Lernbedingungen mit eigenem Zimmer, guter Internetverbindung und eigenem Laptop haben. Darum werden wir es ermöglichen, dass diese Kinder entweder in die Notbetreuung gehen oder in Lernräumen in den Schulen arbeiten können.

Ja, es ist eine enorme Herausforderung für Schülerinnen und Schüler, zu Hause in der Distanz zu lernen. Gemeinsam mit dem Bund haben wir den Schulträgern deshalb Mittel zur Verfügung gestellt, damit möglichst viele Tablets und Laptops für die Schülerinnen und Schüler angeschafft werden können.

Gut, dass das Land viel Geld und Personal in den Ausbau der Glasfaseranschlüsse und in ein Lernmanagementsystem inklusive Fortbildungen gesteckt hat. Wichtig ist aber auch, dass es einen regelmäßigen Austausch zwischen Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften gibt. Zu den bearbeiteten Aufgaben muss es ein Feedback durch die Lehrkräfte geben, und das Distanzlernen muss insgesamt evaluiert werden.

Es läuft nicht alles rund, das haben wir heute schon gehört. Auch ich habe dazu E-Mails bekommen. Ein Vater schreibt, dass seine Tochter heute Morgen eine E-Mail mit Aufgaben in zwei Fächern für drei Tage bekommen habe. Das war's. - Das ist natürlich noch nicht ausreichend. Außerdem wird die Didaktik des digitalen Lernens - man sieht es daran -

längst noch nicht überall optimal umgesetzt. Wir brauchen auch mehr Serverkapazitäten.

Aber: Wir haben trotzdem einen riesigen Schritt gemacht, wir haben seit März 2020 ganz viel geleistet, und wir werden jetzt auch aus dieser Phase weitere Schlüsse ziehen.

Und ja, es ist eine enorme Herausforderung für die Lehrkräfte, Distanzunterricht, Notbetreuung und später vielleicht Wechselunterricht mit allem, was sonst noch zu Schule gehört, unter einen Hut zu bringen. Viele Lehrkräfte und auch Schulleitungen arbeiten seit Langem über das normale Pensum hinaus, weil sie die Schülerinnen und Schüler so gut wie möglich unterstützen wollen. Dafür noch einmal ein großes Dankeschön an alle Lehrkräfte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU, SPD, FDP)

Wir haben bereits Mittel für zusätzliches Personal zur Unterstützung der Lehrkräfte zur Verfügung gestellt, und wir wollen mit dem kommenden Haushalt weitere Mittel bereitstellen, um die Lehrkräfte zu entlasten und um die Digitalisierung an Schulen voranzubringen. Es wird aber deutlich, dass die Schulen noch mehr Entlastung brauchen. Da müssen wir mit dem Haushalt noch einmal nachsteuern.

Runterfahren geht einfacher, als geordnet wieder hochzufahren. Das hat uns das letzte Frühjahr gezeigt. Aber wir haben auch einiges gelernt: Abschlussklassen konnten früh wieder in die Schule, um sich auf ihre Abschlüsse vorzubereiten. Das sollen sie auch jetzt können. Das ist eine gute Entscheidung, um die Prüfungen gut bestehen zu können. Wir müssen dabei dieses Mal auch die Förder-schülerinnen und -schüler im Blick behalten, die sich genauso auf ihren Abschluss vorbereiten wollen. Sie müssen auch in die Schule gehen dürfen, und das werden sie auch.

Das weitere Hochfahren wird gestaffelt nach Alter und Inzidenzzahlen passieren, so wie es auch die SPD fordert. Die Kultusministerkonferenz hat vor einigen Tagen einen groben Stufenplan beschlossen, den auch wir unterstützen.

Stufe 1 - bei noch relativ hohen Infektionszahlen: Präsenzunterricht für die Jahrgänge eins bis sechs, alle anderen Jahrgänge bleiben im Distanzunterricht. Stufe 2 - bei etwas geringeren Infektionszahlen: ergänzend Hybrid- oder Wechselunterricht in halben Klassen ab Jahrgang sieben und an den beruflichen Schulen. Stufe 3 - Präsenzunterricht für alle.

(Ines Strehlau)

Immerhin, auf die Stufen konnte sich die KMK einigen. Aber in der Frage, ab welchen Infektionszahlen welche Stufe in Kraft tritt, waren die Länderinteressen wohl leider nicht unter einen Hut zu bringen. Wir hätten uns gewünscht, dass die Länder sich auf eine konkrete Zahl oder auf konkrete Zahlen geeinigt hätten. Das wäre wichtig für die Akzeptanz der Maßnahmen.

Aber in Schleswig-Holstein, bei uns ist klar, dass Stufe 2, also Unterricht mit halben Klassen, in Zukunft ab einer Sieben-Tage-Inzidenz von 50 Fällen pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner im Kreis oder in der kreisfreien Stadt gilt. Das ist die Klarheit, die sich viele schon im vergangenen Jahr gewünscht haben. Jetzt kommt sie, und das finden wir Grüne richtig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Soweit ich es verstanden habe, gelten an den beruflichen Schulen die gleichen Maßstäbe. Herr Buchholz hat gesagt, ab Anfang Februar 2021 fangen wir mit Wechselunterricht in halben Klassen bei einer Inzidenz von über 50 an. Nichts anderes läuft an den allgemeinbildenden Schulen.

Es ist auch konsequent, dass die Stufe dann planmäßig für zwei Wochen bleibt, damit zum Beispiel bei wochenweisem Wechselunterricht beide Klassengruppen sowohl Distanz- als auch Präsenzunterricht hatten.

Wo noch nachgearbeitet werden muss, ist die Schwelle für Stufe eins, für den Distanzunterricht. Hier muss es eine Konkretisierung und eine genauso klare Linie geben. Es ist sicher sinnvoll, dies mit Expertinnen und Experten und dem Gesundheitsministerium zu besprechen. Der Coronareaktionsplan muss deshalb in der Hinsicht weiterentwickelt werden.

Bei den weiteren Fragen zur Ausgestaltung des zweiten Schulhalbjahres wird sich die Bildungsministerin sicher genau wie wir als Fraktion weiterhin mit Eltern, Schülerinnen- und Schülervertretungen und Lehrkräften austauschen.

Ein weiterer Punkt, der noch nicht für alle zufriedenstellend gelöst ist, ist das möglichst einheitliche Vorgehen der Gesundheitsämter bei Coronafällen an Schulen.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Bernd Heinemann [SPD])

Wir hören immer wieder von Schulen, in denen bei einem Coronafall niemand aus der Klasse in Qua-

rantäne geschickt wird und in einem anderen Fall die ganze Klasse. Frau Dr. Barth vom Gesundheitsamt Neumünster hat uns in der Anhörung zwar erklärt, dass alle Fälle individuell betrachtet werden, aber für die Schulen ist die Entscheidung oft nicht nachvollziehbar. Dort würden wir uns ein abgestimmtes Vorgehen wünschen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Es gibt also einen Plan sowohl für das aktuelle Distanzlernen als auch für das Wiederhochfahren der Schulen. Wenn nicht das mutierte Coronavirus wieder alles auf den Kopf stellt, bin ich zuversichtlich, dass die Schulen das Schuljahr im Sinne der Schülerinnen und Schüler gut über die Bühne bringen werden. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben in den letzten Tagen oft gehört und darüber gesprochen, wie schwierig die Situation ist und dass die bisherigen Maßnahmen nicht ausgereicht haben. Ich möchte vorab sagen, dass ich die Enttäuschung und den Frust der Eltern, der Schüler und der Lehrkräfte durchaus verstehen kann, dass wir den Jahresstart mit einem verlängerten Lockdown bestreiten müssen. Die Gemengelage, wie es aussieht, hat die Kollegin Strehlau gerade sehr gut herausgearbeitet. Auch wenn es die Politik ist, die diese Maßnahmen beschließt, bedeutet das nicht, dass diese Beschlüsse für uns nicht weniger frustrierend sind oder gar leichtfertig gefasst werden.

Leider sind die Inzidenzen so, wie sie sind. Ich wiederhole den Appell aus voller Überzeugung und vollem Herzen: Wir erreichen eine Besserung nur durch maximale Kontaktreduzierung. Ich hoffe, dass das inzwischen auch der Letzte verstanden hat. Wir können unser Gesundheitssystem nicht überlasten.

Auch wenn das schwerfällt und Entbehrungen bedeutet - ich bitte alle: Bleiben Sie, wenn es irgend möglich ist, zu Hause, reduzieren Sie ihre sozialen Kontakte auf einen kleinen, überschaubaren Kreis! Sie schützen damit nicht nur sich, sondern auch Ih-

(Anita Klahn)

re Angehörigen und den älteren Nachbarn, der das braucht.

Meine Damen und Herren, je konsequenter wir uns an die Maßgaben halten, desto eher werden wir Licht am Ende des Tunnels sehen und den Lock-down beenden können. Ich weiß, dass wir das seit Monaten wiederholen, und ich weiß, dass manche Menschen Zweifel haben, wann das sein wird. Aber das, was wir heute in Bezug auf Impfstoffe und Medikamente gehört haben, macht mich sehr zuversichtlich, dass wir es wirklich schaffen.

Wichtig ist, dass wir die Zahlen drücken können, damit wir Kitas, Schulen und Geschäfte wieder öffnen können. Sonst erleben wir dramatische Folgen. Wer seine Kinder nicht in die Betreuung oder die Schule geben kann, kann nicht berufstätig sein. Wenn der Einzelhandel, die Gastronomie, die Theater und Kinos weiter geschlossen bleiben, können viele ihren Job nicht ausüben. Dem einen fehlt das Einkommen, dem anderen der Umsatz, und unseren Kindern fehlen die Bildung und die Wissensvermittlung.

Es muss das Ziel sein, dass wir den Zustand des totalen Herunterfahrens des öffentlichen Lebens schnell beenden, um nicht weitere Existenzen zu gefährden.

(Beifall FDP und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Wenn wir über Kontaktbeschränkungen sprechen, müssen wir leider auch über die Kontakte in der Schule sprechen. So sehr ich mir gewünscht hätte, dass wir wieder zum vollständigen Präsenzunterricht zurückkehren können - die Datenlage zeigt deutlich, dass wir das nicht verantworten können. Wer im Dezember die ONS-Studie aus UK gelesen hat - das System ist dort zwar anders organisiert als hier -, kann nicht ignorieren, dass auch 12- bis 17-jährige Kinder ein hohes Infektionsgeschehen haben und daran beteiligt sind, dass sie in Familien Auslöser von Infektionsgeschehen sind.

Daher finde ich es absolut richtig, dass sich Ministerin Prien dafür starkgemacht hat, den Präsenzunterricht kurzfristig doch auszusetzen und auf andere Modelle zu gehen.

Auch wenn wir in Schleswig-Holstein im Vergleich zu anderen Bundesländern relativ niedrige Inzidenzen haben, ist es keine Zielsetzung von uns, die Zahlen der anderen Länder zu erreichen, ganz im Gegenteil. Ich bin stolz darauf, dass wir mit unserem Gesundheitsminister und der Landesregierung diese niedrigen Zahlen haben, die unter dem Strich

aber immer noch zu hoch sind, weil dahinter Menschenleben stehen. Wir sind in Schleswig-Holstein mit einem grundsätzlich umsichtigen Krisenmanagement in einer vergleichsweise günstigen Situation, und dies sollten wir uns erhalten.

(Beifall FDP und Tim Brockmann [CDU])

Der Stufenplan war lange im Gespräch, wurde gefordert, wurde verworfen, weil es um die Frage der Umsetzung ging. Kollege Habersaat, ich habe vorhin nicht ganz verstanden: Wollen Sie regionale Lösungen, oder wollen Sie landesweite Lösungen? Das war ein bisschen unklar. Wenn wir jetzt mit dem Stufenplan die Antwort geben können und die Gesundheitsämter und Schulleitungen an unserer Seite haben, ist das der richtige Weg, für klare und transparente Entscheidungen zu sorgen.

(Beifall FDP und Tim Brockmann [CDU])

Den Appell an die Kreisgesundheitsämter teile ich ausdrücklich.

Für ganz wichtig halten auch wir Liberale, dass wir die Abschlussjahrgänge im Blick behalten. Die Maßnahmen, die Ministerin Prien vorgestellt hat, halte ich für zielführend. Auch ich sage ganz deutlich: Wir müssen alles tun, um zu vermeiden, dass dieses Schuljahr in irgendeiner Form als „verlorenes“ Schuljahr empfunden wird. Das gilt für alle Schülerinnen und Schüler. Es darf kein Not-Abitur oder einen ESA/MSA light geben, berufliche Schulabschlüsse müssen gewährleistet werden, und wir müssen die Förderzentren im Blick behalten.

Deswegen sind mir für das laufende und kommende Schuljahre Themen wie Präsenzunterricht, Lernen im Distanzunterricht oder Wechselunterricht wichtig. Dafür müssen wir, Politik, Verwaltung und Schulen, gemeinsam sicherstellen, dass wir qualitativ guten Unterricht anbieten können.

Lernen auf Distanz - das möchte ich noch einmal ganz deutlich sagen - darf nicht bedeuten, dass jeder machen kann, was er für richtig hält, oder dass die Zeit zu Hause als Freizeit oder verlängerte Ferien angesehen wird. Wir brauchen klare Vorgaben, wir müssen Erwartungshaltungen formulieren, und wir brauchen eine Kontrolle der Lernfortschritte. Sonst könnte eine Woche Fernunterricht eine verlorene Woche bedeuten. Ich habe volles Vertrauen in Ministerin Prien und ihr Team, dass wir das gemeinsam auf den Weg bekommen.

Wenn wir bei dem Thema sind: Für mich kommt auch nicht infrage, an den grundsätzlichen, regulären Strukturen von Schule zu rütteln. Ich halte es

(Anita Klahn)

auch nicht für zielführend, immer wieder kurzfristig über die Verschiebung der Ferien zu sprechen. Wir sollten uns bereits heute Gedanken darüber machen, wie das Infektionsgeschehen Ende März, Anfang April und zum Mai hin voraussichtlich sein wird, und den Schulen schon heute sagen, wie das von unserer Seite aus entzerrt werden soll, damit man sich mit den Abschlussprüfungen darauf einstellen kann.

Ganz fatal finde ich die Forderung nach Absenkung von Standards, der Lernziele oder gar die Forderung nach einer Fächerreduzierung. Wir haben bereits mit vielen Maßnahmen auf die besonderen Herausforderungen der Pandemie und den Schulausfall reagiert und haben großzügige Regelungen bei der Leistungsbewertung gefunden. Unter dem Aspekt, dass ein Abschluss auch etwas wert sein soll, sollten wir keine weiteren entwertenden Maßnahmen ergreifen, sondern eher zu lernunterstützenden Maßnahmen greifen. Der Lernsommer ist dafür ein Beispiel gewesen.

(Martin Habersaat [SPD]: Das war ja ein Supererfolg!)

Für mich drängt sich bei solchen Forderungen manchmal der Eindruck auf, dass die Pandemie dazu dient, lang gehegte Wünsche umzusetzen.

Wir richten unsere Kraft darauf, den Präsenzunterricht möglich zu machen, beste Wissensvermittlung zu betreiben und den bestmöglichen Fernunterricht mit digitaler Unterstützung zu ermöglichen.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle bleibt es mir nicht erspart, Ihnen zu sagen, dass moderne Unterrichtskonzepte mit digitalen Lernwelten, digitale Kommunikationswege zwischen Lehrern, Schülern und Eltern ein schnelles Internet erfordern. Wir haben den Breitbandausbau vorangetrieben. Wenn wir weiter schauen, ist der Schulträger vor Ort in der Pflicht, den nächsten Flaschenhals zu beseitigen; denn in der Schule liegt leider noch so manches Kabel nicht. Wir müssen schauen, wie wir da rankommen.

Die Kinder brauchen genauso wie Lehrer und Schulen eine gute Ausstattung mit Endgeräten, Lernsoftware und datenschutzsichere Kommunikationswege. Das ist eine Baustelle.

An dieser Stelle erinnere ich gern an unsere Diskussion zur Lernmittelfreiheit. Ich glaube, das Thema Endgeräte müssen wir ganz anders diskutieren als bisher. Die dafür vollständige technische Ausstattung aller Schulen für alle Unterrichtsfächer lässt sich nicht im Hauruckverfahren innerhalb eines

Jahres nachholen. Unterrichtskonzepte lassen sich nicht nebenbei erstellen. Dafür brauchen Lehrkräfte Zeit und Fortbildungsangebote. Dafür brauchen sie Stunden, die wir ihnen zugestehen müssen. Und wir müssen dafür sorgen, dass diese Fortbildungsangebote eingerichtet werden. Das ist gemacht worden.

Auch ich habe mit großem Erstaunen gesehen: Der Philologenverband beklagt eine Mehrbelastung, die GEW findet alles in Ordnung. Eine Halbierung der Klassen findet der eine gut, der andere findet es schlecht.

(Unruhe)

Es wird darüber gesprochen, außerschulische Räume zu nutzen; Hotels findet der eine gut, der andere sieht Riesenbarrieren. - Da kann ich nur sagen: Wir werden es nicht allen gleichermaßen recht machen können. Wir brauchen individuelle Lösungen, und ich habe den Eindruck, dass wir alle dazu bereit sind.

Ich spreche an dieser Stelle allen Beteiligten meinen Dank aus, dass sie unter schwierigen Umständen schon viel gemacht haben, und ich vertraue darauf, dass sie auch in Zukunft mit Engagement dabei sind.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Pandemie hat die Defizite der letzten Jahrzehnte deutlich an den Tag gebracht. Wir haben viel gemacht. Doch Selbstlob möchte ich an dieser Stelle nicht aussprechen, dafür haben wir noch wahnsinnig viel zu tun. Wenn ich mir zum Jahresanfang etwas wünschen darf - Weihnachten war ja gerade erst -, dann wünsche ich mir für die Schulen, dass wir die konsequente Weiterverfolgung der Digitalisierung über die Legislaturperiode hinaus fortsetzen und finanziell untermauern.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das musste ich jetzt sagen, damit der Kollege Holowaty seine Forderung nach einem Digitalausschuss und Digitalministerium noch einmal bestätigt bekommt.

(Beifall Denny Bornhöft [FDP])

Meine Damen und Herren, es wäre zu viel verlangt, jahrzehntelang verschlafene Entwicklungen und Investitionen unter Pandemiebedingungen aufholen zu wollen, aber es ist keineswegs zu viel verlangt, sich als Konsequenz aus dieser Krise die Fortführung der Digitalisierung unserer Schulen auf die Fahne zu schreiben.

(Anita Klahn)

Wenn wir im Sommer wieder eine hoffentlich halbwegs normale Situation haben, dann werden wir analysieren müssen: Was hat funktioniert, an welchen Stellen haben wir sinnvolle Maßnahmen in die Wege geleitet? Aber auch: Was hat nicht funktioniert, wo müssen wir weiter nachsteuern?

Es ist wichtig, dass wir Lehren ziehen und weiterhin den politischen Willen aufbringen, dass wir Schule dauerhaft besser ermöglichen, als es vor der Pandemie der Fall war. Dann können wir sagen, dass wir aus der Coronasituation das Beste gemacht haben.

Ich bitte alle Beteiligten im Haus, dass wir uns gemeinsam auf den Weg machen, Lösungen zu finden. Es geht um unsere Kinder, es geht um unsere Zukunft. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Viele Probleme entstehen aus unserer Sicht nur, weil immer noch vom „Auf-Sicht-Fahren“ und vom „lernenden System“ gesprochen wird. Das war zu Beginn völlig in Ordnung, das habe ich immer wieder zum Ausdruck gebracht. Aber wir stehen jetzt nicht mehr am Anfang.

Am 27. Januar 2020 meldete das bayerische Gesundheitsministerium das erste Infektionscluster. Ab dem 11. März 2020 wurde das Coronavirus durch die Weltgesundheitsorganisation als weltweite Pandemie eingestuft. Wir leben also seit 346 Tagen mit Corona in Deutschland und seit 302 Tagen offiziell in einer Pandemie. Bei aller Freude über den Start der Impfungen ist uns allen klar: Es werden noch viele Tage, Wochen, Monate dazukommen. Daher sollte es weiter darum gehen, sich mit dem Virus einzurichten.

Es muss darum gehen, nachhaltige Strukturen zu schaffen, die es ermöglichen, dass das Leben nicht immer wieder ganz ins Stocken gerät.

Deswegen ist es auch nicht abwegig, wenn an eine Ministerin als Lenkungsperson die Forderung nach Planbarkeit herangetragen wird. Ich erwarte von unserer Bildungsministerin, dass sie aus dem System die Unruhe herausnimmt, statt für Verunsicherung bei den Eltern zu sorgen. Ich erwarte, dass sie Ruhe

vermittelt, anstatt Schülerinnen und Schüler zu verunsichern: Ruhe durch Strukturen, auf die man sich verlassen kann. Für alle an Schule Beteiligten heißt das aus unserer Sicht: Nachhaltige Strukturen bis zu den Sommerferien!

Seit Ausbruch der Pandemie hatten wir, wenn ich mich nicht verzählt habe, vier große Ferien, bei denen wir immer erst um fünf vor zwölf erfahren haben, wie es denn nun nach den Ferien weitergehen soll. Dass es dieses Mal besser geklappt hat, ist richtig gut. Wir haben jetzt rechtzeitig gehört, dass der Präsenzunterricht an den Schulen weiter ausgesetzt wird. Die Schulen bleiben bis Ende Januar 2021 also grundsätzlich geschlossen. Für die Jahrgänge 1 bis 6 wird es aber eine Notbetreuung geben. Das umfasst auch - so wurde es schon gestern in der Pressekonferenz zugesagt - Ganztagsangebote. Auch für Abschlussjahrgänge wird es gewisse Ausnahmen geben, so etwa Lernangebote in Präsenz in den Schulen. Alle anderen müssen sich im Unterricht auf Distanz einrichten. Für Schülerinnen und Schüler, die zu Hause schlechte Möglichkeiten haben, soll es neben der Notbetreuung Möglichkeiten geben, in der Schule zu lernen. Das ist im Sinne der Bildungsgerechtigkeit auch vollkommen richtig.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Dafür braucht es aus Sicht des SSW ein verständliches System der Notbetreuung und vor allem einen erweiterten Kreis derjenigen, die diese beanspruchen können.

Auch in einem anderen Punkt stimme ich völlig mit Ihnen überein, Frau Prien: Die Schülerinnen und Schüler müssen so schnell wie möglich wieder zurück in die Schulen kommen, im Zweifel auch im unliebsamen Wechselunterricht.

Ein Hinweis zum Umgang mit dem Bildungs- und Teilhabepaket wäre übrigens auch gut gewesen. Durch meine Kleine Anfrage habe ich vor ein paar Wochen vor allem Folgendes erfahren: Zahlen haben wir nicht. Warmes Mittagessen gibt es nicht. Ersatzleistungen interessieren das Ministerium nicht. - Frau Ministerin Prien, Sie haben gestern während Ihrer Pressekonferenz noch einmal ganz deutlich gesagt, Schülerinnen und Schüler sollen ihre Bildungslaufbahn ohne Brüche absolvieren können. Das ist ein warmer Wunsch, denn die Brüche sind doch schon längst da. Diese Brüche werden in den nächsten Jahren wahrscheinlich noch deutlicher werden.

Unsere Schülervvertretungen haben sich in den Medien mit der Frage „Warum spricht niemand mit

(Jette Waldinger-Thiering)

uns?“ an Sie gewandt. Die Landesschülersprecherin der Gemeinschaftsschulen hat ganz deutlich davon gesprochen, wie bedrückend die Situation gerade für die Schülerinnen und Schüler, besonders in den Abschlussklassen, ist. Auch der Landesschülersprecher der Gymnasien macht sich Sorgen um den Schulabschluss, auch der Sprecher der beruflichen Schulen, der schon darüber hinaus denkt und sich fragt, wie es nach der Ausbildung überhaupt weitergehen soll. Auch von unserer dänischen Schülervertretung höre ich Ähnliches. Ihnen ist schmerzlich bewusst, wie viel Unterrichtszeit und -stoff verloren gegangen sind. Auch sie machen sich große Sorgen um ihre Zukunft.

Da ist nichts mit fröhlichem Abhängen in der Einkaufspassage zu Tausenden, wie Ministerin Prien es noch vor Weihnachten unterstellt hat. Frau Prien, jetzt einmal ganz ehrlich: Wir sind hier in Schleswig-Holstein, welche Einkaufspassagen haben wir eigentlich?

(Widerspruch CDU)

- Ist aber so!

Wenn ich dann höre, dass die Schülervertretungen sich mit ihren berechtigten Ängsten vom Bildungsministerium in dieser Zeit geradezu alleingelassen fühlen, finde ich schon, dass die Ministerin an dieser Stelle ihrer Aufgabe nicht gerecht wird.

(Beifall Kai Vogel [SPD])

„Wir hatten auch schon mal Telefonkonferenzen mit dem Bildungsministerium. Sie tun so, als würden sie unsere Vorschläge umsetzen wollen, aber sie tun es dann doch nicht.“ - Das sagt die Landesschülersprecherin der Gemeinschaftsschulen. Bei solchen Worten erwarte ich, dass die Ministerin erklärt, wie sie das Verhältnis verbessern will. Sie muss zeigen, dass ihr wichtig ist, was diejenigen bewegt, für die sie Entscheidungen trifft.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Frau Prien: Diese Kritik ist für Sie nicht neu. Auch die Landeselternvertreter äußern sich immer wieder extrem frustriert darüber, nicht einbezogen zu werden, zu spät informiert worden zu sein und insgesamt kaum Wertschätzung zu erfahren. Ich finde das ziemlich unangebracht. Es wundert mich wirklich sehr, dass das Ministerium seinen eigenen Bezugsgruppen gegenüber so abweisend agiert.

Frau Prien, es fehlt mir wirklich das Verständnis, warum es auch Ihnen selbst kein eigenes Interesse zu sein scheint, die Menschen vor Ort einzuspannen. Es wäre doch ein Leichtes, sich mit den Lan-

deselternvertretungen regelmäßig zusammenzuschalten, und zwar bevor Beschlüsse auf der Homepage veröffentlicht werden, an denen dann unmittelbar erst einmal nichts mehr zu ändern ist. Es wäre ein Leichtes, sich an die Schülervertretungen zu wenden und ihnen wirklich zuzuhören. Es wäre übrigens auch ein Leichtes, die Klassenlehrkräfte vermehrt einzubinden, denn die wissen doch meist am besten, wo der Schuh drückt. Sie sollten ihnen Ausgleichsstunden zur Verfügung stellen, damit sie sich besser um ihre Schülerinnen und Schüler kümmern können.

Wir haben gestern immerhin erfahren, was perspektivisch die groben Linien im weiteren Verlauf sein werden. Erst einmal - wie gesagt - bleiben die Schulen diesen Monat weitgehend geschlossen. Am 16. Januar 2021 erfolgt dann eine Neubewertung der Lage, und ab einem dauerhaften Inzidenzwert von deutlich unter 50 soll es Öffnungen an Kitas und an Schulen geben. Das können wir nur begrüßen.

Ich hätte mir von Ihnen, Frau Prien, gewünscht, dass Sie unseren Lehrkräften zuverlässig in Aussicht stellen, mit welcher Unterrichtsform es weitergeht, unseren Eltern, auf welche Betreuungssituation sie sich langfristig einstellen können, und unseren Schülerinnen und Schülern ein deutliches Signal geben, dass sie besonders in den Abschlussklassen nicht übersehen werden. Es darf kein Aufsicht-Fahren mehr geben, sondern es muss Planbarkeit für Eltern, Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte geben. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für den Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD hat der Abgeordnete Jörg Nobis das Wort.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin Prien, vielen Dank für Ihren Bericht. Die Bürger dieses Landes haben sich mittlerweile daran gewöhnt, dass die Ankündigungen und Versprechungen der Landesregierung eine immer kürzere Halbwertszeit haben. Sie haben sich daran gewöhnt, dass kopf- und planlos Maßnahmen beschlossen werden, die mal mehr, mal weniger sinnvoll sind. Sie haben sich auch daran gewöhnt, dass ein kritikloses Einreihen in bundesweite Regelungen dieser Landesregierung wichtiger ist als Maßnahmen und Entscheidungen,

(Jörg Nobis)

die auf die Besonderheiten Schleswig-Holsteins und das Infektionsgeschehen hier vor Ort Rücksicht nehmen.

Das war beim Lockdown im November 2020 so, den Herr Günther wenige Tage zuvor noch gar nicht wollte, und es ist jetzt in besonderer Weise bei der Schulpolitik im Land zu beobachten: Schulen auf, früher zu, länger zu, teilweise auf - alles schon in den letzten Wochen und Monaten gehabt, am liebsten mit wenig oder gar keiner Vorlaufzeit. Schüler, Eltern und Lehrer brauchen jetzt aber vor allen Dingen eins: Planungssicherheit. Sie brauchen verlässliche Aussagen darüber, wie der Schulbetrieb weitergeht. Leidtragende sind nämlich die Schüler, und zwar einerseits diejenigen in den Abschlussklassen und andererseits all diejenigen Schüler, die aus unterschiedlichen Gründen Probleme im Fernunterricht haben.

Für die Abschlussklassen gilt: Der Abschluss 2021 darf nicht mit einem Qualitätsmakel behaftet sein. Vielmehr sind alle erdenklichen Anstrengungen zu unternehmen, die Prüfungsvorbereitung in den Abschlussjahrgängen intensiv und weitgehend in Präsenz durchzuführen. Darüber hinaus sind alle Jahrgänge in Präsenz zu unterrichten, die altersbedingt nicht oder nicht adäquat im Fernunterricht beschult werden können.

Als betroffener Vater kann ich Ihnen davon ein Lied singen. Mein neunjähriger Sohn kann noch nicht mit IServ an Videokonferenzen teilnehmen, Dateien öffnen und abspeichern. Da müssen Sie als Eltern teil immer dahinterstehen.

(Zurufe)

Unter Fachleuten scheint es Konsens zu sein, dass jedenfalls die Jahrgänge 1 bis 6 besser in der Schule aufgehoben sind als zu Hause vor dem Tablet oder Laptop.

Da sind wir schon beim nächsten Punkt: Die Lernbedingungen in den Elternhäusern variieren stark, und auch die Ausstattung mit schnellem Internet und digitalen Endgeräten erlaubt noch lange nicht flächendeckend die adäquate Teilnahme am Distanzunterricht. Nicht zuletzt sind auch Eltern unterschiedlich gut gebildet und unterschiedlich gut in der Lage, als Ersatzlehrer zu agieren. Der Bildungserfolg der Schüler darf aber nicht davon abhängen, ob Eltern in der Lage sind, den Lehrer zu ersetzen. Daher sind wir der festen Überzeugung, dass der Schulbetrieb möglichst schnell wieder normal weitergehen muss, um Bildungsgerechtigkeit und Bildungsqualität zu erhalten.

Heimunterricht ist dabei in den allermeisten Fällen nur eine Krücke. Das sage ich auch als betroffener Vater. Planbarkeit für Schüler heißt auch Planbarkeit für Eltern, insbesondere im Hinblick auf die Betreuung. Von daher sollte in allen Klassenstufen möglichst viel Präsenzunterricht stattfinden, und es sollten klare Konzepte vorhanden und auch kommuniziert werden, wie Infektionsschutz im Schulalltag bei unterschiedlich dramatischem Infektionsgeschehen umgesetzt werden kann, etwa durch Wechselunterricht in kleineren Gruppen, um Abstände zu gewährleisten.

Die Landesregierung ist in der Pflicht, für die verschiedenen Szenarien, die uns in den kommenden Wochen und Monaten ereilen können, zu zeigen, wie die Schulen einerseits im Sinne des Infektionsschutzes sicher sein können und andererseits Bildung nicht auf Eis gelegt wird. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Stephan Holowaty.

Stephan Holowaty [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich bei der Kollegin Anita Klahn ganz herzlich bedanken, dass sie mich quasi dazu aufgefordert hat, mich hier noch einmal nach vorn zu stellen.

(Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie werden sicherlich ahnen, dass es in meinem Beitrag heute um Digitalisierung in den Schulen geht.

Digitalisierung in den Schulen, wie wir sie vor der Coronapandemie diskutiert haben, ist etwas völlig anderes als die Digitalisierung der Schulen, die wir jetzt in der Coronapandemie brauchen. Darüber sollten wir uns im Klaren sein. Wichtig ist, dass in der jetzt erforderlichen digitalen Form eines Unterrichts die Schüler zu Hause und nicht in der Schule sind und online an wie auch immer gearteten Unterrichtsveranstaltungen teilnehmen können. Das ist ein fundamentaler Unterschied zu der Frage, wie Digitalisierung in den Schulen ohne Pandemie durchgeführt werden kann. Dort ist zum Beispiel auch das WLAN an den Schulen wichtig. Das ist im Moment aus meiner Sicht eher zweitrangig.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

(Stephan Holowaty)

- Frau Kollegin, wenn Sie einen Zwischenruf machen, dann bitte ohne Maske, sonst verstehe ich Sie nicht, oder stellen Sie bitte eine Zwischenfrage.

Meine Damen und Herren, wenn wir heute über Digitalisierung in der Coronapandemie und über digitalen Unterricht sprechen, müssen wir über QuickWins sprechen. Wir wissen alle, dass die Pandemie noch eine Weile dauern wird und dass wir uns noch eine ganze Weile damit beschäftigen müssen. Wir ahnen alle - auch wenn wir vielleicht andere Hoffnungen, Erwartungen oder Wünsche haben -, dass wir uns noch länger mit Schulen auseinandersetzen müssen, die nicht vollständig im Präsenzunterricht sein können.

Mir ist an dieser Stelle eines wichtig: Wir müssen den Schulen die Sicherheit geben, experimentieren zu können. Wir müssen den engagierten Lehrern Sicherheit geben, die sich - vielleicht auch mit einem Schüler aus einer älteren Klasse, der etwas davon versteht - hinsetzen und sagen: Wir machen einmal etwas, wir experimentieren etwas. Wir streamen mal ein Lehrangebot, wir machen Videos, die wir auf YouTube stellen. - Das sind Dinge, die wir hier brauchen. Ich möchte erreichen, dass wir den Schülern und Lehrern, den Schulen insgesamt, diese Chance geben, indem wir ihnen in diesem Zusammenhang auch die Rechtssicherheit geben. Das ist hier wichtig, um voranzugehen.

(Beifall FDP und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Deshalb will ich jetzt gar nicht groß auf technische Dinge eingehen. Ich bin mir sehr wohl im Klaren - ich glaube, das sollten wir auch dabei berücksichtigen -: Nicht jede Schule und jeder Schüler wird in der gleichen Form davon profitieren. Wir haben bereits ganz berechtigt in dieser Debatte darauf hingewiesen, dass die Ausstattung von Schülerinnen und Schülern zu Hause in unterschiedlicher Form vorhanden ist. Wir wissen, dass auch die Fähigkeiten und Kenntnisse der Lehrer in ganz unterschiedlicher Form bestehen.

Lassen Sie uns die Chancen, die wir haben, auch durch die engagierten Menschen, die wir haben, nutzen. Glauben Sie mir: Ein Großteil der jungen Menschen weiß schon, was YouTube ist, was ein Streaming-Dienst ist, und auch, wie man darauf Beiträge abrufen kann. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und Jette Waldinger-Thiering [SSW] - Zuruf Beate Raudies [SPD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 19/2671 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Schluss der heutigen Sondersitzung des Landtags angekommen. Ich gebe noch bekannt, dass wir uns am Mittwoch, dem 27. Januar 2021, um 10 Uhr, zum Beginn der 41. Tagung hier wiedersehen.

Bis dahin wünsche ich Ihnen alles Gute, bleiben Sie gesund!

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 15:16 Uhr